

Politik der Tränen

Der 100. Jahrestag des Aufstandes der Herero veranlaßte zahlreiche deutsche Politiker zu Schambekundungen. Doch warum tragen nur Deutsche das Büßergewand? **Seite 2**

Maßgeschneidert

Ein Musterbeispiel an Innovationsfreude – die totgesagte Textilindustrie der Lausitz hat berechnete Hoffnung auf den Aufschwung dank Vernetzung. **Seite 3**



Macht des Gesangs

Mit einem Konzert zugunsten der Kammeroper Schloß Rheinsberg dankten die jungen Sängerinnen und Sänger ihrem Mentor Siegfried Matthus. Mehr lesen Sie auf **Seite 9**

Terroropfer Königsberg

Vor 60 Jahren wurde die Pregelstadt ein Opfer alliierter Flächenbombardements. Ein Bericht des Autors des Buches „Ostpreußen als die Bomben fielen“ auf **Seite 21**

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 35
28. August 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt

Bei Geld hört die Freundschaft auf: Der neue EU-Kommissionspräsident Barroso fordert vor allem von Deutschland höhere Nettobeiträge zur EU, doch inzwischen weiß selbst Schröder, daß die Zeiten von großen Geschenken vorbei sind. Denn während Hartz IV die Deutschen auf die Barrikaden treibt, ist Freigibigkeit gegenüber der ungeliebten EU unangebracht.

Foto: AP



Nicht lieb, aber teuer

Die Deutschen wollen nicht ewig Europas Zahlmeister bleiben

Reimer Böge und Georg Jarzembowski sind tapfere Männer, was unter Politikern heutzutage eher selten vorkommt. Mutig greifen sie in die aktuelle Europa-Debatte ein und verkünden, Brüssel müsse bei den EU-Mitgliedsstaaten nicht weniger, sondern mehr abkassieren. Die beiden Europa-Abgeordneten, beide der norddeutschen CDU entstammend, wissen natürlich genau, daß dies nur zu Lasten der Nettozahler, vor allem also der Bundesrepublik Deutschland, gehen kann. Sie wissen aber auch, daß sie gerade erst wiedergewählt worden sind und erst in knapp fünf Jahren dem wahlberechtigten Steuerzahler fern in der Heimat erklären müssen, warum ihnen Europa, wenn schon nicht lieb, so doch recht teuer sein soll.

Genau dagegen laufen die meisten anderen deutschen Politiker – zum Beispiel jene, die in wenigen Wochen in die Landtage von Sachsen oder Brandenburg gewählt werden wollen – Sturm. Auslöser der parteiübergreifenden Empörung war die

Ankündigung des neuen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, den Brüsseler Haushalt ab 2007 auf 1,14 Prozent der Brutto-Wirtschaftsleistung anzuheben, im Klartext: von derzeit 100 auf mindestens 143 Milliarden Euro jährlich. Die Leidtragenden wären vor allem die deutschen Steuerzahler.

Die jüngste Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank weist für 2003 deutsche EU-Beiträge in Höhe von 21,6 Milliarden Euro aus; davon flossen 7,9 Milliarden zurück, macht netto 13,8 Milliarden. Um einen Betrag in dieser Größenordnung würden nach ersten Hochrechnungen die deutschen Bruttobeiträge steigen, sollte die Kommission sich mit ihren Plänen durchsetzen. Verschärft wird das Problem noch dadurch, daß immer weniger Geld zurückfließt, da Fördermaßnahmen für die Neuen Länder auslaufen.

Nettobeiträge von deutlich über 20 Milliarden Euro, zahlbar an eine Institution, die den Zahler zugleich wegen zu hoher Defizite kritisiert – wie will man das einem Volk vermitteln, daß nahezu täglich mit neuen schmerzlichen Einschnitten ins soziale Netz konfrontiert wird? Da die EU ja vorrangig eine gigantische Agrarsubventions-Verteilungsmaschine ist, sei ein Vergleich aus dem Landleben gestattet: Da wird die deutsche (Steuer-)Kuh immer kräftiger gemolken, zugleich werden ihr die Futterrationen drastisch gekürzt, und am Ende wird sie bestraft, weil die Milch immer dünner wird. Das hat man wohl unter fortschrittlicher Agrarpolitik zu verstehen...

Das bedrohlichste Damoklesschwert ist dabei noch gar nicht berücksichtigt: die im Oktober drohende, vom deutschen Kanzler herbeigesehnte Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Ankara.

Allerdings scheint EU-Erweiterungskommissar Verheugen weniger optimistisch zu sein als sein Parteifreund Schröder. Dies wohl erst recht, wenn er die jüngste Studie der Brüsseler Denkfabrik „Friends of Europe“ liest. Danach würde die Türkei als EU-Vollmitglied jährlich 17,4 Milliarden Euro einkassieren, bei einem Beitrag von nur 3,4 Milliarden. Und in den EU-Institutionen wäre das überwiegend asiatische Land dank seiner 90 Millionen Einwohner das einflußreichste, während sein Anteil an der Wirtschaftsleistung nicht einmal zwei Prozent ausmachte. Deutschland wäre an den Beitrittskosten mit jährlich 2,4 Milliarden Euro beteiligt.

Ein Beitritt der Türkei würde uns jährlich 2,4 Milliarden kosten

Trotz allem haben die beiden eingangs zitierten EP-Abgeordneten nicht ganz Unrecht, wenn sie sagen: „Man kann Europa nicht immer mehr Aufgaben übertragen, gleichzeitig aber nicht sagen, wie die finanziert werden sollen.“ Man muß aus dieser im Prinzip richtigen Erkenntnis eben nur die richtigen Konsequenzen ziehen: Wenn das Geld nicht ausreicht, muß man eben weniger ausgeben, statt immer nur nach neuen Einnahmequellen zu Lasten anderer zu schielen.

Verheugen könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem er Ankaras Freunden – vor allem denen unter seinen eigenen Parteifreunden – klarmacht, daß die EU sich auf lange Sicht einen Beitritt der Türkei finanziell überhaupt nicht leisten kann. Damit wäre das Thema vom Tisch, und man bräuhete auch nicht mehr mit allen möglichen geistigen und sprachlichen Verrenkungen zu versuchen, die Türken nicht spüren zu lassen, daß man sie eigentlich aus ganz anderen, politischen Gründen nicht beitreten lassen will. Aber so weit reicht wohl auch der Bekennermut frisch gewählter Europa-Abgeordneter nicht. **H.J.M.**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Aufstand Ost? Aufstand Deutschland!

Woche für Woche versammeln sich in Leipzig, Magdeburg, Berlin und anderen Städten, vorzugsweise im Osten der Bundesrepublik, zigtausende Demonstranten, um ihrem Ärger Luft zu machen. Anlaß sind die 2005 drohenden und nunmehr konkret bewußt werdenden Reformen bei der Arbeitslosenhilfe. Die wahren Gründe aber liegen tiefer.

Wäre es nur die Angst vor „Hartz IV“ – die Kritiker dieser Montagsdemos „im zweiten Aufguß“ hätten uneingeschränkt Recht: Die Helden von 1989/90 haben es nicht verdient, daß ihre friedliche – und gerade darum so mutige – Revolution auf eine Stufe gestellt wird mit dem Protest gegen drohende Einkommenseinbußen.

Damals in Leipzig und anderen DDR-Städten gehörte eine Menge Zivilcourage dazu, auf die Straße zu gehen. Keiner der damaligen Montagsdemonstranten konnte wissen, ob nicht gerade er von Stasi-Schergen aufgegriffen und in Bautzen oder Hoheneck „sozialistischen Umerziehungsmaßnahmen“ unterzogen würde. Und niemand konnte wissen, ob die Rote Armee wirklich in den Kasernen bleiben würde.

Heute zählt es nicht zu den Heldentaten, Unmut gegen die Regierenden öffentlich zu artikulieren. Unser demokratischer Rechtsstaat – so kritikwürdig er oft auch sein mag – stellt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf der Liste der Grund- und Menschenrechte ganz oben an. Wer heute gegen die Reformen der rot-grünen Bundesregierung oder die Sparpolitik unionsgeführter Landesregierungen demonstriert, braucht nicht mit Konsequenzen zu rechnen – weder für sich persönlich noch für die von ihm kritisierte Politik.

Dennoch sollte man sich hüten, die gegenwärtige Protestwelle als „demokratiebeflissene Sandkastenspiele“ abzutun. Es ist das gute

– und von den 89er Helden mutig erstrittene – Recht der Menschen, sich zu wehren, wenn sie sich von den Regierenden über den Tisch gezogen fühlen. Und Gründe dafür haben sie, über den konkreten Anlaß hinaus, allemal.

Die als Antwort auf jahrzehntelange Fehlentwicklungen notwendigen, im Kern weitgehend richtigen, leider aber miserabel schlecht vorbereiteten und durchgeführten Reformen haben das Faß zum Überlaufen gebracht. Aber der Volkszorn hat vielschichtiger Ursachen.

Um einige wenige Beispiele zu nennen: In den Neuen Ländern die großenteils bis heute nicht eingelöst Versprechungen von den „blühenden Landschaften“, im Westen der Republik die großmaulige Ankündigung, man könne die wiedergewonnene Einheit „aus der Portokasse“ finanzieren. Auf der einen Seite die bittere Erkenntnis, mit dem Rechtsstaat auch einen bürokratischen „Rechtsmittelstaat“ übergestülpt bekommen zu haben; auf der anderen Seite die wie ein Kartenhaus zusammengebrochene Blüm'sche These „Die Renten sind sicher“. Auf allen Seiten die Wut darüber, daß der Euro zum Teuro wurde, auch wenn unsere Politiker alle nur denkbaren Statistiken bemühen, um das Gegenteil zu beweisen – Churchill läßt grüßen! Und Brüssel setzt da mit seinen unverschämten EU-Beitragsplänen noch eins drauf!

Da braucht sich niemand zu wundern, daß es nun die Menschen auf die Straßen treibt. Im Gegenteil: Wenn heute nicht nur Kabarettisten eine Linie vom „Aufbau Ost“ zum „Aufstand Ost“ ziehen, ist auch das noch zu kurz gedacht: Nach allem, was diesem unserem Volk inzwischen zugemutet worden ist, wäre eher ein „Aufstand Deutschland“ fällig. Da können dann alle mitmachen, nicht nur Schröders „Anständige“.

Erfolg für die Opfer

Straßburg: Gericht fragt nach Enteignungen

Die Opfer der Enteignungen in der SBZ in den Jahren 1945 bis 1949 können nun doch auf späte Gerechtigkeit hoffen. Die dritte Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg hat die Beschwerde eines Betroffenen gegen die Bundesregierung angenommen – „nach einer Vorprüfung der Erfolgsaussichten“, wie die Berliner Anwaltskanzlei Stefan von Raumer der PAZ mitteilt.

Damit besteht nun endlich die Möglichkeit, von einem internationalen Gericht überprüfen zu lassen, ob die Bundesregierung rechtswidrig handelte, als sie 1990 im Zuge der Beitrittsverhandlungen mit der

DDR den Enteigneten sowohl Entschädigung als auch Rückgabe ihres geraubten Eigentums verweigerte. Ex-Kanzler Kohl ist inzwischen von seiner damaligen Version abgegangen, Moskau habe den sogenannten Restitutionsausschluß als Vorbedingung für ein Ja zur deutschen Einheit gestellt. Sein Nachfolger Schröder hat diese These kürzlich als „nicht der Wahrheit entsprechend“ bezeichnet, eine andere Regelung für die Opfer aber abgelehnt. In einem dieser Zeitung vorliegenden Schreiben des CSU-Vorstands wird allerdings darauf verwiesen, der Restitutionsausschluß sei auch „ein Anliegen der damaligen SPD-Opposition im Bundestag“ gewesen. **EB**

PMD

Preußischer
Mediendienst

**Wir erfüllen
alle
Literatur-,
Musik-
&
Filmwünsche.**

Parkallee 86
20144 Hamburg
Telefax: 040 / 41 40 08 58

Die Schulden-Uhr: Hartzige Überraschung

Während Zehntausende gegen die Arbeitsmarktreform demonstrieren, beklagt die SPD nicht nur ihren Mangel an „richtiger Vermittlung“ von Hartz IV. Das Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit soll jetzt durch Umbenennung beliebter werden. So einfach kann es sich Hans Eichel mit den milliarden schweren Mehrausgaben für die Bundesagentur für Arbeit nicht machen. Statt Einsparungen spürt der Bundesfinanzminister ein Hartz-bedingtes „Risiko begrenzter Mehrausgaben“. Um sieben Prozent sind die Arbeitsmarktausgaben im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Zuschuß Eichels für die Agentur wird die geplanten fünf Milliarden Euro weit übersteigen, denn bei der Arbeitslosenhilfe sind „steigende Belastungen aufgrund höherer Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen“, so das Finanzministerium. Zirka 28 Milliarden Euro wird der Bund dieses Jahr für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit aufbringen müssen. (SV)

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.381.517.678.196 €

(eine Billion dreihunderteinundachtzig Milliarden fünfhundert-sieben Millionen sechshundertachtundsiebzigtausend und einhundertsechundneunzig)

Vorwoche: 1.379.982.570.000 €
Verschuldung pro Kopf: 16.738 €
Vorwoche: 16.720 €

(Stand: Montag, 23. August 2004,
12.00 Uhr.
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Aufrundung beim Teuro

Ein- und Zweicentstücke soll es nach dem Willen der Deutschen Bundesbank bald nicht mehr geben. „Wir können uns eine solche Regelung vorstellen“, so Wolfgang Söffner, Zentralbereichsleiter Bargeld bei der Notenbank. Die kleinen Münzen sind Banken und Handel ein Graus – ihr Transport, sogar schon ihre Herstellung rechnen sich nicht. Der Metallwert der kleinen Geldstücke ist größer als der Nennwert. Für den Verbraucher könnte es bald Preisrundungen geben – wahrscheinlich nach oben. In den Niederlanden soll ab 1. September eine entsprechende Regelung nicht Einzelpreise, sondern den jeweiligen Endpreis so „runden“, daß Kleinstmünzen unnötig werden. Selbst bei Kreditkartenzahlungen sollen „Rundungen“ stattfinden. Aus dem deutschen Einzelhandel kommen allerdings erste Gegenstimmen, die nach dem Teuro erneuten Vertrauensverlust beim Kunden befürchten. (SV)

Wiedererbaut am neuen Ort

Ein Mahmal aller Vertriebenen wird am 28. und 29. August eingeweiht: der Altvaterturm auf dem Wetzstein im Thüringer Wald. Der aus Spenden finanzierte Turm auf 792 Metern bietet direkt am Rennsteig einen weiten Ausblick ins Land sowie im Inneren Einblicke in Geschichte und Kultur des deutschen Ostens. Der 1902 auf dem Wetzstein erbaute Bismarckturm wurde von der DDR 1979 gesprengt, der ursprüngliche Altvaterturm im Sudentenland 1957 zerstört. Mit dem Neubau will der Altvater-Turm-Verein ein Zeichen für die Heimat setzen. Der Turm beherbergt eine Kapelle, und eine Gaststätte. (SV)

Die deutsche Politik trägt im Ausland Büßergewand – zu Recht? / Von Hans-Joachim v. LEESEN

In den vergangenen Wochen mußte die deutsche Öffentlichkeit aus einer breiten Berichterstattung in den Medien erfahren, daß einmal mehr Mitglieder der Bundesregierung im Ausland – meist mit Tränen im Auge – deutsche Schuld bekannten, Scham demonstrierten und um Vergebung baten: der Kanzler in Polen, der Innenminister in Italien und die Entwicklungshilfeministerin in Namibia. Sie zelebrierten damit eine Politik der Tränen, die als urdeutsche Erfindung im Ausland keine Nachahmer findet, ohne daß allerdings dadurch unsere Top-Politiker nachdenklich ihr Vorgehen hinterfragen.

Die Medienberichterstattung beschränkte sich überwiegend darauf, die deutschen Untaten breit auszumalen, wobei für die Zahlen der dadurch Umgekommenen nach oben keine Grenze gesetzt war. Die Darstellung der Ursachen und der Vorgänge in den übrigen Teilen der Welt, was immerhin zum besseren Verständnis beigetragen hätte, suchte man meist vergeblich.

Trefflich lassen sich die ganz und gar schiefen und dadurch die historischen Abläufe verfälschenden politischen und sie willfährig begleitenden publizistischen Maßnahmen aufzeigen an der Darstellung der Vorgänge um die Niederschlagung des Herero-Aufstandes vor 100 Jahren in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika.

Nahezu ganz Afrika wurde im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zwischen den europäischen Mächten aufgeteilt mit dem Ziel, die dort vorhandenen Rohstoffe auszubeuhen, der eigenen Wirtschaft den afrikanischen Markt zu erschließen, die überwiegend ihren eigenen Religionen anhängenden Bewohner für den christlichen Glauben zu missionieren, in den Kolonien Möglichkeiten für die Auswanderer der eigenen Nation zu schaffen und strategische Sicherheitsinteressen zu wahren. Großbritannien stand an der Spitze der Kolonialmächte, und das nicht nur in Afrika, sondern genauso in anderen Erdteilen. Nicht weniger expansiv waren Frankreich, Portugal, Belgien und Italien. An letzter Stelle wurde dann auch die deutsche Regierung – nicht zuletzt durch den Druck aus Wirtschaftskreisen – genötigt, übrig gebliebene Teile des schwarzen Erdteils unter den Schutz des Reiches zu stellen.

Vor allem Großbritannien pflegte, unter massivem Einsatz seines Militärs, weite Gebiete überall in der Welt sich untertan zu machen. Jedweder Widerstand wurde ohne Zögern zusammengeschossen. Noch 1925 schrieb ein britischer Distrikt-offizier aus Zentralnigeria: „Es ist ein erbärmlicher Anblick, wenn ein Dorf dem Erdboden gleichgemacht wird, und ich wünschte, es gäbe einen anderen Weg, aber leider gibt es keinen.“

Um einige Beispiele herauszugreifen, sei an den Krieg der Briten gegen die Zulus in Südafrika 1879 erinnert, an die Kämpfe gegen die Igbo 1919 in Nigeria, und früher, 1896, an die Niederschlagung der Ndebele-Aufstände durch britische Truppen wie auch im westafrikanischen Asante vier Jahre später.

1916/17 erhoben sich Tuareg-Stämme gegen die französischen Kolonialherren; die Erhebung wurde vom Militär niedergeschlagen. 21 Jahre lang benötigte Italien, um in gelegentlich unterbrochenen Feldzügen Libyen zu erobern, wobei ein Drittel der einheimischen Bevöl-

kerung den Tod fand. 1899 berichtete ein britischer Konsul aus dem Gebiet des belgischen Kongo über die Art, wie die Kolonialmacht die Einheimischen zwang, für sie Kautschuk zu gewinnen und abzuliefern. Danach fuhren die Belgier in Kanus in die Dörfer; die Bevölkerung floh. „Die Soldaten gingen an Land und fingen an zu plündern. Sie nahmen alles aus den Häusern mit, Hühner, Getreide, etc., danach griffen sie die

höflichkeit gegenüber den holländischen Indien-Veteranen“. Nur 38 Prozent der holländischen Bevölkerung befürworteten eine Diskussion über die Schuld der Niederlande an den Massakern im ehemaligen Niederländisch-Indien, heute Indonesien.

Niemand in den früheren großen Kolonialstaaten kommt auf die Idee, heute in Sack und Asche zu gehen. Sie dürften mit Unverständnis auf die



Voller Scham und Schuldgefühle: Entwicklungsministerin Wierczorek-Zeul entschuldigte sich beim Oberhaupt der Hereros in Namibia mehrmals für die deutschen Untaten an seinem Volk. Foto: pa

Eingeborenen an und bemächtigten sich ihrer Frauen; diese wurden als Geiseln festgehalten, bis der Häuptling die geforderten Kilogramm Kautschuk herbeibrachte.“ Die Greuel der Belgier im Kongo waren damals in der ganzen Welt bekannt und berichtigt.

In den französischen, britischen und portugiesischen Kolonien war es selbstverständlich, die Eingebore-

nen zur Zwangsarbeit heranzuziehen, weil freiwillige Arbeitskräfte fehlten.

1936 führte Italien einen Krieg gegen das unabhängige Kaiserreich Abessinien, um es sich als Kolonie einzuverleiben. Es setzte dabei auch Gas gegen die Bevölkerung ein.

Aber auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg gingen die blutigen Kämpfe von Kolonialmächten gegen die einheimische Bevölkerung weiter. Als die algerische Nationale Befreiungsfront FLN das Land von der französischen Herrschaft zu befreien unternahm, entwickelte sich ein achtjähriger Partisanenkrieg, in dem eine halbe Million französische Soldaten eingesetzt waren. Zwei Millionen Algerier sollen dabei ihr Leben verloren haben.

1995 entstand in den Niederlanden eine Diskussion über die Frage, ob sich die Regierung entschuldigen sollte für die „Polizeiaktionen“ zwischen 1945 und 1949 im damaligen Niederländisch-Indien. Eine Befreiungsbewegung wollte die niederländische Kolonialmacht abschütteln. Die Niederlande entsandten daraufhin mehr als 100.000 Soldaten. 6.000 von ihnen verloren in den erbitterten Kämpfen das Leben. Die Zahl der toten Indonesier ist offiziell nicht bekannt, doch ist davon auszugehen, daß sie ein Vielfaches der holländischen Verluste betrug.

Die niederländischen Parteien lehnten überwiegend eine solche Debatte und erst recht eine Schuldanerkennung ab. Die christlich-demokratische Fraktion sah „keinen Nutzen einer solchen Debatte“, die rechtsliberale VVD rügte die Debatte als „Un-

deutsche Regierung blicken, die als Vertreterin der wohl kleinsten Kolonialmacht, die nicht länger als 30 Jahre über Kolonien verfügt hat, heute eine kleine Bevölkerungsgruppe in einer ehemaligen Kolonie „im Sinne des gemeinsamen Vaterunsers um Vergebung unserer Schuld“ bittet, und mancher wird sich des alten Spruchs erinnern: „Nur Domestiken entschuldigen sich.“

Tatsächlich hatte sich vor 100 Jahren ein großer Teil – beileibe nicht alle! – der Herero unter Führung ihres Oberhäuptlings Maharero an einem Aufstand gegen die deutschen Kolonialherren beteiligt. Dabei dürfte es kaum um Land gegangen sein: Seinerzeit gehörten nur vier Prozent des Landes Weißen. Viel eher spielte wohl der Herrschaftsanspruch über das Gebiet eine Rolle, denn auch die Herero fühlten sich als Herrenvolk, was sie in jahrelangen Kämpfen gegen andere Stämme und Völker bewiesen hatten. In der deutschen Berichterstattung vermißt man die Information, daß am Beginn des Deutsch-Herero-Krieges die Ermordung von 123 weißen Siedlern und Schutztruppsoldaten stand, darunter auch fünf Frauen, und daß gefangen genommene Weiße oft in entsetzlicher Weise abgeschlachtet worden waren.

Die allgemeine Darstellung, die deutsche Schutztruppe hätte die am Waterberg versammelten Herero eingekesselt, um sie durch eine planmäßig offen gelassene Lücke in die Wüste ausweichen zu lassen, sie dort dem Dursttod auszusetzen, ist erwiesenermaßen falsch. Die Umfangslinie betrug 100 Kilometer, während das ganze Kontingent der Schutztruppe (der Begriff wird von besonders gesinnungsforschen Redakteuren in Führungsstriche gesetzt) am Waterberg nicht stärker war als 1.500 Mann. Die Herero machten sich vielmehr, da sie sich nicht ergeben wollten, aus eigenem Antrieb unter der Führung ihres Oberhäuptlings auf den Weg durch die Omaheke in die britische Kolonie Betschuanaland, wie vorher mit der britischen Kolonialmacht vereinbart.

Überall gern zitiert wird ein bramarbasierender Aufruf des deutschen Oberbefehlshabers v. Trotha, an die aufständischen Herero gerichtet, in dem er androhte, sie müßten das Gebiet von Deutsch-Südwest verlassen, wenn sie nicht erschossen werden wollten. Er werde auch „keine Weiber und Kinder“ mehr aufnehmen. Verschwiegen wird in der Regel die kurz danach an die Truppe gerichtete Proklamation, in der es hieß, „daß das Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen ist, daß über sie hinweg geschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen“. Er verbot ausdrücklich jede Grausamkeit „gegen Weiber und Kinder“. Und wenige Wochen darauf wurde dieser Befehl aufgehoben.

Die in den letzten Wochen hierzulande verbreiteten Zahlen der umgekommenen Herero sind Phantasieerzeugnisse. Sie wurden meist übernommen aus den ge-

den den „westlichen Imperialismus“ gerichteten Propagandaschriften der DDR, beziehungsweise aus den im Rahmen der psychologischen Kriegführung von Großbritannien während des Ersten Weltkrieges herausgegebenen „Blaubüchern“, in denen erfundene deutsche „Kolonialgreuel“ aufgelistet waren, um den Deutschen die Fähigkeit zum Kolonisieren abzusprechen. Niemand weiß genau, wie viele Herero es vor Beginn des Aufstandes gab; auch die Zahlen der Entkommenen sowie jener Gruppen, die sich am Aufstand nicht beteiligt hatten, und jener, die von deutscher Seite gefangen genommen wurden, sind nicht bekannt.

Journalisten wie Politiker haben allein auf solche Schriften zurückgegriffen, die die deutschen Greuel ins Unermeßliche gesteigert haben. Dabei gibt es durchaus seriöse, wissenschaftlich fundierte Darlegungen, wie die Bücher von Klaus Nordbruch „Der Hereroaufstand 1904“ (2002) und „Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika?“ (2004). Mit Nachdruck sei hingewiesen auf die in den „Befunden und Berichten zur deutschen Kolonialgeschichte“ veröffentlichten Beiträge, speziell in den Bänden 5 und 8, herausgegeben vom Internationalen Arbeitskreis für kolonialwissenschaftliche Forschung (Postfach 11 61, 63551 Gelnhausen). Ihm ist das

Zitat von Prof. Dr. August W. Eppe von der Thomas-Jefferson-University, Philadelphia/USA, entnommen, was da lautet: „Zusammenfassend sei gesagt, daß Deutschland als Kolonialmacht zu spät gekommen war. Seine koloniale Herrschaft dauerte nur 30 Jahre ... Die Methoden des kaiserlichen Deutschlands ... waren typisch für jene Zeit. Versuche, Aktionen gegen die Herero mit irgendwelchen nationalsozialistischen Grausamkeiten in Verbindung zu bringen, sind absurd.“ ■

Die Methoden des kaiserlichen Deutschlands waren überall gängig

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 4711

Maßgeschneidert von der Stange

Innovation könnte die Textilbranche in strukturschwachen Grenzregionen revolutionieren / Von Hans-Jürgen MAHLITZ

Es galt bislang als das Privileg der „oberen Zehntausend“, sich in maßgeschneidertes Tuch zu hüllen statt in industriell gefertigte Massenkongfektion. Hingegen galt es bislang nicht als das vorrangige Problem der Menschen in den jungen Bundesländern, ausgerechnet gegen dieses Privileg anzukämpfen; sie haben andere Sorgen. Wieviel dennoch das eine mit dem anderen zu tun haben kann, erfuhr eine Gruppe von Journalisten während einer Informationsfahrt des Bundespresseamtes, bei der das Bundesforschungsministerium seine „Innovationsinitiative Neue Länder“ vorstellte. Dabei geht es vor allem darum, mittelständische Betriebe in strukturschwachen, grenznahen Regionen für die Herausforderungen der EU-Osterweiterung fit zu machen.

So starteten wir am Berliner Reichstagsufer gen Osten. Das Ziel: Forst in der Lausitz, am östlichen Rande der Republik, da, wo die Neiße heute die Grenze zu Polen markiert. Einst zählte die Stadt zu den Zentren der deutschen Textilfertigung, galt gar als „deutsches Manchester“, mit fast 50.000 Einwohnern (1939), von denen Tausende in Bekleidungswerken, Tuchmachereien, Nähereien gutes Geld verdienten.

Zu DDR-Zeiten war die Stadt zwar schon spürbar geschrumpft, aber immer noch von der Textilindustrie geprägt. 1990, mit der Wende und der Wiedervereinigung, kam das jähle Aus. Zügig wurde ein Betrieb nach dem anderen „abgewickelt“, da die Produkte weder den Mode- noch den Kostenvorstellungen des neuen, nunmehr gesamtdeutschen Marktes entsprachen. Die Bevölkerungszahl ist inzwischen auf 23.000 gesunken; wer konnte, floh vor der Arbeitslosigkeit in Richtung Westen.

Verstärkt wurde die Perspektivlosigkeit noch durch die EU-Osterweiterung: Jenseits des Grenzflusses warteten Billiglohnbetriebe auf den ungehinderten Zugang zum deutschen Markt. Und diesseits der Grenze wartete so mancher der noch verbliebenen Textilunternehmer darauf, sich nun endlich vom Joch hoher Arbeitskosten befreien zu können. Das Ende der Lausitzer Textilfertigung schien unabwendbar. Daß es eben doch nicht unabwendbar ist, sollten wir auf dieser Informationsreise erfahren.

Doch zunächst zurück nach Berlin. Im Stadtteil Adlershof, wo in den letzten Jahren ein großes Forschungs-, Entwicklungs- und Technologiezentrum entstanden ist, machen wir Zwischenstation bei der „Gesellschaft zur Förderung angewandter Informatik“ (Gfai), einem kleinen, aber feinen Unternehmensnetzwerk, das durch pfiffige Ideen auf sich aufmerksam macht.

Zum Beispiel, so paradox das klingen mag, eine „akustische Kamera“, die Schallquellen sichtbar machen und so alle möglichen Entwicklungsprozesse – etwa in der Baubranche, bei der Konstruktion von Autos oder Haushaltsgeräten, aber auch beim Aufspüren gesundheitsschädlicher Lärmquellen – vereinfachen, beschleunigen und verbilligen kann.

Paradox mutet auf den ersten Blick auch ein Projekt an, das bei

unserem Besuch – auch in Hinblick auf die weiteren Stationen unserer Fahrt – im Vordergrund stand: eine 3-D-Meßkabine zur automatischen Körpermaßerfassung. Diese auch im wörtlichen Sinne innovative Maßnahme könnte Textilbranche und Modewelt revolutionieren. In Kombination mit weiteren Neuerungen wäre es möglich, maßgeschneiderte – somit hundertprozentig paßgenaue – Kleidung herzustellen, die nur unwesentlich teurer wäre als herkömmliche, industriell gefertigte Konfektion „von der Stange“.

Tapfer stellen wir Besucher uns für „Experimente am lebenden Menschen“ zur Verfügung, die sich dann aber als reichlich unspektakulär erweisen. Die Hightech-Wunderkammer ist deutlich größer als eine normale Umkleidekabine; auch wer zu Klaustrophobie neigt, fühlt sich hier nicht eingeengt. Man schließt die Tür, entkleidet sich bis auf die Unterwäsche und folgt einer freundlichen Stimme, die einem, optisch unterstützt über einen Monitor, sagt, was man weiter zu tun hat: Arme nach vorn, Arme seitwärts, um 90 Grad nach links drehen – nach 90 Sekunden ist die Prozedur überstanden. Vor allem

uns dem Firmensitz der „Bekleidungswerke Forst GmbH“. Ein Industriebau, der erahnen läßt, daß er auch schon bessere Zeiten gesehen hat. Der aber auch zeigt, daß er in die Hände von Menschen geraten ist, die nicht so leicht aufgeben, die mit den bescheidenen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, das Beste aus ihrer Situation und ihrer Fabrik machen.

Es ist wirklich „ihre Fabrik“. Von den 450 Näherinnen, die noch 1990 hier im Rahmen des DDR-Textilkombinats Cottbus (TKC) Damenoberbekleidung hergestellt hatten, hatte keine einzige die folgenden vier Jahre Treuhand-Verwaltung überstanden. Die Fabrik wurde „abgewickelt“ und zwei ehemaligen Mitarbeitern übergeben. 1997 erwarben schließlich die heutigen drei Gesellschafter das brachliegende Werk für den symbolischen Kaufpreis von einer Deutschen Mark.

Der Mut, in schier aussichtsloser Lage nicht aufzugeben, hat sich inzwischen ausgezahlt. Heute sind hier wieder 25 Arbeitnehmer, meist Näherinnen, beschäftigt. Für mittelständische Modehäuser in ganz Deutschland nähen die Forster Be-

wiederum mit dem Projekt zu tun, dessen ersten Teil wir zuvor in Berlin-Adlershof kennengelernt hatten.

Viel schneller als unser Reisebus waren nämlich die von „BodyFit“ ermittelten Maße einer Kollegin aus unserer Inforeisegruppe per Datenautobahn in die Lausitz gelangt. Zunächst nach Cottbus, wo sie vollautomatisch zu einem individuellen Schnittmuster für ein vorher ausgewähltes Modell (in diesem Falle ein feschekes Sakko) verarbeitet wurden. Schnell war der Stoff geschnitten und nach Forst weitergeschickt; als wir eintrafen, war eine Näherin gerade mit den letzten Nadelstichen am linken Ärmel beschäftigt. Wenig später konnte Frau Kollegin das maßgeschneiderte Stück anziehen, konstatieren, daß es wirklich perfekt saß, und die Komplimente der Kollegenschaft entgegennehmen.

Hinter dieser am Ende denn doch recht spektakulären Demonstration einer grundlegend neuen Technologie stecken viele Jahre harter Arbeit. Anno 2000 hatten die Forster Textilfabrikanten erstmals von dem Projekt „Industrielle Maßkonfektion – neue Technologien für eine industrielle Maßanfertigung“ gehört. So-

deutsche, 494 polnische und 473 nordböhmische Firmen mit insgesamt 71.000 Beschäftigten zusammengeschlossen. Vor vier Jahren hatten davon 44 Prozent grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen, Ende 2003 bereits 67 Prozent. Noch wichtiger als die quantitative aber ist die qualitative Entwicklung: Bis zum Jahr 2000 waren 95 Prozent aller grenzüberschreitenden Kooperationen auf die Nutzung des Lohngefälles zwischen Deutschland und Polen/Tschechien ausgerichtet. Dieser Aspekt tritt mehr und mehr in den Hintergrund; es wird damit gerechnet, daß in den nächsten zehn Jahren die Lohn- und Arbeitskosten im grenznahen Bereich soweit angeglichen sein werden, daß sie in der Kalkulation keine Rolle mehr spielen. Daher haben die Euro-Textil-Partner längst ihre Aktivitäten auf die gemeinsame Förderung technischer und logistischer Innovationen sowie die Entwicklung zeitgemäßer und marktfähiger Designkriterien verlagert. So trafen sich kürzlich acht Designschulen aus den drei Regionen erstmals zu einer einwöchigen Arbeitstagung.

Dies alles sind Projekte, denen sich auch unsere Gastgeber in Forst frühzeitig genug zugewandt haben. So betont die Geschäftsführerin des Bekleidungswerks, statt eines von vornherein aussichtslosen Wettbewerbs im Billiglohnsektor setze man auf hohe Fertigungsqualität – „made in Germany“ soll auch in der Textilbranche alten Glanz zurückgewinnen. So könnte das traditionsreiche Lausitzer Textilzentrum Forst Standort eines Kompetenzzentrums werden, an dem hochspezialisierte Fachleute wie Bekleidungs- und Schnittkonstrukteure ausgebildet werden. Die größten Hoffnungen aber setzen die derzeit 25 Beschäftigten aber auf „BodyFit“.

Dieses System könnte, wenn es sich am Markt durchsetzt, so aussehen: Die automatisch erfaßten Körperdaten des Kunden werden digitalisiert auf einen Plotter gegeben, der Schnittmuster und Stoffschnitt automatisch steuert. Die individuellen Kundendaten lassen sich sogar dreidimensional zu einer virtuellen Anprobe nutzen.

Der Kunde selbst hat nach der berührungsfreien Körpermaßerfassung mit dem ganzen Vorgang nichts mehr zu tun, bis er schließlich das fertige Produkt in Händen hält. Ob Hemd oder Hose, Sakko oder Rock – es paßt genau und braucht nicht mehr geändert zu werden. Und der Preis liegt – bei gleicher Qualität von Design und Stoff – nur um zehn bis maximal 25 Prozent über dem industrieller Massenprodukte (was häufig durch die Preise der Änderungsschneidereien wieder ausgeglichen wird).

Das Beispiel lehrt: Auch „totgesagte“ Branchen und Regionen können überleben, wenn alle Beteiligten und Betroffenen Mitziehen und sich engagieren, Mut zu Innovationen und unkonventionellem Handeln haben, statt zu resignieren und nur das eigene traurige Schicksal zu bejammern. Die im Vergleich zur Großforschungsförderung hier eingesetzten Mittel der Bundesregierung sind jedenfalls gut angelegt.

PS: Lütfi „Toni“ Özdemir, durch dessen kundige Schneiderhände seit Jahren alle meine neuen Hosen, Hemden und Jacken gehen, weil Ärmel und Beine grundsätzlich zu lang sind, hat die Zeichen der Zeit sofort erkannt. Als ich ihm von „BodyFit“ erzählte, meinte er, das sei doch eine tolle Chance auch für kleinere mittelständische Handwerksbetriebe; er jedenfalls sei an dieser Innovation sehr interessiert. ■



„Innovative Maßnahme“: Während Schneidermeister Özdemir noch auf klassische Weise Maß nimmt, um festzustellen, um wieviel Zentimeter die Ärmel diesmal zu lang sind, kann der innovationsbewußte Kunde der Zukunft sich vollautomatisch und berührungsfrei vermessen lassen – eine Technik, die möglicherweise die gesamte Textil- und Modebranche revolutioniert und auch in Hochlohnländern wie Deutschland neue Chancen eröffnet.
Fotos: Gfai/Mahlitz



Menschen, die es nicht lieben, wenn Schneiderei- oder Verkaufspersonal an einem „herumfummelt“, werden diese Art berührungsfreier Vermessung zu schätzen wissen.

Bis ich mich wieder angekleidet habe, hat der Computer bereits ein Datenblatt ausgeworfen, dem ich entnehme, daß mein linkes Bein einen Millimeter kürzer als das rechte, der rechte Arm aber 1,9 Zentimeter länger als der linke ist. Der gemittelte Oberschenkelumfang gemahnt, sportliche Aktivitäten nicht nur auf das engagierte Zuschauen beim *Aktuellen Sportstudio* zu beschränken. Daß der Taillenumfang den Hüftumfang um 2,1 Zentimeter überbietet ist peinlich, aber unwiderlegbar. Hingegen zeigt sich der Halsumfang als die einzige Schwachstelle des Systems – eine volle Konfektionsgröße daneben!

Das Datenblatt enthält insgesamt 35 Körpermaße, also alles, was für den genauen Sitz von Hose oder Sakko, Kleid oder Anzug, Hemd oder Bluse vonnöten ist. Wir sind beeindruckt und treten die Weiterfahrt nach Forst an. Dort sollen wir erfahren, was „BodyFit“, wie die Gfai ihr Computersystem nennt, sonst noch alles kann.

Drei Stunden später: Über holpriges Kopfsteinpflaster nähern wir

kleidungswerke Kostüme oder Hosenanzüge, Kleider, Blazer oder Mäntel – insgesamt 150.000 Stück im Jahr. Davon allerdings nur 15 Prozent direkt vor Ort; 85 Prozent der Aufträge gehen an Klein- und Mittelbetriebe auf der polnischen Seite, im grenznahen Bereich.

Auf unsere skeptischen Fragen, ob das nicht nach dem EU-Beitritt Polens und Tschechiens bedrohlich sei, gibt Geschäftsführerin Bärbel Duschat eine klare Antwort: Ohne die Kooperation mit den ausländischen Betrieben wäre die eigene Firma längst pleite; die rund 300 polnischen Näherinnen, die natürlich zu viel niedrigeren Löhnen arbeiten, haben also keine Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet, sondern dazu beigetragen, daß 25 Frauen in Forst nicht arbeitslos wurden. Sie empfinden die Osterweiterung der EU folglich nicht als Bedrohung, sondern als Chance.

Viele von ihnen geben sich im Gespräch betont optimistisch: „Schluß mit dem Jammern! Wir tun was! Und dann schaffen wir's auch!“ Fest glauben sie daran, daß sie auch in Zukunft ihr Schicksal meistern werden. Ihre Zuversicht ist wohlbegründet. Selbst die Erwartung, schon im nächsten Jahr zusätzliche Arbeitsplätze einzurichten, erscheint nicht utopisch. Und das hat

fort erkannten sie die Chance und schlossen sich dem Netzwerk „Inno-Regio Textilregion Mittelsachsen“ an. „InnoRegio“ ist eines von vier Programmen des Langzeitprojekts „Unternehmen Region“, einer Innovationsinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für die Neuen Länder. Diese Offensive will die Strukturschwächen vor allem auch im mittelständischen Bereich bekämpfen; Ministerin Edelgard Bulmahn setzt hier für den Zeitraum 1999 bis 2007 insgesamt über 550 Millionen Euro (2004: 98 Millionen) ein.

Allein für „InnoRegio“ stehen 255 Millionen Euro bereit. Ziel ist der Aufbau sich selbst tragender Netzwerke, die das Innovationspotential einer Region „zu einem wettbewerbsfähigen Leistungsprofil zusammenführen“, wie es in der amtlichen Ausschreibung heißt. Aus 444 Bewerbungen wurden 23 regionale Initiativen ausgewählt, darunter, wie erwähnt, die mittelsächsische Textilbranche.

Dem selben Ziel, nämlich der Stärkung strukturschwacher Regionen, dient auch „Euro Textil Region“, eine Unternehmerinitiative der Textil- und Bekleidungsbranche im grenznahen Bereich von Sachsen, Brandenburg, Polen und Tschechien. Seit 2000 haben sich hier 502

Hauptstadt-SPD stürzt ab

Nur noch 17 Prozent Zustimmung – Wut auf Koalitionspartner PDS / Von Thorsten HINZ



Gutgebildete, Besser-verdiener und „Lebenskünstler“ machten die Grünen zur neuen Hauptstadtpartei:

Der Ost-Stadtteil Prenzlauer Berg stieg nach dem Mauerfall zum beliebten Wohnviertel des „neuen Berlin“ auf. Die einstigen Alternativen haben das Lebensgefühl dort am erfolgreichsten aufgefangen.

Foto: Ipon

Für die Berliner SPD war der August 2004 ein furchtbarer Monat. Nicht nur, daß sie auf tragische Weise ihren Landesgeschäftsführer verloren hat, auch der hämisch als SPD-eigenes „Projekt 18“ verachtete Absturz der Partei auf FDP-Niveau nimmt grausig konkrete Gestalt an. Ja, es wird sogar noch schlimmer.

Laut aktueller Forsa-Umfrage liegt die Hauptstadt-SPD bei gerademal noch 17 Prozent, gleichauf mit ihrem Koalitionspartner PDS, mit dem sie jetzt um den dritten Rang konkurriert. Die Christdemokraten erreichen 30, die Grünen 19, die FDP acht Prozent. Damit bestätigt sich das Ergebnis der Europawahl, bei der die Grünen die SPD erstmals überrundeten. Sicher, die Antwort auf die Sonntagsfrage ist keine echte Abstimmung. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die CDU noch immer über keinen zugkräftigen Spitzenmann verfügt, im Gegensatz zur SPD, die im Wahlkampf auf einen Wowerit-Effekt bauen könnte. Die bange Frage der Spree-Sozis ist nur, ob der nicht nach hinten losgeht. Und was ist, wenn die CDU ein überraschendes As vom Kaliber eines Wolfgang Schäuble aus dem Ärmel zieht?

Die Berliner Sozialdemokraten werden jetzt nicht mehr nur für die Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, die Einsparungen an den Universitäten oder für die Erhöhung der Kita-Gebühren bestraft, für die ihr eisenharter Finanzsenator Thilo Sarrazin verantwortlich zeichnet. Jetzt ist eine Bedrohung aufgetaucht, für die sie auf Landesebene gar nichts können: Hartz IV!

Umgekehrt kann die PDS, die eben noch unfroh vor sich hindümpelte, davon ablenken, daß ihr als Berliner Regierungspartei auch nichts anderes übrig bleibt, als am Sozialabbau mitzuwirken. Hartz IV verschafft ihr scharenweise Zulauf. Bei den Montagsdemonstrationen mischt sie kräftig mit. Zwar verkündete der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky generös: „Wir haben keinen Anspruch, diese Demos in irgendeiner Weise zu dominieren.“ Doch das erinnert ein wenig an den legendären Ausspruch, der Walter Ulbricht 1945 entschlüpfte: „Es muß alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten!“ Am 3. Oktober wird die PDS auf der geplanten Berliner Großkundgebung gegen Sozialabbau auf jeden Fall Flagge zeigen.

Das Klima in der Koalition ist dementsprechend gereizt. SPD-Politiker äußern sich „stinksauer“ und nennen die Taktik der Postkommunisten „verlogen“ und „unfair“. Sie wittern nicht zu Unrecht die Absicht der PDS, sich auf SPD-Kosten zu profilieren. Wobei sich die SPD-Genossen fragen lassen müssen, was sie 2002 geglaubt haben, mit wem sie sich an den Kabinettschiff setzen.

Der andere bedeutungsvolle Trend ist die Etablierung der Grünen als Großstadtpartei. Es sind nicht nur die versprengten Anhänger von Multi-Kulti, und Anti-Atom oder spinnerte Weltverbesserer, die ihnen die Stimme geben. Auch die Forderung nach „kommunalen Beschäftigungsprogrammen“ kann den Zuspruch nicht erklären. Denn daß Berlin solche Programme tatsächlich auflegen könnte, glauben die Grünen selber nicht. Längst sind sie zur Partei einer „postmateriellen“ Klientel aufgestiegen. Dazu zählen zum einen die Gutgebildeten und Besserverdienenden, die von sozialen Einschnitten kaum berührt werden. Ihnen sind SPD und CDU zu unerotisch, die FDP zu monetär eingestellt, und die PDS lehnen sie als ein kollektivistisches DDR-Fossil ab.

Aber diese Wählerschicht würde bei weitem nicht ausreichen. Hinzu kommen die echten Halb- und Lebenskünstler, die Kleingewerbler und alternativen Projektbetreiber, die sich in Berlin nach wie vor tummeln. Viele von ihnen leben am Existenzminimum und finanzieren sich durch extreme Selbstausbeutung. Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele formulierte einmal griffig, ganz Kreuzberg, egal, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, lebe von 630-Mark-Jobs. Auch sie sind Postmaterialisten in dem Sinne, daß in ihrer Werteskala die persönliche Freiheit höher rangiert als die soziale Sicherheit. Das, was heute als Grausamkeit von Hartz IV angeprangert wird, gehört längst zu ihrem Lebensalltag. Sie haben keine Probleme damit, das Prinzip der Nachhaltigkeit, das vorher vor allem mit Blick auf den Umweltschutz vertreten wurde, auch auf den Bereich der Generationengerechtigkeit zu übertragen. Allerdings nehmen auch in diesem Milieu die Probleme durch das Verschwinden des ökonomischen Unterbaus in Berlin zu. Und wie der hergestellt werden kann, darauf wissen weder Schwarz noch Rot noch Grün noch Gelb eine Antwort. ■

Bei Schröders ...

mit Ronald GLÄSER

Das war dann wenigstens ein kleines Erfolgserlebnis für den vom Umfragetief geplagten Bundeskanzler: Zum Tag der Offenen Tür strömten Tausende friedlich ins Kanzleramt. Mehr als bei allen Montagsdemos zusammen. Insgesamt 150.000 Menschen besuchten am vergangenen Wochenende in der Hauptstadt die Ministerien.

Schon als es um zehn Uhr losging, standen rund 1.000 Leute brav in der Schlange. Die Abfertigung dauerte nur eine halbe Stunde. Auch deshalb, weil die Kontrollmaßnahmen auf das Notwendige beschränkt wurden.

Ein Rundgang durch das Bundeskanzleramt verrät verhältnismäßig wenig über den Kanzler und seine Mitarbeiter. Das futuristische Gebäude wirkt im Innern sehr nüchtern. Geradezu steril, findet eine Besucherin.

Alle Spieler vom Bundesligisten Dortmund haben ein Trikot unterschrieben und es Schröder geschenkt. So etwas findet sich im Eingangsbereich in Glaskästen. Das paßt. Deutschland unter Schröder ist wie Fußball aus Dortmund: In der Saison 2001/02 war Dortmund noch Deutscher Meister. In der letzten Saison reichte es nur noch für den sechsten Platz, gegenwärtig spielt man auf dem siebten. Ein Verein im Abstieg.

„Das ist Willy Brandt“, sagt ein Mann beim Anblick einer extrem häßlichen Skulptur. Er spielt auf die Skulptur des Ex-Kanzlers in der SPD-Zentrale an. Brandt wirkt dort wie ein Vertreter des Lumpenproletariats. Daß die Genossen keine besseren Skulpturen von ihren Vorbildern aufbauen, verstehe wer will.

Viel gearbeitet wird im Kanzleramt allerdings nicht. Lange und breite Gänge verbinden einige wenige, kleine Büros miteinander. Trotz einer riesigen Grundfläche ist die Nutzfläche sehr mager. Die schlafen hier eh nur, schlüßfolgert lakonisch ein junger, männlicher Besucher.

Nach dem Rundgang durch die Hallen der Macht vergnügen sich die Bürger auf einem Fest in Kanzlers Garten. Als Schröder auftritt, konfrontiert ihn nur ein vereinzelter Gewerkschafter mit dem H-Wort. So wie am Eingang ein einsamer Demonstrant gegen „Abtreibungsmord“ wettet.

Unangenehmer wurde es schon für Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Vor seinem Ministerium versammelten sich zwei Dutzend „Attac“-Anhänger, um auf Hartz IV zu schimpfen. Daraufhin sagte Clement seinen Auftritt vor den Besuchern kurzzerhand ab. Aus Sicherheitsgründen, hieß es.

Pariser Platz bald wieder komplett

Der Pariser Platz am Brandenburger Tor im Herzen Berlins ist wieder Großbaustelle. Ab September wird dort die Grube für den neuen Bahnhof der U-Bahnlinie 5 gegraben. Die U5 („Kanzler-U-Bahn“) soll ab 2006, dem Jahr der Fußball-WM in Deutschland, den Lehrter Stadtbahnhof (Hauptbahnhof) mit dem Pariser Platz verbinden. Gleichzeitig beginnen die USA an der selben Stelle mit der Errichtung ihrer Botschaft. Nach deren Fertigstellung, die ebenfalls für 2006 vorgesehen ist, wird der international bekannteste Platz der deutschen Hauptstadt wieder rundum bebaut sein. Nach Krieg und Abriß etlicher beschädigter Gebäude durch die Kommunisten war das einst pulsierende Terrain bis auf das Brandenburger Tor selbst bis 1990 völlig leer gewesen.

Die U5 soll unter „Unter den Linden“ entlang bis zum Alexanderplatz weitergebaut werden, wo die bestehende Linie 5 heute stadteinwärts endet.

Wer als Mann abends über die Prenzlauer Allee schlendert, wird zuweilen von mürrischen Augenpaaren verfolgt. Sie gehören den Besuchern von „Ewa“, einem Frauenzentrum im Prenzlauer Berg. Seit einigen Wochen hängen neben dem Hinweis „Nur für Frauen“ Transparente an der Fassade des sanierten Altbaus: „Rettet die Ewa!“. Seit Kürzungen bei Frauenprojekten drohen, sind die männermusternden Augenpaare noch griesgrämiger geworden.

Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) steht im Frauenausschuß des Abgeordnetenhauses mächtig unter Druck. Sein Ressort soll Millionen einsparen. Gleichzeitig kämpfen die Frauenhäuser um jeden Steuer-Euro.

Um vier Millionen wollte Wolf die Zuwendungen an Frauenprojekte kürzen. Nach massiven Protesten sank die Summe auf eine Million Euro. Bald darauf verringerte Wolfs Behörde das Sparvolumen auf 350.000. Und sogar dieser Betrag wurde dann noch einmal halbiert.

„Ewa“ bekommt bislang 170.000 Euro jährlich. Im Haushalt 2005/06 sind nur noch 70.000 vorgesehen. Betroffen von den Maßnahmen sind ferner ein Frauenprojekt in Berlin-Mitte und eines in Reinickendorf. „Ewa“ erhält außer vom Senat noch Zuschüsse von der „Servicegesellschaft Zukunft im Zentrum“, diversen Stiftungen, der Arbeitsagentur und von den Sozialämtern.

Die anderen rund 70 staatlich bezuschußten Frauenprojekte bleiben von den Kürzungen unangetastet. Wie viele solche Projekte insgesamt Berlin mit Geld unterstützt, das weiß selbst der Senator nicht so genau. Seine Behörde spricht von „zirka 75 Frauenprojekten“. In der Presse war von 79 zu lesen. Die Internetpräsenz des Wirtschafts- und Frauensensors weist aber nur 74 auf.

Die Zentren sind unterteilt in drei Kategorien. Es gibt 26 Projekte für Frauen mit Gewalterfahrung wie „Hydra“ (Treffpunkt und Beratung für Prostituierte) oder das Frauen-

haus „Flotte Lotte“. Dann folgen 18 Projekte für Frauen nichtdeutscher Herkunft. Deren Männern scheint angesichts ihrer Überrepräsentanz besonders oft die Hand auszusetzen (Türkischer Frauenverein, Interkulturelles Frauenzentrum Susi). Schließlich gibt es noch 20 Projekte der Kategorie „Sonstige“. Rund elf Millionen Euro verschlingen Frauenprojekte in Berlin.

Wie sieht sie aus, die „kulturelle Vor-Ort-Arbeit“, von der die Lobbyisten der Frauenprojekte schwärmen? Die sonst naheliegende Vor-Ort-Recherche kann von einem Mann kaum geleistet werden. Ein Blick auf die Internetseite von „Ewa“ zeigt, daß dort harmlose Sprach- und Computerkurse angeboten werden. Persönliche und berufliche Weiterbildung also, die auch jede Volkshochschule bietet. Dann gibt es eine Bibliothek mit 32 Themenschwerpunkten. Hier nur einige auszuweisen: Frauen in der DDR, Frauenbewegung, Gewalt gegen Frauen, Körper und Sexualität, Lesben, Schwule, Prostitution, Pornographie,

Rassismus, Hexen. Kein Zweifel – wer mit dieser Bibliothek durch ist, hat ein völlig neues Weltbild.

Die Frauenprojekte Berlins sind schon fast als eigenständiger Wirtschaftszweig zu betrachten. Finanziert wird er letztlich vom weiblichen wie männlichen Steuerzahler. Die Motivation des Senats, derlei Projekte zu beleben, läßt sich in einer Äußerung von Gabriele Schöttler (SPD) erkennen. Berlins Sozialsenatorin hatte kürzlich unter der Überschrift „Wege zu demokratischen Familienstrukturen“ erklärt: „Die klassische Familie ist in ihrer Tradition und Struktur autoritär und patriarchalisch geprägt.“

Es geht also keinesfalls allein um die Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, für den Frauenhäuser in der Öffentlichkeit zu Recht gelobt werden. Ziel ist der Kampf gegen die „klassische Familie“ schlechthin. Ein zutiefst ideologisches Projekt vom äußeren linken Rand, für das die Steuerzahler aufkommen müssen. ■

Feindbild »klassische Familie«

Berlins »Frauenprojekte« sind vom Rotstift kaum betroffen / Von Markus SCHLEUSENER

Google an der Börse: Wissen ist Macht

Die weltweit größte Internetsuchmaschine vermittelt nicht nur Informationen / Von Imre GRIMM

Ein fröhliches, buntes Logo. Eine schlichte Suchzeile. Nur 39 Wörter auf der Startseite. Von außen wirkt „Google“ sympathisch, arglos, aufgeräumt. Eine vertraute Heimat in den Weiten des Internets. Noch dazu demokratisch organisiert, weil die Treffer danach sortiert werden, wie viele „fremde“ Links auf sie verweisen. Die Chefs Larry Page (31) und Sergej Brin (30) tragen Turnschuhe, seit ein paar Tagen sind sie Milliardäre. Also alles bestens?

Ist Google harmlos? Dazu ein paar Fakten: Google hat 4.285.199.774 Internetseiten auf seinen Computern gespeichert. 69 Prozent aller Internet-Anwender nutzen Google, täglich laufen 220 Millionen Suchanfragen ein – und Google speichert jede einzelne davon. Google ist das Internet, und das Internet ist Google. Was bei Google nicht ganz vorne in den Trefferlisten erscheint, findet nicht statt.

Wir müssen uns bewußt machen, daß Google mehr ist als nur die „Gelben Seiten“ des Internets. Google ist ein Wissensschatz, eine Instanz, die täglich über Relevanz und

Irrelevanz von Meinungen und Informationen entscheidet. Es hat sich zu einem Instrument der Meinungsmache entwickelt, von dem abhängt, welche Wahrheit (von unendlich vielen möglichen) ganz vorne landet – und somit wahrgenommen wird. Die Firma entscheidet darüber, was Zugang zu unseren Köpfen erhält und was nicht. Das bedeutet schlicht: Google ist mächtig.

Und es ist manipulierbar. Spezialagenturen wie Zanox und Affili.net sorgen mit „Geisterwebseiten“ voller Links dafür, daß Firmen wie Ebay, Amazon, Karstadt, T-Mobile und Otto in den Google-Trefferlisten ganz vorne landen. Gerüchte

um Eingriffe in das „demokratische“ Sortiersystem halten sich hartnäckig: Auf Drängen von Scientology soll Google Webseiten von Sektenkritikern „ausge-

blendet“ haben. „Aus Spaß“ soll die Google-Truppe immer wieder Trefferlisten zu politischen Statements nutzen. Die Bertelsmann-Stiftung warnt vor der „Vergoogelung des Webs“ und meint Googles Medienmacht als wichtigste Schnittstelle zwischen Datenmassen und Menschen.

Mit keinem Wort haben die „Googler“ bisher verraten, wie sie mit dem unschätzbar wertvollen Wissen umgehen wollen, das sie angehäuft haben. Was wünschen sich schwedische Kinder zu Weihnachten? Wie oft kaufen 35-jährige Skifahrer neue Skier? Welche Autoradio benutzen Honda-Fahrer? Das weiß niemand auf der Welt so genau wie Google Inc., Mountain View, Kalifornien. Mit diesem Wissen verdient Google sein Geld. Passend zum eingegebenen Suchbegriff erscheinen Anzeigen auf den Google-Ergebnisseiten. Firmen können Schlüsselwörter „buchen“. Mehr noch: In seinem geplanten kostenlosen E-Mail-Dienst „G-Mail“ will Google den privaten Schriftverkehr seiner Kunden vollständig nach werberelevanten Inhalten scannen und entsprechende Reklameeinblendungen mitversenden. So entstehen Millionen von Kundenprofilen. Die

Verlockungen dieses Systems sind einzigartig.

Um als glaubwürdiges Unternehmen eine Überlebenschance zu haben, muß Google seine Strategien offenlegen. Der Börsengang, der nun Milliarden von Dollar in die Kassen spült, verpflichtet die Firma zur Offenheit. Das ist eine gute Nachricht. Allerdings: Die Google-Erfolgszutaten vergiften sich zunehmend selbst.

Je vermüllter der Datenkoloß wird (allein der Suchbegriff „Google“ liefert 58,3 Millionen Treffer) – desto größer wird die Versuchung, mit anderen Methoden Geld zu verdienen. Zum Beispiel mit dem Verkauf von Kundenprofilen.

Es wird Zeit, daß wir Google nicht mehr als fröhliche Start-up-Truppe mit Gratismassagen-Billardtisch-Image verarmlosen. Man kann Google nicht verpflichten, zum

Wohle der Konkurrenz schlechtere Ergebnisse zu liefern. Aber man kann sich bewußt machen, daß „Wahrheit“ ein relativer Begriff ist. Betrachten wir Google lieber als Trainingsmodul für Medienkompetenz. Mehr als bisher müssen wir lernen, Fakten zu hinterfragen und Quellen zu prüfen.

Das gilt nicht nur für Google. Denn unter Umständen könnte die Firma ein ähnliches Schicksal erleiden wie Netscape, das im August 1995 zum Börsenstar hochgejubelt wurde – bis Microsoft ins Geschäft mit den Internet-Programmen einstieg. Wenn Microsoft seine Ankündigung wahr macht und 500 Millionen Dollar in eine Suchfunktion investiert, die neben dem Internet auch Datenbanken und den eigenen Computer durchsucht, dann ist Google tot. Und die Firma, die als Monopolist im globalen Computergeschäft die Nervensysteme von Milliarden Rechnern kontrolliert, würde sich auch noch zum Torwächter des größten Wissensnetzwerkes der Welt aufschwingen.

Hoffen wir, daß Google Erfolg hat. Das wäre das kleinere Übel. ■

Aus: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, mit freundlicher Genehmigung des Autors.



Mehr als nur die „Gelben Seiten“ des Internets: Google ist mächtig dank Informationen.

Gibt es wegen Google gläserne Kunden für jede Art Werbung?

Gedanken zur Zeit:

Washington – das »neue Rom«?

Wilfried BÖHM über die Amerikaner und ihre Art, eigene Interessen in aller Welt durchzusetzen



Zeitlich ist es nur ein kurzer Schritt von den „Ami go home“-Parolen in Deutschland bis zum Wehklagen über den angeblichen „Liebesentzug“, den die Amerikaner mit dem angekündigten Abzug rund der Hälfte ihrer in Deutschland stationierten Truppen beabsichtigen. Dabei hatten im Kalten Krieg SPD und Grüne, besonders ihre 68er-Klientel, oft genug im Bündnis mit den westdeutschen Kommunisten und den Machthabern in der „DDR“ nichts unversucht gelassen, um die „US-amerikanischen Imperialisten“ und ihre Raketen, Flugbasen und militärischen Einrichtungen zu bekämpfen. Der rot-grüne Flirt mit den damaligen Kremlherren im „Weltfriedenskampf“ war nicht zu übersehen. Heute nun weint Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) den abziehenden amerikanischen Soldaten Krokodilstränen nach und lobt das „wunderbare Verhältnis zwischen der US-Armee und den Bürgern“, das an jedem Standort bestehe.

Die Ausweitung möglicher Kriegsziele der USA ist bedrohlich geworden

Das Nein des derzeitigen Bundeskanzlers und seiner rot-grünen Mehrheit zur Irak-Intervention der USA und die Verweigerung deutscher Teilnahme daran – vor zwei Jahren massiv und mit Erfolg im deutschen Wahlkampf eingesetzt – hat es der amerikanischen Administration gewiß nicht schwer gemacht, ihre jüngste Entscheidung zum Truppenabzug aus Deutschland zu treffen. Doch das entscheidende Argument für den Abzug sind die weltweiten strategischen Interessen der einzigen verbliebenen Supermacht. Haben doch die USA in ihrer Geschichte und Gegenwart stets ihren eigenen Interessen Vorrang eingeräumt. Das zu erkennen und bei eigenen Entscheidungen zu bedenken, ist eine der wichtigsten Aufgaben deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Das 1989 vom damaligen US-Präsidenten George

Bush sen. gemachte Angebot an Deutschland zur „partnership in leadership“ hat nach der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten auf deutscher Seite nie die Bedeutung erlangt, die ihr von amerikanischer Seite zugedacht war.

Gerade darum ist es erfreulich, daß sich der auslandserfahrene Bundespräsident Horst Köhler in seiner Antrittsrede unlängst zu der Einsicht bekannte: „Für mich ist Freiheit der wichtigste Wert, der Europa und Amerika dauerhaft verbindet. Und ich sehe Amerika weiterhin als Hort der Freiheit. Es ist wahr: Die Amerikaner haben ihre Fehler gemacht – wir Europäer die unseren. Klar ist für mich aber auch: Niemandem kann an einem Zerrbild Amerikas in der Welt gelegen sein.“

Angesichts dieser Situation und der Tatsache, daß sich auf dem deutschen Büchermarkt eine einseitig amerikafeindliche, oft gehässig bis verleumderische Literatur breitgemacht hat, ist es erfreulich, daß unlängst beim Münchner Verlag Herbig eine objektive und kritische, aber wissenschaftlich zuverlässige Geschichte der Weltmacht Amerika erschienen ist. Die 600 Seiten des Buches „Pax americana. Die Geschichte einer Weltmacht“ wurden mit Sachverstand und spannend von zwei ausgewiesenen Wissenschaftlern, dem Professor der Politik an den Universitäten Erlangen, Nürnberg und Bayreuth, Konrad Löw, und dem Politikwissenschaftler Wolfgang Effenberger, München, geschrieben.

Die Autoren gehen von den angelsächsischen Wurzeln aus, veranschaulichen die Entstehung und Entwicklung der Vereinigten Staaten, die Zusammenhänge sowie die Parallelen im Aufstieg des frühen England und des heutigen Amerika zur Weltmacht. Sie entschleiern die Gründungsmythen, das zielstrebige Ausblenden der

dunklen Seiten aus dem Buch der eigenen Geschichte (Bürgerkrieg mit 600.000 Toten, das Schicksal der Ureinwohner und der schwarzen Sklaven). Effenberger und Löw beschreiben den unbändigen Freiheitsdrang als Ergebnis einer Entwicklung, die sich bereits in den Unternehmungen der Normannen und Wikinger zeigte. Die Rolle der ersten Siedler, der späteren Einwanderer und die Bedeutung der religiösen Gemeinschaften mündet in ein Sendungsbewußtsein, „in Gottes eigenem Land“ zu sein. Sie gründeten Städte und Staaten, stets auf dem Weg zu „neuen Grenzen“, die es zu überwinden galt. Hehre Ziele ergaben sich aus alledem: schließlich die Entschlossenheit, die Welt, notfalls mit Gewalt, von ihren Schurken zu erlösen.

Die ganz außergewöhnliche Erfolgsgeschichte, die Amerika zu seiner „historischen Mission“ inspiriert, wird eindrucksvoll beschrieben: Während der Aufstieg Roms zur „Weltmacht“ der Antike mehr als ein halbes Jahrhundert gedauert hat, benötigten die USA dafür weniger als ein halbes Jahrtausend. 142 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung von England (1776) entschied ihren Interessen gemäß das Eingreifen der Vereinigten Staaten den ursprünglich europäischen Ersten Weltkrieg. Als vorherrschende Kontinentalmacht zwischen Atlantik und Pazifik entfalteten die Vereinigten Staaten weltweit ihre maritime Macht zum Schutz ihrer Handelsverbindungen wie ihrer Märkte. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Amerika Großbritannien in dessen Rolle als Beherrscher der Meere endgültig abgelöst. Schließlich überstand die atomare Supermacht USA ihre ideologiegestützten Kontrahenten: Die atomare ebenfalls hochgerüstete expansive Sowjetunion implodierte, und es gelang, das kommunistische bevölkerungsreichste Land der Erde, China, einzudämmen.

Die Sowjetunion, vom US-Präsidenten Ronald Reagan unter der interessenbedingten Zustimmung der

Mehrheit der Deutschen als das „Reich des Bösen“ angesprochen, wurde durch die bis in den Weltraum reichende Rüstung der USA in den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch getrieben. In unseren Tagen genügt der vermeintliche Griff nach Massenvernichtungswaffen durch Saddam Hussein, um den Irak als „unzuverlässigen Staat“ mit Krieg zu überziehen. Die Mehrheit der Deutschen zollte diesmal nicht Beifall, sondern lehnte diesen amerikanischen Krieg ab, weil eigene deutsche Interessen nicht erkennbar waren. Die Ausweitung potentieller amerikanischer Kriegsziele ist eher zur Besorgnis geworden. Sicher ist, daß die USA ihre Interessen weltweit offensiv vertreten und die restliche Welt als ihren eigenen Hinterhof betrachten. Das führt zwangsläufig dazu, daß Fehler der USA weltweit ihre negativen Auswirkungen auch auf scheinbar Unbeteiligte haben. Mit anderen Worten: Die Politik der USA geht alle an, und die Kenntnis der Geschichte der USA und des von ihr geprägten Denkens und Handelns als Supermacht ist unverzichtbar bei der Gestaltung jeglicher Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Schlußfolgerung der Autoren: Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und dem Ende des Kalten Krieges sieht sich Amerika als „einzig verbliebene Supermacht“ und schickt sich an, die Welt nach seinen Interessen in einer „Pax Americana“ zu gestalten. Die Siege in beiden Weltkriegen und im Kalten Krieg sowie das Trauma des 11. September rechtfertigen in den Augen vieler Amerikaner die vorbeugende Selbstverteidigung einschließlich der Mißachtung des Völkerrechts.

Die Autoren geben damit die Antwort auf die Fragen: Sind wir Zeitzeugen eines „neuen Roms“ – der Vereinigten Staaten von Amerika? Führen heute „alle Wege nach Washington“, so wie einst zum imperia-

len Rom? In ihrem Nachwort „Pax Americana oder Imperium Americanum?“ verweisen sie nicht nur darauf, daß im vergangenen Jahr Peter Bender über die „Weltmacht Amerika – Das Neue Rom“ geschrieben hatte, sondern auch Herbert Krempf in der Tageszeitung „Die Welt“ gefragt hatte: „Sind die Amerikaner die Römer unserer Tage?“ Er habe zugleich aufgezeigt, daß Imperien immer an ihrer Überdehnung gescheitert seien. Moralisch-religiöse Kategorien von „Gut und Böse“ lieferten den Unterbau der imperialen Perspektive, so daß heute in dem „Drama von Raum und Reich“ erneut alle Zutaten für eine Tragödie im Weltmaßstab angelegt seien.

Auch der Hinweis der Autoren auf einen Beitrag von Stefan Rabenisch in der Wochenzeitung „Die Zeit“ sei angeführt. Er schreibt, daß im Unterschied zum historischen Rom es in den USA nicht aristokratische Feldherren seien, die sich als Boten von Menschlichkeit, Zivilisation und Kultur verstünden. Heute in den USA bestimmten vielmehr Geschäftsleute und Anwälte die Geschicke des Landes, die sich als Garanten der Freiheit und Demokratie verstünden und damit den „American way of life“ meinten, und das, solange es den amerikanischen Interessen diene. Dazu Rabenisch: „Während die antike Großmacht durch Krieg und Kriegsdrohung ihre Herrschaft vergrößerte, eroberte die USA nur solche Staaten, die sie nicht kaufen können – gemäß der Devise: Vor den Kugeln kommen die Dollars.“ Erobern wiederum sei für Rom das Ergebnis politischer Verwicklung gewesen, für das durch wirtschaftliche Interessen geleitete Amerika hingegen ein Lebensgesetz. Auch angesichts dieser Bandbreite kluger und nachdenklicher Äußerungen ist das Buch von Löw und Effenberger ein hervorragender Beitrag zur außen- und sicherheitspolitischen Diskussion unserer Zeit. ■

Ist das Erobern für Amerika ein Lebensgesetz?

Begehrliche Blicke von allen Seiten

Abwanderung, Armut, Mißwirtschaft und südostasiatische Einwanderung bedrohen Russisch-Fernost / Teil II / Von A. ROTHACHER

Etwa 60 Prozent der Einwohner Russisch-Fernosts sind außerhalb der Region geboren. Von besseren Verdienst- und Aufstiegschancen angelockt, hatten sie sich bis 1989 in der unwirtlichen Gegend niedergelassen. In aller Regel beabsichtigten die meisten, vor ihrer Pensionierung mit 55 Jahren in ihre osteuropäische Heimat, zu der die Verbindung selten abriß, zurückzukehren. Im Blick auf ausbleibende Gehälter, die wirtschaftliche und physische Unsicherheit, die schmerzlichen Versorgungsengpässe, bei denen Elektrizität, Heizöl und selbst Leitungswasser im Winter oft ausfallen, fällt den meisten der Entschluß zur Rückkehr leicht. 1991 setzte mit seither 100.000 Menschen pro Jahr die Abwanderung – oft nach Krasnodar oder Rostow am Don – machtvoll ein. Seit 1993 wurde zusätzlich auch der „natürliche Zuwachs“ der relativ jungen Region negativ: Die Sterberaten übertreffen die Geburtenziffern. Am stärksten ist die Abwanderung in den menschenarmen Nordprovinzen. Dort betrug der Bevölkerungsverlust im letzten Jahrzehnt 50 bis 60 Prozent. Im relativ dichter besiedelten Süden entlang von Ussuri und Amur erst noch zehn Prozent. Viele der Arbeitslosen und Rentner der südlichen Städte werden von ihrer Armut an der Rückwanderung gehindert. Denn der Staat hält sein früheres Anwerbungsversprechen von Gratisrückfahrten nicht mehr. Die Hyperinflation der frühen 90er Jahre und der Bankenkollaps von 1998 hat ihre Lebensersparnisse vernichtet. Die teuren Fahrscheine der Transsib sind damit für viele unerschwinglich geworden. Wer nicht von seiner Familie ausgelöst wird, ist in seiner Armut in Fernost gefangen.

Oft werden entlegene Bergwerksiedlungen zur Gänze verlassen und aufgegeben. Der Tag ist absehbar, an dem die eingesessenen Volksgruppen der Jakuten, Chukchi und Koryaken, die meist in ihren armen Dörfern von der Wirtschaftskrise kaum betroffen weiter der Jagd und Fische nachgehen, wieder die Mehrheit als Titularnation ihrer Oblaste beziehungsweise der „Republik Sakha“ (Jakutien) stellen. In dem jüdischen Autonomen Bezirk mit der Hauptstadt Birobidschan dagegen sank der Anteil der von Stalin dorthin verbrachten Juden von ursprünglich 23 Prozent auf nur noch vier Prozent (15.000 Menschen), nachdem die meisten nach den USA und Israel ausgewandert sind.

Attraktiv ist Russisch-Fernost nur für seine südlichen Nachbarn: Die 130 Millionen Chinesen, die in der überbevölkerten Mandschurei, dem wirtschaftlich darniederliegenden „Rostgürtel“ Chinas, und in der Inneren Mongolei wohnen, sowie die 26 Millionen Nordkoreaner, die im stalinistischen Armenhaus und Hungerparadies des Despoten Kim Jong Il ihr Dasein fristen.



Kontrollbesuch eines Despoten: Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Il beim Besuch in Wladiwostok. Hunderttausende von seinen 26 Millionen Untertanen finden in Russisch-Fernost Arbeit, da die Russen selbst verstärkt die unwirtliche Region verlassen. Nordkoreanische Land- und Bauarbeiter verlangen zudem nur die Hälfte des Lohnes eines Russen.

Foto: AP

1938 hatte Stalin alle Chinesen, die damals noch die Bevölkerungsmehrheit in Wladiwostok stellten, aus Fernost vertreiben lassen. Heute leben legal wieder 200.000 Chinesen – drei Prozent der Bevölkerung – in Fernost. Die Zahl der Illegalen wird offiziell auf 400.000 geschätzt. Die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich eher bei zwei Millionen. Für alle Chinesen ist eine visumfreie Einreise für bis zu 30 Tage möglich, genug Zeit, um sich von Landsleuten aus der Unterwelt die richtigen Papiere zu beschaffen.

Mittlerweile betreiben die Chinesen alle Casinos und die meisten Hotels und Gaststätten der Region. Sie arbeiten als Schuster, Näher, als Land- und Forstarbeiter sowie in Baukolonnen. Für Arbeitgeber sind die chinesischen und nordkoreanischen Arbeitskolonnen sehr begehrt, weil sie fleißiger und billiger sind sowie klaglos länger arbeiten als die Russen.

Gouverneur Sergei Darkin lud kürzlich 200.000 Nordkoreaner als zusätzliche Arbeitskräfte ein. Denn von Koreanern, von denen bereits 500.000 in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion verstreut

Dollar monatlich nur die Hälfte des Lohns eines Russen. Chinesische Näherinnen fertigen Hemden für den US-Markt für gar nur elf US-Cents die Stunde in den von Südkoreanern organisierten Textilfabriken. Die Arbeit von Russinnen würde das Fünffache kosten. Die meisten Chinesen leben unauffällig in den Vorstädten von Chabarowsk und Wladiwostok, die mehr als 600.000 Einwohner haben, und in Grenzstädten wie Ussurisk, Pogranitschni und Blagoveschensk, wo sie schon die Mehrheit der Bevölkerung stellen.

Unter der Federführung der Industrie- und Entwicklungshilfeorganisation der Vereinten Nationen (Unido) sollte das Grenzgebiet von China, Rußland und Nordkorea im Tumen-delta gemeinsam entwickelt werden. Bei einem Staatsbesuch in Moskau im Juni 2003 schlug der chinesische Premier Hu Jintao eine Pacht der Häfen Posiet und Zarubino an der Mündung des Tumen für 49 Jahre vor. China würde die verrottenden Häfen auf die zehnfache Kapazität ausbauen und 34 Eisenbahnkilometer in die Nordmandschurei, die so endlich einen direkten Zugang zum Japanischen Meer und zum Pazifik erhielte,

Meinung in Rußland allergisch auf die Andeutung weiterer Gebietsverluste. Deshalb gelang es den Japanern trotz attraktiver Offerten mit gesichtswahrenden zeitlich verschobenen Souveränitätstransfers bislang auch noch nicht, die von der Sowjetunion 1945 illegal annektierten Südkurileninseln zurückzukaufen. China dagegen weiß die Zeit auf seiner Seite. Unverdrossen bereitet es die infrastrukturellen Vorarbeiten für die Rückgewinnung von Fernost vor. Von Dalien ausgehend wird der Bau einer Eisenbahnlinie in Angriff genommen, die nunmehr auf chinesischer Seite den Osten und Norden der Mandschurei bis zur russischen Grenze verbindet.

Auf russischer Seite wird versucht, dem anscheinend unweigerlichen Verlust an Territorium und Wirtschaftsmacht durch Megaprojekte der sowjetischen Tradition entgegenzusteuern. So ist seit 1966 schon eine transkontinentale Autobahn von Wladiwostok bis Moskau im Bau, für deren 2.200 Kilometer langes Teilstück am Amur die Osteuropabank EBRD kürzlich 25 Millionen US-Dollar beisteuerte. Mit einem Pipelineprojekt aus Ostsibirien spielt die russische

Führung ihr übliches Katz- und Mausspiel. Seit einem Jahrzehnt verspricht Moskau in vielen Gipfelkommunikes sowohl China wie Japan jeweils sich ausschließende Streckenführungen für das sibirische Öl.

Sie haben einen gemeinsamen Ursprung: Angarsk oder Taischet im südlichen Ostsibirien. China wünscht als Zielort die Raffinerien von Daling in der Mandschurei. Diese Pipeline wäre nur 2.400 Kilometer lang und würde 1,8 bis 2,4 Milliarden US-Dollar kosten. 400.000 Tonnen pro Tag könnten in die öhlungrige Petrochemie der Nordmandschurei gepumpt werden. Der japanische Gegenentwurf, der aus geopolitischen Gründen den Segen von Putin und den Amerikanern findet, ist mit 4.000 Kilometern länger und führt über erdbebengefährdete Taiga und Gebirge bis nach Nachodka an die Pazifikküste. Dort könnten nicht nur Japaner, sondern auch andere Pazifikanrainer russisches Öl kaufen. Doch Moskau läßt sich mit einer Entscheidung Zeit. Den Japanern schickt es statt der bisherigen Kostenschätzung von fünf bis sechs Milliarden US-Dollar einen neuen Kostenvoranschlag über zwölf Milliarden US-Dollar zur allfälligen Finanzierung, ein Preis, der jegliche Rentabilität weit übersteigt.

Als einstige Strafkolonie des Zaren spielte Sachalin, dessen Südhälfte („Karafuto“) unter japanischer Herrschaft von 1905 bis 1945 entwickelt wurde, von jeher eine Sonderrolle. Seit 1999 fördern die auf dem Kontinentalsockel dem Norden der Insel vorgelagerten Ölfelder Sachalin I und II reichlich Öl und Erdgas. Die Vorkommen sind zwar kleiner als die der Nordsee, doch sind sie für die Energiewirtschaft Nordostasiens nicht unwichtig. Sachalin I (entwickelt von Exxon Mobil, Itochu und Marubeni) sowie Sachalin II (erschlossen durch Shell, Mitsui und Mitsubishi) sind mittlerweile auch mit langfristigen Lieferverträgen für Flüssiggaslieferungen an die führenden Elektrizitätswerke Japans rentabel. Doch auch in Sachalin ist die Abwanderung groß. 1995 hatte ein Erdbeben die Stadt Neftegorsk zerstört und 2.000 Menschen getötet. Der Ölboom wird bestenfalls 9.000 Arbeitsplätze schaffen. Für mehr als die Hälfte der noch verbliebenen 500.000 Einwohner Sachalins bleibt jedoch weiter nur ein Leben unter der Armutsschwelle. ■

Hoffnung auf ein deutsches Leben

Jahrestag der Deportation der Wolgadeutschen – Grund zum Rück- und Ausblick / Von Sverre GUTSCHMIDT

Innerhalb weniger Stunden verloren sie alles – ihren Besitz ihre Heimat, ihre Autonomie. In Viehwaggons eingesperrt, verlor sie die stalinistische Sowjetunion als menschliche Fracht in die Arbeitslager Sibiriens. Der 63. Jahrestag der Deportation der Wolgadeutschen nach Sibirien am 28. August gibt der Bundesregierung und der deutschen Öffentlichkeit Anlaß, über Schicksal und Gegenwart der Rußlanddeutschen nachzudenken.

Die Kenntnis ihres Schicksals sei Voraussetzung, zu verstehen, warum sie nach Deutschland übersiedeln, so Jochen Welt, der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung. Das schwere Verfolgungsschicksal und die Motive der Übersiedlung müßten den Deutschen ins Gedächtnis gerufen werden. Tatsächlich sind Aussiedler in der Bundesrepublik derzeit bestenfalls Negativ-Gegenstand in der Betrachtung von Kriminalität. Die Zahl der Neuankömmlinge nimmt seit Jahren kontinuierlich ab,

die Zeiten, als nach Glasnost und Perestroika 300.000 und mehr Spätaussiedler jährlich in den Westen strömten, sind vorbei. 32.305 Spätaussiedler und Angehörige wurden im ersten Halbjahr 2004 registriert – im Vergleichszeitraum 2001 waren es noch 58.000. Fast ausschließlich kommen sie aus den GUS-Staaten. Rumänien und Polen steuern noch einen meßbar geringen Anteil bei. Seit den 50er Jahren sind über vier Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Umfangreich von Deutschland unterstützte Programme in Kasachstan und Rußland sollen die Verbliebenen dort halten oder wenigstens auf die Ausreise in die Bundesrepublik bestmöglich vorbereiten.

Damals durften sie nur mitnehmen, was sie am Leibe trugen – am 28. August 1941, zwei Monate nach dem Angriff der deutschen Wehrmacht, wurden 800.000 Deutsche nach Mittelasien und Sibirien deportiert, darunter 400.000 Wolgadeut-

sche, die seit dem 18. Jahrhundert treue Staatsbürger waren. Familienväter, Frauen und Kinder, sie alle wurden getrennt. Männer und Frauen ohne Kinder kamen ins Arbeitslager. Hunger, Kälte und Schwerstarbeit forderten 300.000 Todesopfer unter den verschleppten Deutschstämmigen. Wer von ihnen noch nicht deportiert war, sondern sich im Einflußbereich der Wehrmacht aufgehalten hatte, wurde zu Kriegsende als „Verräter der sozialistischen Heimat“ deportiert. Selbst die 75.000, die sich schon in den westlichen Besatzungszonen in Sicherheit wählten, wurden von den Westalliierten ausgeliefert. Verbannung im Gulag auf ewige Zeiten per Dekret war die Folge. Selbst die Abkehr vom stalinistischen Terror 1964 änderte nichts an der Lage der Entrechteten.

Um so bitterer empfinden die Rußlanddeutschen ihre Aufnahme in der Bundesrepublik angesichts der großen Hoffnungen auf ein hochherziges Deutschland, die wahre Heimat.

Sie beklagen die oft einseitig negative Stimmung, die öffentlich und in der Medienberichterstattung mit den Begriffen „rußlanddeutsch“ und „Aussiedler“ verbunden sind. Die ganz Jungen integrieren sich dank Schule schnell, die Alten träumen auch nach der Ankunft, die Generation der älteren Jugendlichen zieht dagegen unwillig mit, hat Probleme. Erfolgreiche Lebenswege finden sich aber auch unter ihnen – nur nicht in der Wahrnehmung. So wird anläßlich der olympischen Spiele in Athen aus der deutschen Medaillengewinnerin Julia Matijaas (Judo-Bronze im Superleichtgewicht) eine „gebürtige Russin“ oder gar ein „russischer Judo-Floh“. Auch deutsche Standesbeamte zeigen sich nicht gerade zugeeignet bei von ihnen oft eigentümlich eingedeutschen Namen der Zuzügler. Kurzum: „rußlanddeutsch“ ist ein Negativattribut mit dem offenbar selten ein Sieg und harte anständige Arbeit in Verbindung gebracht wird, vielmehr Kriminalität und Integrationsprobleme. In einer Privatfern-

seh-„Akte“ wurde im Juli sogar „Eine Region in Angst“ vor rußlanddeutschen Jugendlichen vorgestellt. Aufhänger des reißerischen Berichtes bildete ein acht Jahre zurückliegender Mordfall. Nicht nur die erfolgreich den „Bleibewilligen“ potentieller Aussiedler aus Rußland stärkende Politik der deutschen Regierung zeigt also Wirkung. Es gibt neben der guten Hilfe in den Herkunftsgebieten gegenwärtig mehr Aversion in Deutschland als in Rußland, das den Wert der Minderheit längst entdeckt hat. Auf den Internetforen der Rußlanddeutschen lassen Umfragen erkennen: Viele der Aussiedler empfinden es inzwischen als Beleidigung, in Deutschland öffentlich als Rußlanddeutsche angesprochen zu werden. Zurückhaltung, bisweilen auch Abneigung ist ein gern verschwiegener Faktor in den Beziehungen zwischen eingesessenen und „neuen“ Deutschen. Es wird für ein gutes Verhältnis mehr als „Hilfe zur Selbsthilfe“ und günstiger Kredite für „Bleibewillige“ bedürfen. ■

Kein Atomwaffenverzicht in Sicht

Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea stehen wieder still / Von Pierre CAMPGUILHEM

Seit zwei Jahren dauern in Peking Verhandlungen von sechs Staaten (USA, Nordkorea, Südkorea, China, Japan und Rußland) ohne konkrete Ergebnisse an. Es geht um das militärische Nuklearprogramm Nordkoreas, das Pjöngjang in Gang gesetzt hat, obschon es Unterzeichnerstaat des sogenannten Atomsperrvertrags ist. Letztes Jahr wurden die Inspektoren der Wiener Atomagentur aus dem Lande ausgewiesen, so daß ein Kompromiß zwischen den USA und den Nordkoreanern immer schwieriger wird.

Nach Angaben des Pariser Nordkoreaexperten Pierre Rigoulot wurde Pjonjang am Anfang vorwiegend durch die Sowjetunion mit konventionellen Waffen ausgerüstet und profitierte später im Nuklearbereich von der pakistanischen Hilfe. Nordkorea entwickelte seinerseits hochtechnologische Trägersysteme und tauschte mit Islamabad Raketen gegen Atomgeheimnisse aus. Es gelte als unwahrscheinlich, daß die Volksrepublik China bei diesem Trägerprogramm

mitgeholfen hat. Das Hauptgewicht Pekings im Nordkoreaproblem bestehe darin, mit Wirtschaftshilfe das nordkoreanische Regime zu unterstützen.

Die Lage in dieser Region Südostasiens scheint für Washington besonders heikel zu sein. Seit dem Waffenstillstand von Panmunjom im Jahre 1953 ist die Situation dort eingefroren, und alle Anstrengungen der USA, das nordkoreanische Regime zu verändern, geschweige zu stürzen, sind erfolglos geblieben. Es bleibt Washington nun nur noch übrig, mit umfangreichen internationalen Wirtschaftshilfen Pjöngjang den Atomwaffenverzicht schmackhaft zu machen.

Washington schlägt Pjöngjang vor, sein Nuklearprogramm zunächst einzufrieren und dann die betreffenden Militäranlagen zu zerstören. Selbstverständlich will Nordkorea nichts davon hören. Deshalb sind die Beobachter des gegenwärtigen diplomatischen Spiels ziemlich pessimistisch. Das Außenministerium in Pjöngjang

beschimpfte inzwischen den amerikanischen Präsidenten als „politischen Blödmann“ und „Tyannen, der Hitler in den Schatten stellt“, so daß eine diplomatische Einigung derzeit äußerst unwahrscheinlich erscheint.

Laut Rigoulot besteht das Hauptanliegen Chinas in der derzeitigen Krise darin, eine nukleare Aufrüstung Japans zu verhindern. Falls Nordkorea eine in der Tat für die Sicherheit Japans gefährliche Militärmacht würde, wäre in Tokio die Versuchung groß, selbst die Atomwaffe zu bauen. Es liege auf der Hand, daß eine solche militärtechnische Entwicklung die Lage in Asien und in der Welt völlig verändern würde. Die Amerikaner, die gegenwärtig im Irak engagiert sind, würden eine solche Entwicklung wohl kaum zulassen.

In diesem Zusammenhang – so der Pariser Fernostexperte weiter – habe sich das Pentagon dazu entschlossen, seine Truppen nicht mehr an der Demarkationslinie zu stationieren, son-

dern in den Süden der Halbinsel Korea zurückzuziehen, um eine Gegen-schlagfrist zu besitzen. Die Regierung in Seoul erwäge ihrerseits sogar die Möglichkeit, ihre Hauptstadt 140 Kilometer zu verlegen.

Innenpolitisch sei bemerkenswert, daß in Seoul mit Präsident Ro Moo-Yoon ein Politiker an der Macht ist, der gern eine Ostpolitik nach Willy Brandts Art führen würde. Die südkoreanische Jugend und die Altersgruppe zwischen 30 und 40 seien pazifistisch gesinnt, da sie keine Ahnung vom jetzt 50 Jahre zurückliegenden Koreakrieg hätten. Südkorea, dessen Lebensstandard innerhalb zweier Menschenalter von dem Bangladeshs bis zu dem Spaniens emporgestiegen sei, wünsche sich nur eine Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit. Pierre Rigoulot meint, die Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung dränge nicht auf die Wiedervereinigung mit dem Norden, da sie analog zur deutschen riesige Wirtschaftsprobleme mit sich bringen würde. ■

FPÖ gegen Türkei-Beitritt

Die FPÖ-Spitze hat sich in einer Klausurtagung gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen. Verhandlungen dürften nicht etwa nur den Vollbeitritt zum Ziel haben, sondern auch Alternativen für ein „besonderes Verhältnis“ mit dem „Kooperationspartner Türkei“. Jörg Haider war immer für einen Vollbeitritt der Türkei eingetreten. Mittlerweile steht fest, daß der Publizist Andreas Mölzer sein Mandat im EU-Parlament – das einzige der FPÖ – behalten wird. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat die Beschwerde des an Vorzugsstimmen unterlegenen FPÖ-Spitzenkandidaten Kronberger abgewiesen. Allerdings geschah dies aus formalen Gründen und ohne inhaltliche Wertung: Kronbergers Einspruch wäre zwar nach der österreichischen Wahlordnung rechtzeitig erfolgt, aber die dem bei EU-Wahlen übergeordneten EU-Recht entsprechende kürzere Frist war versäumt worden. **RGK**

Aus alt mach neu

Eine Anlage, noch wenigen bekannt, könnte bald die Profiteure hoher Benzinpreise das Fürchten lehren. In Polen wurde ein Verfahren entwickelt, das aus Plastikabfällen Kraftstoffe erzeugt. Ganz neu ist die Idee zwar nicht – bereits im Ersten Weltkrieg gelang die Umwandlung von Kohle in Öl –, doch die neue Technik scheint profitabel zu sein und ist nach Angaben polnischer Zeitungen sogar schon für 2,4 Millionen Zloty zu erwerben. Die Modellanlage wandelt stündlich bis zu 360 Tonnen Abfall in 500 Liter Kraftstoff um. Allein in Polen könnten bald hunderte Anlagen betrieben werden, gefüttert mit Plastikmüll von Autoteilen bis zum alten Gummiband. Der so hergestellte Sprit wird bereits von polnischen Raffinerien für zirka 1,6 Zloty pro Liter gekauft. **SV**

Doppeltes Spiel des Sudan

Während von Friedensgesprächen zwischen Regierung und Milizen im Sudan berichtet wird, dauert das Morden an. Musa Hilal, Kommandant der berüchtigten Janjawid-Banden und mitverantwortlich für die Übergriffe auf Zivilisten im Sudan, lebt unbehelligt in der Hauptstadt Khartum. Die UN-Resolution zeigt offenbar keine Wirkung. **A.S.**

Anzeige

Siegermonopol von 1945 soll bleiben

UN-Reformplan sieht keinen festen Sitz für Deutschland und Japan im Sicherheitsrat vor

Bis vor wenigen Tagen lief für Deutschland und Japan alles zum besten. Nachdem Kofi Annan verkündet hatte, daß er eine Reform des UN-Sicherheitsrats anstrebe, hofften die beiden Länder endlich einen festen Sitz im Gremium zu erhalten. Joschka Fischer warb sogar in einer langen Weltreise durch zahlreiche Ländern um Unterstützung für das deutsche Ansinnen, doch nun hat ein Beraterteam der Uno im kalifornischen Palo Alto ein Konzept entwickelt, das Deutschland, dessen vorläufige Ratsmitgliedschaft Ende des Jahres ausläuft, weiterhin einer unter vielen sein läßt. Denn das vorgeschla-

gene Modell sieht eine „Drei-Klassen-Gesellschaft“ vor. Hiernach sollen in der obersten Gruppe die fünf bisherigen ständigen Mitglieder, USA, Rußland, China, Großbritannien und Frankreich, ihre Sonderstellung behalten, größere Staaten wie Deutschland und Japan kämen in eine Gruppe aus der alle fünf Jahre fünf Mitglieder in den 15köpfigen Rat gewählt würden. Alle verbleibenden Länder der 191 Uno-Staaten könnten alle zwei Jahre fünf ihrer Mitglieder in das Gremium entsenden.

Diese Reform wäre allerdings keine, denn geändert hätte sie nichts. Es

wäre vielmehr so, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs ihre starke Position gegenüber den Verlierern selbst fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende bestätigt hätten.

Doch sogar Bundeskanzler Schröder, der toleriert, daß Deutschland immer noch in der UN-Feindstaatsklausel erscheint, besteht auf einem festen Platz für die Bundesrepublik als zweitgrößter Truppensteller und drittgrößter Beitragszahler der Uno. Berlin schwebt ein Modell vor, in dem der 15köpfige Rat um fünf ständige und vier nichtständige Mitglieder erweitert würde. Neben

Deutschland und Japan würden Brasilien, Indien und ein afrikanisches Land zu den Gewinnern dieser Reform zählen. Allerdings lehnen Pakistan und Italien dieses Modell entschieden ab, da sie weiterhin außen vor blieben.

Wohl am meisten sagt das neu vorgeschlagene „Drei-Klassen-Modell“ den USA zu. Die Aussage eines US-Vertreters gegenüber der *Financial Times Deutschland*, daß man im Sicherheitsrat seit der Mitgliedschaft Deutschlands „mehr Probleme als zuvor“ habe, spricht da Bände. **R. Bellano**

Das Kernproblem bleibt unbeachtet

In Deutschland, Österreich und der Schweiz beherrscht vor allem Einfältigkeit die Rechtschreibdebatte

Bei einem Treffen von Spitzenbeamten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wurde ein Vorstoß der deutschen Mitglieder der „Zwischenstaatlichen Kommission für die deutsche Rechtschreibung“ bekannt. Sie wollen einen Entwurf vorlegen, wie die Arbeit und Gestaltung des Rechtschreibrates aussehen soll. Das Gremium soll nach Abschluß der Übergangsphase der Rechtschreibreform im Sommer 2005 künftig die Entwicklung der Sprache begleiten. Die Kompetenzen des Rates für eventuelle Änderungen von Schreibweisen sind noch nicht festgelegt. Doch auch in ihrer jüngsten Neuauflage droht die Rechtschreibdebatte in Kleinkram, Scheinargumenten und Eitelkeiten zu versanden. Das Kernproblem aber, die falsche Zielsetzung, bleibt weiter unbeachtet!

Es sei daran erinnert, daß der Anstoß ursprünglich von Leuten ausging, die eine Radikalreform als Instrument der „Vergangenheitsbewältigung“ wollten: Wie mit den bolschewistischen und maoistischen Schriftreformen sollte „das Alte“ für die Jungen möglichst gar nicht oder nur „aufbereitet“ lesbar werden. Pseudo-humanistische und pseudo-ökonomische Floskeln dienten als Tarnung – wie heute auch für den Murks, der letztlich herauskam.

Eine echte Reform ist eine Investition: Der Nutzen muß die Kosten übersteigen, und Fehlinvestitionen

hat man abzuschreiben, statt ihnen gutes Geld nachzuwerfen. Ob eine Reform durchzuführen, zu unterlassen oder zu annullieren ist, läßt sich nur mit Blick auf ein übergeordnetes Ziel bewerten. Konkret: So wie der Zweck des Sprechens das Verstandenwerden ist, hat analog dazu die Schrift primär der Lesbarkeit zu dienen. Die Bequemlichkeit der Schreiber ist kein legitimes Ziel, sondern bestenfalls Nebeneffekt – schließlich wird zigtausendmal mehr gelesen als geschrieben.

Eine echte Reform ist eine Investition: Nutzen muß Kosten übersteigen

Im Gehirn, einem „parallelen“ Prozessor, entsteht Verständnis nicht aus serieller Analyse von einzelnen Sprachlauten oder Buchstaben, sondern aus dem Gesamtbild. Satzmelodie, Betonungen, Verbindungen und Pausen spielen eine wesentliche Rolle. Schriftlich lassen sich diese durch Zusammen- oder Getrennschreibung, Bindestriche und andere Satzzeichen ausdrücken. Und selbst wenn das nur unvollständig geht, man kann es eben besser oder schlechter tun!

Die oktroyierte Reform aber hat die Lesbarkeit eindeutig verschlechtert – selbst für die Jungen, die noch nichts anderes kannten. Sie brachte zwar einen gewissen

Beschäftigungseffekt, nur wäre dieser – wie bei „Öko“ – gesünder und mit weniger Energieverbrauch zu erreichen gewesen: Schaufel nehmen, Löcher graben und wieder zuschütten!

Die Kulturbürokratie plädiert trotzdem fürs Weitermachen. Frau Ahlen, Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, meint etwa, die Deutschen hätten „ganz andere Sorgen“ als eine Reform der Reform. Dieselben Sorgen gab es allerdings schon vor der „Reform“, und wenn sie mittlerweile größer wurden, liegt das nicht zuletzt an ideologisch motivierten Fehlinvestitionen Marke „Öko“ und „Ortho“. Ach ja, man sorgt sich vor allem um die Jungen: Die „Reform“ solle es ihnen erleichtern, fehlerfreie Bewerbungsschreiben abzufassen. Heilige Einfalt! Rechtschreibung funktioniert doch nur zusammen mit Wortschatz und Grammatik, und die Sprache steht oder fällt mit dem Allgemeinwissen ihrer Benutzer. Dazu kommt, daß selbst die besten Bewerbungsschreiben keine Arbeitsplätze schaffen.

Grüne waren meist gegen die „Reform“, weil sie nicht dem bolschewistischen Maximalismus entspricht, sind aber ebenso gegen ihre Aufhebung. Auch die übrigen 68er, von denen etliche heute in „bürgerlichen“ Regierungen sitzen, sind gegen eine Umkehr, denn keiner will als Reaktionär gelten. Aber selbst die „Alpenfestung“ wird ihnen nichts helfen, denn es gibt keine Wunderwaffen gegen die normative

Kraft des Faktischen. – Sehr bezeichnend ist übrigens, daß niemand jene Medien und Verlage erwähnt, die standhaft bei der altbewährten Ordnung geblieben waren. **R. G. Kerschhofer**

München - Königsberg
ab April 2004, immer samstags
Linienflug



ab 210 EUR!
incl. Transfer mit DB
aus jeder Stadt Deutschlands
mit **URAL AIRLINES**
ГРУППА КОМПАНИЙ «УРАЛ»

Generalvertretung in Deutschland:

München, Stadt Nymphenburger Str. 33 80335 München Tel: +49 (0)89 158-90-328	München, Flughafen Terminal 1, Abflughalle C Tel: +49 (0)89 978-926-50 / 51 Handy: (0172) 836-88-63 / 73
---------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

www.uralairlines.de

Gleichmacherei erzeugt nur Mittelmäßigkeit

Sachsens Ministerpräsident Georg MILBRADT über Fehler und Chancen des stagnierenden »Aufbau Ost« / Teil VI

Ein wichtiger Bereich, der von der Bundeshoheit in die Länderhoheit verlegt werden muß, ist das öffentliche Dienstrecht. Nach dem Grundgesetz stand die Gesetzgebungskompetenz für das Beamtenrecht ursprünglich im wesentlichen dem Landesgesetzgeber zu. Es gab nur eine Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 75 GG). Anfang der 70er Jahre wurden jedoch Beamtenbesoldung und -versorgung in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes überführt (Art. 74a GG). Dies war falsch. Die Länder sollten selbst über das Besoldungs- und Versorgungsrecht entscheiden. Die vorgeschlagene Änderung der Kompetenzverteilung soll dazu beitragen, den Ländern auf einem gerade für sie zentralen Politikfeld wieder mehr Handlungsspielraum zu geben, damit sie Probleme eigenverantwortlich lösen können.

In den 70er Jahren wurde aus der damaligen Situation heraus die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der damaligen Bundesrepublik zu sehr betont. Nach der Wiedervereinigung gerät wieder stärker ins Bewußtsein, daß es tatsächlich unterschiedliche Lebensverhältnisse in verschiedenen Teilen unseres Landes gibt, auf die der Gesetzgeber auch angemessen reagieren können muß.

Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Besoldungs- und Versorgungsrecht ist zu streichen. Die Länder entscheiden eigenständig, wie sie ihre Beamten und Richter entlohnen. Dabei ist eine stärkere Leistungsorientierung anzustreben.

Auch das Hochschulrahmengesetz ist kein geeigneter Rahmen für die Struktur unserer Hochschulen. An Stelle einer bundesweiten Vereinheitlichung sind den Ländern und Hochschulen Spielräume für ihre eigenen Entwicklungsvorstellungen einzuräumen.

Der Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland hat in den vergangenen Jahren an Ansehen verloren. Ausländische Studierende bevorzugen ein Studium im eng-

lischsprachigen Raum. Immer mehr deutsche Wissenschaftler sind an ausländischen Hochschulen tätig. Durch das Hochschulrahmengesetz und andere steuernde Einflüsse des Bundes wird der Wettbewerb zwischen den Ländern und den Hochschulen behindert. So sind wir nicht länger in der Lage, der internationalen Konkurrenz Paroli zu bieten. Die Verwaltung der Hochschulen durch Überregulierung und Detailsteuerung, die letztlich auf die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes zurückzuführen sind, müssen einer kontrollierten Eigenverantwortung der Wissenschaftseinrichtungen weichen. Die Zielvorstellung von „gleichen“ Hochschulen läßt nur Mittelmäßigkeit zu, der Ruf nach Exzellenz führt zu Differenzierungen und unterschiedlichen Perspektiven. Die Hebel dazu liegen in der Freigabe des Hochschulzugangs, in unternehmerischen Konzepten für die Führung der Wissenschaftseinrichtungen sowie in erweiterten Möglichkeiten der Hochschulen, sich neue Finanzierungsquellen zu erschließen und dabei unter anderem für exzellente Ausbildungsangebote auch angemessene Entgelte verlangen zu können.

Deutsche Hochschulen werden nur dann international wettbewerbsfähig, wenn man den Wettbewerb zuläßt. Daher wird die ersatzlose Streichung des Hochschulrahmengesetzes und die Abschaffung der Zentralvergabe-stelle für Studienplätze (ZVS) vorgeschlagen. Nur so können die Hochschulen unterschiedliche Wege gehen und ihre Stärken entwickeln. Schwerpunkte in der Lehre zu bilden und „Cluster“ als Forschungsnetzwerke auszugestalten, ist besser durch einen fairen Wettbewerb als durch staatliche Programmplanung zu erreichen.

Die vom Bund vorgesehenen Mittel für „Eliteuniversitäten“ sind daher statt dessen für den Wettbewerb um Köpfe und Ideen zur Verfügung zu stellen. Dann werden sich die besonders leistungsstarken Hochschulen/Fakultäten herauskristallisieren.

Für die Führung der Hochschulen sind unternehmerische Konzepte

sowie eine Trennung der Aufgaben zwischen akademischer Selbstverwaltung bei den Inhalten von Forschung und Lehre einerseits und der Verantwortung für die strukturelle sowie finanzielle Entwicklung andererseits notwendig.

Diesem Ziel dient auch ein einheitliches Personalstatut für die Wissenschaftseinrichtungen, das das bisherige Dienstrecht und die Anwendung des öffentlichen Tarifrechts ersetzt und dem Ziel einer größeren Autonomie und Eigenverantwortung der Wissenschaftseinrichtungen Rechnung trägt. Die Kompetenz dazu sollte bei den Ländern liegen.

In der Schulpolitik hat sich der Wettbewerbsföderalismus bewährt: Sachsen und Thüringen haben mit ihrem zweigliedrigen Schulsystem und dem zwölfjährigen Abitur Maßstäbe gesetzt, denen sich immer mehr Länder anschließen. Jetzt geht es um die Qualität. Pisa hat der Diskussion einen neuen Impuls gegeben. Es stehen nicht mehr Finanz- und Strukturfragen, auch nicht Klassengrößen oder Schulformen im Vordergrund, es geht um die Frage: Was leistet unser System, was leisten die Lehrer, was leisten die Schüler?

Der Wettbewerb der Schulen um die besten Ergebnisse der schulischen Bildung ist zu forcieren. Dazu erhalten in Sachsen die Schulen in ihren Bildungsprogrammen mehr Verantwortung für die Unterrichtsinhalte sowie -methoden und mehr Freiheit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Eingriffe von außen engen den Spielraum der Schulen für eine Entfaltung ihrer Kräfte dagegen eher ein.

Die Schulen richten ihre Bildungsprogramme an den unter den Ländern vereinbarten Bildungsstandards aus. Die Länder sorgen für eine interne und externe Evaluation von Schulleistungen und für eine effektive Beratung der Schulen. Die Ergebnisse der Schulleistungen werden in einem regelmäßigen nationalen Bildungsbericht zusammengefaßt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Daneben beteiligen sich die Länder weiterhin an internationalen Leistungstests. „Von den Besten lernen“ wird damit zur Leitlinie der Schulpolitik in Deutschland. Dafür

ist der Wettbewerb der Länder um die beste Schulpolitik vonnöten.

Der Straßenbau bietet zahlreiche Möglichkeiten, Fristen zu verkürzen und Verfahren zu vereinfachen. Das sogenannte Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz hat gezeigt, daß regionale Lösungen möglich und erfolgreich sind. Insbesondere durch die Verkürzung der Fristen und die der Klageinstanzen konnten größere Infrastrukturprojekte, die nach dem alten Planungsrecht bis zu 20 Jahren dauerten, in den neuen Bundesländern sehr viel schneller realisiert werden.

Die in den Bundesrat eingebrachte und beschlossene Gesetzesinitiative zur Ausweitung der Geltungsdauer des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes in den neuen Bundesländern bis 2019 muß vom Bundestag zügig verabschiedet werden.

Der Bund „übererfüllt“ häufig – insbesondere im Umweltrecht – das in EU-Richtlinien Geforderte. Er sollte jedoch EU-Recht nicht zum Vorwand für neue, die Wirtschaft zusätzlich belastende Regulierungen nehmen. In der augenblicklichen Lage ist es unverantwortlich, derart die Wettbewerbssituation der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten zu verschlechtern. So

hat sich zum Beispiel der Bund in seinem UVP-Gesetz nicht darauf beschränkt, das europarechtlich zwingend Notwendige zur Umweltverträglichkeitsprüfung zu regeln, sondern hat noch strengere Regelungen erlassen, als vom Europarecht gefordert. Demgegenüber hat der Sächsische Landtag, soweit die Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien in seine Kompetenz fiel, wirtschaftsfreundliche Regelungen erlassen – ohne das Umweltschutzziel zu gefährden. Der Bund sollte sein UVP-Gesetz entsprechend entschlacken.

Der Bund »übererfüllt« zu häufig EU-Richtlinien im Umweltrecht

Als Folge des Bevölkerungsrückgangs wird es in Ostdeutschland in großem Umfang zum Abriß von Wohnimmobilien kommen müssen. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, den Kündigungsschutz in solchen Fällen auf ein angemessenes Maß zurückzuführen, um – wo dies nötig ist – einen zügigen und damit möglichst kostengünstigen Abriß zu ermöglichen. Angesichts der erheblichen und längerfristigen Leerstände in Ostdeutschland ist ein sozialer Kündigungsschutz nicht mehr in dem Maße notwendig wie bei Wohnungsknappheit. Daher hat der Bundesrat auf Initiative Sachsens dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Einführung eines neuen Kündigungstatbestandes („Abrißkündigung“) vorgelegt. (Fortsetzung folgt)

Georg Milbradt wurde am 23. Februar 1945 in Eslohe/Sauerland geboren, aufgewachsen ist er in Dortmund, wo die Familie, die aus Wongrowitz in der Nähe von Posen stammt, nach Kriegswirren und Flucht schließlich landete. 1964 machte er in Dortmund sein Abitur. Im selben Jahr begann er ein Studium der Fächer Volkswirtschaft, Jura und Mathematik an der Universität Münster, welches er 1968 mit dem Diplom als Volkswirt und der Note „sehr gut“ abschloß. 1973 promovierte er zum Dr. rer. pol. „summa cum laude“. 1980 erhielt er die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaft. In den Jahren 1983 bis 1990 war er als Finanzdezernent der Stadt Münster tätig. Von November 1990 bis Februar 2001 war er sächsischer Staatsminister der Finanzen. 1973 wurde er Mitglied in der CDU, und 1991 wurde er in den Landesvorstand, im November 1999 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der sächsischen Christdemokraten gewählt. Im September 2001 wurde er dann Landesvorsitzender der Sachsen-CDU. Seit dem 18. April 2002 hat Georg Milbradt das Amt des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen inne.



Anzeige

Besser informiert sein!
Preußische Allgemeine Zeitung lesen.



Preußische Allgemeine Zeitung: Jede Woche ungeschminkte Berichte und Kommentare über das, was wirklich zählt. Ohne Blatt vor dem Mund. Ohne Rücksicht auf das, was andere für politisch korrekt halten. Preußische Allgemeine Zeitung. Deutschlands beste Seiten.

GRATIS für Sie:
unser Geschenk.

Wir schenken Ihnen in Verbindung mit dem Jahres-Abo, diese 7 wertvollen CDs mit vielen Liedern von den beliebtesten Kult-Stars der 30er- und 40er Jahre.

Kult-Stars der 30er- und 40er Jahre

7 wertvolle CDs

mit über 120 Titeln

BARNABAS VON GÉCZY

COMEDIEN HARMONISTS

ZARAH LEANDER · HANS ALBERS

MARLENE DIETRICH · KARL VALENTIN

JOHANNES HEESTERS · RUDI SCHURICKE · LILIAN HARVEY

HEINZ RÜHMANN · PAUL HÖRBIGER · WILLY FORST

ILSE WERNER · DIE DREI TRAVELERS UND VIELE MEHR ...



ANTWORT COUPON

Einfach absenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung

Parkallee 84 / 86 · 20144 Hamburg

oder am schnellsten per SERVICE-TELEFON bestellen

Telefon: 040 / 41 40 08 42 · Fax: 040 / 41 40 08 51

www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe. Ich erhalte anschließend die Preußische Allgemeine Zeitung im Jahresabo für zur Zeit nur EUR 90,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Preis nur im Inland gültig.

☒ Ja, ich abonniere für mindestens 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung

Name / Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Telefon:

☐ gegen Rechnung

☐ bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Geldinstitut:

Datum, Unterschrift

Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Außerdem werden Sie mit dieser Bestellung förderndes Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Lebendiges Preußen

Begegnung mit der Geschichte bei einem Besuch in Rheinsberg

Von Silke OSMAN

Die Augusthitze lag flirrend über dem Land. Das Korn stand hoch auf den Halmen und die Reisenden genossen den Schatten, den die Chausseebäume ihnen spendeten. Die Landstraße von Wittstock (Dosse), einem Städtchen mit erstaunlich gut erhaltener mittelalterlicher Stadtmauer, zog sich endlos scheinend durch Felder, Kiefernwälder und durch einen militärischen Sperrbezirk, dessen Anblick die Reisenden vorübergehend in die Realität zurückholte. Die Gedanken aber eilten schnell wieder voraus. Rheinsberg hieß das Zauberwort, das die Reisenden wie magisch anzog.

Rheinsberg, lebendiges Preußen, einst Luftkurort der vornehmen Berliner Gesellschaft, 1912 literarisch verewigt in dem Bestseller *Rheinsberg. Ein Bilderbuch für Verliebte* von Kurt Tucholsky (1890–1935). Theodor Fontane (1819–1898) wie der Baumeister Karl Friedrich Schinkel in Neuruppin unweit Rheinsbergs geboren, schilderte diese Gegend ausführlich in seinen *Wanderungen durch die Mark Brandenburg* (1862–1882). Besonders das Schloß Rheinsberg hatte es ihm angetan. Die Zeilen des Dichters im Sinn gelangten die Reisenden schließlich ans Ziel.

Die Nachmittagshitze lag schwer über dem Städtchen mit heute 5.000 Einwohnern, und doch schien über den meist kleinen, geradezu geduckt liegenden Häusern an der Schloßstraße die Leichtigkeit des Seins zu schweben. Hinter alten, oftmals geschickt renovierten Fassaden zeigten sich zeitgemäße Unternehmen – Cafés und Hotels, die sich Gast- & Logierhäuser nannten und Namen trugen wie „Zum jungen Fritz“, eine Buchhandlung mit Titeln vorwiegend zur preußischen Geschichte in der Auslage, eine Kunstgalerie, eine Töpferwerkstatt. Auf Bänken und in Cafégärten genossen die Menschen

den Sommertag. Eisbuden lockten mit so fragwürdigen Köstlichkeiten wie Meerrettichs.

Die Straße führt schließlich direkt zum Schloß. Vor dem schmiedeeisernen Tor zum Garten wacht in Bronze der junge Kronprinz Friedrich, der als der große König in die Geschichte eingehen sollte. Die Skulptur schuf 1903 der Berliner Bildhauer Gottlieb Elster. Von 1736 bis 1740 lebte Friedrich im Schloß, fernab vom strengen Hof seines Vaters Friedrich Wilhelm I. in Berlin und Potsdam. In Rheinsberg verlebte er seine schönste Zeit: „Ich bin glücklich, diese Stätte zu besitzen, wo man nur Ruhe kennt, die Blumen des Lebens pflückt und die kurze Zeit genießt, die uns auf Erden geschenkt ist.“ Hier widmete er sich seinen vielfältigen künstlerischen Neigungen, der Literatur und Philosophie, der Wissenschaft und der Musik, aber auch der Architektur. So gab er seinem Baumeister Georg Wenzel aus von Knobelsdorff (1699–1753) tatkräftige Ratschläge zur Umgestaltung des Schlosses und des Gartens.

In strahlend hellem Cremeton mit roten Ziegeldächern heben sich das Schloß und das daneben liegende Kavalierhaus mit dem Schloßtheater von tiefdunkelblauen Himmel ab. Eine leichte Brise weht von nahen Grienericksee herüber. Ursprünglich als Grenzbefestigung gegen Mecklenburg errichtet, brannte die alte Burg 1566 ab. Achim von Bredow errichtete am selben Ort ein kleines Schloßchen, das Friedrich Wilhelm I. für den Kronprinzen erwarb. Als dieser die Thronfolge antreten mußte und nach Berlin zog, schenkte er es 1744 seinem Bruder Heinrich mit der Auflage, erst nach der Eheschließung dort einzuziehen. Der Prinz, inzwischen verheiratet mit Wilhelmine von Hessen-Kassel, lebte in Rheinsberg von 1752 bis zu seinem Tod 1802. Die Grabpyramide, in der er 1802 beigesetzt wurde, findet man an

Schloß Rheinsberg mit Kavalierhaus und Schloßtheater:
„Alles strahlt hier Geist, Anmut und Philosophie aus“ (Fürst von Ligne, 1781)

Fotos (2): Osman

einem seiner Lieblingsplätze unweit des Heckentheaters. Wie überhaupt viele Trauer- und Erinnerungsmäler im Park an teure Verstorbene gemahnen, ein kleiner Tempel etwa oder der alles überragende Obelisk auf der anderen Seeseite, den Heinrich zu Ehren seines gefallenen Bruders August Wilhelm und seiner Kameraden errichten ließ.

Nach dem Tod Prinz Heinrichs wurde das Schloß nur noch wenig von der königlichen Familie genutzt. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurden Kunstschatze aus Sanssouci, dem Neuen Palais Potsdam und aus dem Königsberger Schloß nach Rheinsberg ausgelagert. Der größte Teil dieser Schätze wurde später von Angehörigen der Roten Armee entwendet. Ab 1953 schließlich wurde das Schloß als Sanatorium für Diabetis-Patienten genutzt. Seit 1991 ist es nun Museum (Öffnungszeiten April bis Oktober: dienstags bis sonntags 9.30 Uhr–17 Uhr, November bis März: 10–16 Uhr).

In den vergangenen Jahren ist es der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg immer wieder gelungen, wichtige Kunstwerke für Rheinsberg zu er-

werben, so ein kostbares Service, das Heinrich einst einem Schweizer Feldmarschall in französischen Diensten schenkte, oder zwei bedeutende Gemälde des italienischen Malers Michele Rocca, die ein authentisches Bild von der Kunstsammlung des Prinzen entstehen lassen sollen. Drei Wandteppiche aus der Serie „Porte de Fleurs“ der Petersburger Gobelinmanufaktur, ein Geschenk der Zarin Katharina II. an Prinz Heinrich, sollen demnächst wieder in altem Glanz die Besucher des Schlosses erfreuen, eine Herausforderung an die Restauratoren.

Viel wird noch renoviert werden müssen, und so sind zur Zeit Teile der Fassade zur Stadt hin eingerüstet. Der beispiellose Blick aber vom See auf das Schloß mit seinen beiden markanten Türmen und auf das Kavalierhaus mit dem Theater wird dadurch nicht getrübt. Das durch Kriegseinwirkungen zerstörte Theater konnte 1999 wieder eröffnet werden; es steht heute vor allem künstlerischem Nachwuchs zur Verfügung. Acht Wochen im Sommer bespielt die Kammeroper Schloß Rheinsberg unter der künstlerischen Leitung von Professor Sieg-

fried Matthus das Schloßtheater und nutzt das Kavalierhaus (siehe Beitrag unten auf der Seite).

Beeindruckend ist immer wieder der überaus gepflegte, von Knobelsdorff angelegte Schloßpark. Er gehört zu den wenigen Gärten Deutschlands, in denen der Wandel vom Rokokogarten zum frühen Landschaftsgarten noch deutlich zu erkennen ist. Dieses über 300 Hektar große Areal besticht durch seine Formenvielfalt, die sich urplötzlich auftuenden Sichtachsen: hier eine Marmorskulptur, da ein Pavillon, da eine steinerne Urne zwischen Hecken. 50 Zitrusbäumchen der Orangerie stehen auf einem aus Rasen und Sand bestehenden Schachbrettmuster. Die Reste der Felsengrotte lassen die einstige Pracht nur noch erahnen. Das Heckentheater, in dem im Sommer Freilichtaufführungen der Kammeroper stattfinden, wurde 1758 vom Prinzen Heinrich angelegt. Ein idealer Ort, sich seinen Gedanken hinzugeben, den Tag besinnlich ausklingen zu lassen und der Musik zu lauschen, die in den Sommermonaten hier so oft zu hören ist, vor allem dann, wenn die Studenten der Kammeroper Schloß Rheinsberg proben ... ■

Die Macht des Gesangs

Hoffnung für das deutsche Musiktheater – Kammeroper Schloß Rheinsberg fördert junge Sänger und Komponisten

Man schrieb das Jahr 1990, als der Komponist Siegfried Matthus für Rheinsberg ein neues Kapitel in der Geschichte schrieb. Zur Förderung junger Sänger gründete er die Kammeroper Schloß Rheinsberg. Auf höchstem professionellen Niveau sollte jungen Künstlern aus aller Welt die Möglichkeit gegeben werden, Opernpartien zu erarbeiten und sie vor einem großen Publikum zu singen. Bis heute waren es rund 6.000 Sänger, die an den Gesangswettbewerben teilnahmen. Ihnen winkte kein Preisgeld, sondern eine der ausgeschriebenen Partien in den Opern, die alljährlich im Sommer in Rheinsberg aufgeführt werden.

Erfahrene Dirigenten, namhafte Regisseure (in diesem Jahr unter anderem auch Harry Kupfer) und Gesangspädagogen erarbeiten mit den jungen Künstlern (rund 480 bis zu diesem Jahr) während der vierwöchigen Proben die Partien. Und schon mancher hat die Chance bekommen, ein Engagement an einem der größten Opernhäuser der Welt zu erhalten; zwei schafften es tatsächlich bis an die Met in New York, andere nach Sydney, London, Stockholm, St. Petersburg, Wien, Zürich oder Mailand. Ohne das unermüdliche Wirken des Ostpreußen Siegfried Matthus wäre

ein solcher Erfolg jedoch nicht zu erreichen gewesen. Manfred Richter, Bürgermeister der Stadt Rheinsberg und Mitglied des Kuratoriums Kammeroper Schloß Rheinsberg, würdigte Matthus als „Motor“ des Festivals, das jährlich rund 20.000 Besucher nach Rheinsberg lockt. Auch begrüßte Richter es, daß diese Aktivitäten nicht nur das Image Rheinsbergs in ganz Deutschland förderten, sondern auch jungen Einheimischen die Möglichkeit böten, sich mit jungen Künstlern auseinanderzusetzen. Diese Begegnungen hätten sogar den einen oder anderen Berufswunsch entscheidend geprägt, nicht nur im künstlerischen, auch im technischen Bereich.

Siegfried Matthus, der im April seinen 70. Geburtstag begehen konnte, wurde schließlich mit einem Benefizkonzert zugunsten der Kammeroper geehrt. Im Namen der jungen Sängerinnen und Sänger dankte Aris Argiris, Bariton aus Athen, Matthus zunächst für sein unermüdliches Engagement, dann kamen die bezaubernd erfrischenden Stimmen zur vollen Entfaltung. Mit überzeugender Begeisterung und auf hohem Niveau boten sie Partien aus Opern von Siegfried Matthus dar, angefangen mit der Arie des stolzen Spaniers aus „Lazarillo von Tormes“ aus dem Jahr

1964, gesungen von Hubert Wild, bis zu der Szene im Orakel des Südens aus der 2004 entstandenen Oper nach Michael Endes „Die unendliche Geschichte“ mit Catherine Veillerobe, Agnieszka Piasecka und Jee-Young Lucie Kim. Zu hören waren auch Partien aus der Oper „Kronprinz Friedrich“, mit der 1999 das wiederaufgebaute Schloßtheater eröffnet wurde, aus „Judith“ nach dem gleichnamigen Drama von Friedrich Hebbel und aus „Die Weise von Liebe und Tod des Cornet Christoph Rilke“, geschrieben 1985 zur Wiedereröff-

nung der Semperoper in Dresden. Der „Cornet“ wird am 4. und 5. September erstmals in Königsberg zu hören sein (wir berichteten) und dort von Solisten der Kammeroper sowie dem Chor und Orchester der Deutschen Oper Berlin unter der Leitung von Will Humbug dargeboten werden.

Besondere Begeisterung beim Rheinsberger Publikum aber riefen zwei Duette und das Finale aus der 1998 entstandenen Oper „Farinelli oder Die Macht des Gesanges“ hervor. Mit Können und Enthusiasmus

brachten die jungen Sängerinnen und Sänger herüber, was „Die Macht des Gesangs“, so auch der Titel des von Komponisten-Gattin Helga Matthus geschickt zusammengestellten Programms, überhaupt bedeutet.

Nach dem Konzert gab es für Interessierte auf einem Sommerfest im Freien noch die Möglichkeit, sich mit den Künstlern zu unterhalten. Lange jedoch durfte es nicht zugehen im Schatten des Schlosses, hieß es doch für viele am nächsten Tag wieder fit zu sein für die Proben der Mozart-Oper „Die Zauberflöte“, die den krönenden Abschluß des Festivals bildete. – Nicht ganz: denn auch die jungen Komponisten der Opernwerkstatt waren gefragt. Aus rund 50 von Autoren eingereichten Opernkonzepten waren 15 ausgewählt worden, unter Anleitung erfahrener Komponisten und Librettisten Opernszenen zu entwickeln und in die praktische Theaterarbeit „hineinzuriechen“. Sechs Szenen kamen schließlich unter dem Titel „Vielleicht bin ich ein Azteke“ zur Aufführung.

Rheinsberg bedeutet seit 1990 nicht nur lebendiges Preußen, nicht nur faszinierendes Ambiente, sondern auch Hoffnung für das deutsche Musiktheater. Danke, Professor Matthus! OS



Siegfried Matthus: Der künstlerische Leiter der Kammeroper Schloß Rheinsberg wird von jungen Sängern gefeiert.

Das Mädchen und die Birke

Von Eva Maria SIROWATKA

Am Rand der Steilküste bei Warnicken, unweit der Wolfsschlucht, stand an der äußersten Kante eines Erdvorsprungs, der die schroffe Steilküste überragte, eine kleine Birke. Seit sie sich dort festgeklammert hatte, mußte sie einen ständigen Kampf gegen die Naturgewalten auf sich nehmen. Wieder und wieder hatte der Sturm sie zerzaust. Aber sie hatte sich gegen ihn behauptet. Ihre Wurzeln durchzogen den harten Erdboden und hielten ihn fest. Die kleine Birke neigte sich mit ihren belaubten Zweigen dem Land zu, ihr dünner Stamm war gebeugt. Aber sie hatte einen wunderbaren Blick auf die Ostsee, zu allen Jahreszeiten. Sie hörte das Brausen der Brandung in den Sturmnächten. Sie sah ferne weiße Schiffe am Horizont. Am Abend sah sie die Sonne im Meer versinken. Während der Nacht grüßte das Leuchfeuer von Brüsterort blinkend zu ihr hinüber.

In klaren Nächten spannte sich ein hoher Sternenhimmel über Land und Meer. Das Licht des Mondes ließ die Blätter der kleinen Birke wie flüssiges Silber aufleuchten.

Menschen kamen und gingen. Wenn die Dämmerung über die Küste fiel und alle Konturen verschwimmen ließ zwischen Land und Wasser, kamen die Menschen oft zu zweit und sagten sich Worte, die gut klangen und herzlich und manchmal auch töricht.

Eines Tages kam Elisabeth an diese Küste. Sie stammte aus Masuren und war gerade 17 geworden. Schon als sie Kind war, hatte sie sich danach gesehnt, einmal das Meer zu sehen. Nun hatte eine Freundin der Mutter sie eingeladen, in ihrem Sommerhäuschen in Warnicken, das wochentags leerstand, Ferien zu machen.

Es nahm ihr den Atem, als sie zum ersten Mal oben an der Steilküste stand, die jäh zum Strand hinabfiel, und die schimmernde, unendliche

Nicht lange danach, an einem Spätnachmittag, hatte sich Elisabeth auf einen der Findlingssteine gesetzt, die mit ihrer dunklen, in Jahrmillionen glattgeschuerten Oberfläche einen seltsamen Kontrast zu dem weißen Sandstrand abgaben. Ihre langen Haare hatte sie zum Trocknen über die Schultern hängen lassen. Ihre Haut hatte inzwischen den bronzenen Goldton bekommen, den Sonne und Salzluft hervorzaubern.

Der junge Mann, der am Strand entlangschlenderte, wandte sich um, kam zurück, sprach sie an.

Es dauerte nicht lange, da sah man die beiden überall zusammen, am Strand, beim Schwimmen, in den Dünen, am Abend auf dem Pfad an der Steilküste, der zu der kleinen Birke führte. Werner studierte in Königsberg und hatte sich als Feriengast in Groß Kuhren eingemietet. Er hatte jene sorglose Unbekümmertheit, die sich rasch Sympathien erwirbt. Er war anders, ganz anders, als die Freunde, mit denen Elisabeth in dem kleinen masurischen Dorf zur Schule gegangen war. „Bernsteinhexchen“ nannte Werner das Mädchen, das ihn von der ersten Stunde an bezaubert hatte. Manchmal legte er seinen Arm um Elisabeths Schulter. Aber er küßte sie nicht.

Zwei Wochen gingen ins Land. Zwei unvergeßliche Wochen. Der Spätsommer war so schön mit blauem Himmel und strahlender Sonne und nächtlichem Sternenlicht. Wie oft hatten sie zu Füßen der kleinen Birke gesessen, am Abend, wenn die Dämmerung über Meer und Land fiel. Sie hatten sich aneinandergelehnt wie zwei, die Schutz suchen vor etwas, von dem sie noch nichts wissen.

Mit dem Instinkt einer jungen Frau hatte Elisabeth gespürt, daß etwas Neues, Fremdes, Böses auf sie zukam, als Werner auf dem Pfad auftauchte, den sie so oft zusammen gegangen waren. Er schien spröde, schweigsam, wie es sonst nicht seine Art war. Seine Stimme war rau. Der Vater habe ihm geschrieben, er müsse nach Hause. Morgen schon. Elisabeth strich ihm zart über die Schulter.

Ja, da sei noch etwas, sagte er. Zu Hause, da warte ein Mädchen auf ihn, mit dem er so gut wie verlobt sei. „Ich hatte das alles vergessen“, sagte er. „Ich habe an nichts anderes mehr denken können als an dich.“ Er nahm sie in die Arme und küßte sie – zum ersten und zum letzten Mal.

In der Nacht war der erste Herbststurm gekommen. Die See brüllte und warf ihre Wogen auf den Strand. Ein Toben und Bersten erfüllte die Luft. Der Sturm zerrte an der Steilküste, als wolle er sie dem Nichts in den Rachen schleudern. Immer wieder lösten sich Erdschollen vom Abhang und donnerten in die Tiefe.

Elisabeth schlug den Kragen ihres Wettermantels hoch, als sie am nächsten Morgen den Pfad entlangtastete, der zu der Birke führte. Abgerissene Äste und Wasserlachen versperrten den Weg.

Ob die kleine Birke das Unwetter überstanden hatte, ob sie noch lebte? Ja, sie lebte noch. Sie hatte ein paar dürre Zweige verloren. Aber ihre Blätter, die an den Abenden zuvor wie flüssiges Silber geleuchtet hatten, schienen nun aus purem Gold im Licht der Morgensonne. ■



Karl Storch d. Ä. (1864–1954) schuf diese Darstellung des Wachbudenberges, der mit 61 Metern höchsten Erhebung der samländischen Küste. Das Motiv ist als Blatt für den Monat März im neuen Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ enthalten. Auch für das Jahr 2005 wurden wieder bekannte und weniger bekannte Künstler gefunden, die mit einem typischen Werk in diesem Kalender vertreten sind: Ernst Bischoff-Culm, Hans Kallmeyer, Richard Birnstengel oder Maria Schlachta-Samuel, um nur einige zu nennen. Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* können auch dieses Mal wieder den beliebten Begleiter durch das Jahr zu einem besonderen Preis erwerben. Bis zum 30. September gilt der Subskriptionspreis von 18,50 Euro einschließlich Versandkosten (im Buchhandel später 20,50 Euro). Bestellungen bitte direkt an den Schwarze Kunstverlag, Richard-Strauss-Allee 35, 42289 Wuppertal, Fax: (02 02) 6 36 31.

Ein Strauß dunkelroter Rosen

Von Hans BAHRS

An einem jener sanften Sommerabende, an denen man die Luft wie ein leises Streicheln an den Wangen verspürt und in denen der Friede so groß und sicher wohnt, daß wir mit vollen Händen immer nur schenken möchten, hatte die junge Frau des bekannten Malers zu einer Abendgesellschaft geladen. Sie ging noch gelassen durch die Festräume, in die der Duft des herrlichen Gartens wie eine Verheißung des Kommenden drängte, als die ersten Gäste auch schon eintrafen und artig Grüße austauschten.

Gerade wollte der verehrte Chirurg, der sich auch für diesen Abend frei gemacht hatte, sein Domizil, das nur wenige Minuten von dem Ort des Festes entfernt war, verlassen, als ihn ein unverkennbar knackendes Geräusch anhielt, das aus der Tiefe seines Gartens kam. Er trat noch einmal an die Brüstung des Eingangs und spähte hinaus. Da gewahrte er einen fremden jungen Mann, nach der letzten Mode sorgfältig gekleidet, der im Licht des vollen Mondes, der über ihm stand, Rose um Rose aus dem herrlichen Bestand des Arztes schnitt und zu einem anmutigen Strauß aneinander reihte.

Zuerst wollte der alte Herr, der seit einiger Zeit verwitwet war, den Frevler zur Rechenschaft ziehen. Doch dann besann er sich anders. Er zog sich in die Dämmerung des Hauseingangs zurück und wartete mit atemloser Spannung den weiteren Verlauf dieser Unternehmung ab.

Schon bald kam der Fremde leichtfüßig den breiten Weg aus dem Garten entlang geschritten, ordnete mit ruhigen Händen seinen Strauß, lachte leise und wie befreit und befestigte dann an einem wunderschönen Strauß seltener Blumen, die man in einem Treibhaus gezogen haben mochte, eine kleine Karte, auf die er einige

Worte schrieb. Er hinterließ diesen Strauß auf einer Fensterbank des Arzthauses und entfernte sich dann leise. Die Gartenpforte blieb geöffnet. Als der junge Mann die Straße erreicht hatte, nahm der Arzt den zurückgelassenen Strauß an sich und erfreute sich an dem schweren Duft der fremden Blumen, während er kopfschüttelnd die Karte las.

„Musicus an Medicus. Ich nahm die Rosen und ließ dafür diesen Strauß zurück. Verzeihen Sie. Der Wert meiner Blumen entschädigt Sie. Werten Sie das als eine – nicht medizinisch zu nehmende Laune Ihres Musicus!“ Der Arzt lächelte, als er die Karte wendete und mit schnellen Zügen schrieb: „Medicus an Musicus! Einen herrlicheren Strauß schenkte ich nie einer schönen Frau. Ihr Medicus.“ Die Blumen nahm er fröhlich in die Hand, steckte die Karte in seine Rocktasche und folgte dem Eindringling in einiger Entfernung. Der betrat kurz vor ihm das Haus des Malers.

Als sich der Chirurg artig vor der Herrin des Hauses verneigte, stand der Musiker etwas abseits. Die Frau des Malers stieß einen Ausruf des Entzückens aus, als sie das schöne Angebinde betrachtete. Dann drohte sie dem Arzt lächelnd und meinte mit seltener Betonung: „Sie dürfen mir diesen Strauß bringen! Sie allein außer meinem Mann. Wissen Sie auch, daß ich gerade einen solchen Strauß von meinem Mann zur Hochzeit bekam?“ – „Nein, meine Verehrteste! Leider haben wir erst seit kurzem die Ehre, Sie in unserer Nähe zu wissen.“

Die Gastgeberin neigte sich leicht dem Chirurgen zu und trat dann dem jungen Mann entgegen. Sie blickte ihn voll an, als sie leise sagte: „Rosen! Dunkelrote Rosen: Ich bekam schon einmal einen solchen Strauß von dir. Später versprachst du mir einen zweiten, als Zeichen, daß du mir wegen meiner

Entscheidung, die dir weh getan hat, nicht mehr grolltest. Ich habe lange auf dieses Zeichen warten müssen.“

Der Musiker erwiderte verträumt: „Warum lädst du auch immer zum Vollmond ein? Nur der Mond ist daran schuld, daß ich dir heute diese Rosen brachte!“

Die Gastgeberin lächelte. Schon im Entfernen erwiderte sie leise: „Solche Abende schenken Klarheit. Ich danke dir dafür!“

Dieses Zwiegespräch ging unter in dem fröhlichen Geplauder der Gäste. Nur die scharfen Ohren des Arztes hatten es vernommen. Während der Tafel grübelte er darüber nach. Später fiel ihm auf, daß der Musiker für eine Weile unsichtbar blieb. Erst am späten Abend erschien er wieder und spielte Lieder von Schubert. Die Gastgeberin sang mit ihrer vollen, klaren Stimme dazu.

Es wurde ein schönes Fest. Zum Schluß spielte der junge Künstler eine Komposition, von der die Frau des Malers sagte: „Erst heute entstanden!“ Er widmete sie der Gastgeberin. „Ein Rosenstrauß“ war das Stück betitelt.

Nur drei Menschen unter den vielen Gästen wußten, daß damit mehr ausgesagt war, als die Ohren empfanden. Die Komposition begann mit einem weichen, schweremütigen Mollton und ende in einem jauchzenden Dur. Aber sie verriet sich nicht. Auch die Geste des Chirurgen, der dem Musiker am Schluß mit einer artigen Verbeugung eine kleine Karte überreichte, die dieser zunächst etwas überrascht, dann mit einem frohen Leuchten im Gesicht überflog, wurde nicht anders genommen als die schöne Huldigung an den Genius des jungen Künstlers, dem an diesem Abend alle Herzen gehörten. ■

Die jäh zum Strand hinabfallende Steilküste nahm ihr den Atem

Wasserfläche vor sich liegen sah. Land und Wasser und Himmel verschmolzen vor ihren Augen zu einer gewaltigen Einheit.

Elisabeth warf sich den Wellen in die Arme. Sie spürte die Wärme des Sandes unter ihren bloßen Füßen. Sie wanderte an der Küste entlang, immer auf der Suche nach kleinen Stücken Bernstein, die von den Wellen an den Strand geworfen worden waren. Sie fühlte sich frei und glücklich wie nie zuvor. In diesen Spätsommertagen war der Himmel fast wolkenlos. Wie ein Schleier lag über der Landschaft ein bläulicher Dunst. Rote Beeren reiften an den Sanddornbüschen, in ihren Zweigen verfangen sich die feinen Fäden des Altweibersommers.

An einem der ersten Abende hatte Elisabeth die kleine Birke entdeckt. Es war so etwas wie Liebe auf den ersten Blick.

Sie setzte sich zu Füßen des verkrüppelten Bäumchens nieder und sah hinaus auf die See. Es schien ihr, als verbinde das grüne Band der bewaldeten Steilküste das Land mit dem Wasser. Fühlte man sich darum dem Himmel so nah?

Dem Alltag Gestalt gegeben

Der Designer Bernhard Jablonski aus Königsberg entdeckte im Ruhestand seine Vorliebe für poetische Fotografie

An jedem Tag, zu jeder Stunde, jeder Minute greift man zu Gegenständen, die den Alltag erleichtern sollen. Man benutzt den Fön, die elektrische Zahnbürste, den Federhalter, ohne groß zu überlegen, wie sie hergestellt wurden, wer für die äußere Form verantwortlich ist. Viele dieser Geräte für den Haushalt, aber auch für das Auto hat der in Königsberg geborene Bernhard Jablonski gestaltet. Konsumgüter, technische Geräte und Maschinen entstanden in seiner Designwerkstatt wie etwa Scheibenwischer und erste Blinker und Rückleuchten für den legendären VW-Käfer. So arbeitete er unter anderem für die Firma Robert Bosch und deren Tochtergesellschaften oder für Pelikan. Als Projektleiter war Jablonski auch verantwortlich für die Studie der Firma Bosch zum Thema „Sicherheit im Kfz-Bereich“. Überhaupt standen elektrotechnische Geräte und immer wieder das Auto im Mittelpunkt seines Designer-Schaffens.

Als Rektor der Fachhochschule für Gestaltung in Pforzheim (1976–1985) führte Bernhard Jablonski einen Studiengang Kraftfahrzeug-Design ein, den einzigen von insgesamt vier auf der Welt. Wichtig war ihm, den Studenten zu vermitteln, Harmonie von Mensch, Natur und Technik zu schaffen. Ein Bestreben, das Anerkennung fand. Fast alle von ihm gestalteten Produkte wurden in die jeweiligen Sonderschauen „Gute Industrieform“ aufgenommen. Forschungsprojekte zur Humanisierung des Arbeitslebens, der optimalen Arbeitsplatzgestaltung fanden ihre vorläufige Krönung in Aufträgen,

Kontrollzentren für die Nahverkehrsbahn im kanadischen Vancouver und für die Hochtrassenbahn in den Londoner Docklands zu gestalten.

Bernhard Jablonski, der am 5. August in Pforzheim seinen 80. Geburtstag begehen konnte, ist ursprünglich Bildhauer. Schon als Kind hat er gern modelliert, wie er sich schmunzelnd erinnert. Während die Geschwister den verträumten Jungen oft hänselten, hatte die Mutter viel Verständnis für den Sohn, der schon früh seinen Vater verlor. Von der Schulbank wurde Jablonski zur Wehrmacht einberufen, wurde mit 17 Jahren Soldat und geriet in französische Kriegsgefangenschaft. Selbst in einer solchen Situation gelang es ihm noch, mit Ton, Holz oder Metall gestalterisch zu arbeiten. Als er dann aus der Gefangenschaft entlassen wurde, folgte er dem Vorschlag einiger Kameraden und ging nach Stuttgart, in seine Vaterstadt Königsberg konnte er schließlich nicht mehr zurückkehren.

Mit großen Sandsteinbrocken eines kriegszerstörten Hauses, das einem befreundeten Architekten gehörte, konnte Jablonski endlich erste bildhauerische Arbeiten gestalten. 1948 erhielt er schließlich in der Staatlichen Akademie der Künste ohne Aufnahmeprüfung einen Studienplatz; ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes half beim Lebensunterhalt des frisch Verheirateten. Ab 1954 arbeitete Jablonski dann als freischaffender Bildhauer und Formgestalter, bis er 1963 an die Fachhochschule in

Pforzheim berufen wurde. Beispiele aus seinem bildhauerischen Schaffen finden sich heute in Stuttgart (Relief am Rathauseingang), in Friedrichshafen (Flugzeug-Vogelgruppe aus Aluminium in den Dornierwerken), in Bad Mergentheim (Relief an der Außenwand der Landesversicherungsanstalt) oder in Pforzheim (Rathausuhr).

Nach seiner Emeritierung 1985 fand Bernhard Jablonski mehr Zeit, sich den schönen Dingen des Lebens zu widmen. Eine schwere Augenerkrankung schien ihm einen Strich durch die Rechnung machen zu wollen. Als er die Krankheit überwunden hatte, entdeckte er seine große Begeisterung für die Fotografie. Blüten und Blätter, organische und geologische Formationen haben es ihm angetan. Dabei will er nicht einfach die Realität abbilden, sondern den Blick des Betrachters auf die Schönheiten der Natur lenken, die nicht auf Anhieb zu sehen sind. Ein bestimmter Ausschnitt einer Blüte etwa wird so sehr vergrößert, daß man den Ursprung nur schwer noch erkennen kann. Fotografien mit durchaus malerischer Qualität entstehen. „Man sollte sich die Zeit zum Meditieren nehmen“, rät der Fotograf dem Betrachter.

Schon oft waren diese poetischen Arbeiten Jablonskis auf Ausstellungen zu sehen, auf denen man sich von der Maxime des Königsbergers überzeugen konnte. „Sehen ist eine Kunst“, sagt er. „Anders sehen ergänzt und erweitert dieses Können.“ Bernhard Jablonski gibt Anstöße, die Welt „anders“ zu sehen.

Silke Osman



Bernhard Jablonski: Bildhauer, Formgestalter und jetzt auch Fotograf

Antworten auf viele Fragen

Auch auf dem 11. Gredinger Trachtenmarkt sind Ostpreußen dabei



Stand in Greding: Irene Burchert (vorn beim Jostenbandweben) mit treuen Helferinnen Foto: privat

Die Vergangenheit für die Zukunft sichtbar machen, darin sehen die Veranstalter das Hauptanliegen im Gredinger Trachtenmarkt, der am 4. und 5. September zum 11. Mal durchgeführt wird. Drei Veranstalter haben sich zusammengetan – der Bayerische Landesverein für Heimatpflege, der Bezirk Mittelfranken mit der Trachtenforschungs- und beratungsstelle und die Stadt Greding – und Jahr für Jahr mehr Aussteller und auch Besucher in die mittelfränkische Stadt gezogen. Vor der zauberhaften Altstadtkulisse und in herzlicher Atmosphäre fühlen sich Anbieter und Gäste gleichermaßen wohl. Die hohe Qualität der angebotenen Produkte hat Greding zum unbestrittenen Marktführer ge-

macht. Unzählige Kontakte werden auf diesem Markt geknüpft, und selbst unter den Anbietern sind Freundschaften entstanden. Aus Konkurrenten wurden Partner, die ein gemeinsames Interesse pflegen, die Liebe zur Tracht. Nicht zuletzt auch die tolle, zwanglose Atmosphäre lockt die Besucher Jahr für Jahr auf den beeindruckenden Trachtenmarkt.

„Greding hat einen lebendigen, gut eingeführten Markt mit einem hochinteressierten, anspruchsvollen Publikum, das hier Antworten auf ganz spezielle Fragen erhält“, so die Veranstalter. Seit 1999 ist auch Irene Burchert von der Webstube Lyck im Hause Allenstein mit dabei und präsentiert mit treuen Hef-

rinnen ostpreußische Volkskunst, darunter natürlich Arbeiten wie das Doppelgewebe, Jostenbänder und das Ostpreußenkleid. Zu Gast am Stand wird dieses Mal Regina Romahn mit Handarbeiten aus Königsberg sein, die selbstgemachte Trachtenpuppen präsentiert. Jeder Besucher kann gewiß sein, auch von den Ostpreußinnen fachkundig beraten zu werden, haben sie ihr Leben doch schon seit Jahren der heimatlichen Volkskunst verschrieben.

Beeindruckend am Gredinger Trachtenmarkt ist nicht zuletzt auch das anspruchsvolle Rahmenprogramm mit praxisorientierten Vorträgen der Bezirkstrachtenberater/-innen im Rathausfoyer. Dort kann man alles erfragen und erfahren über Beschaffung, Verbreitung, Umgang und Pflege der Trachten und der Materialien. Ein Occhi-Spitzen-Kurs und Stoffdruck mit Modellen sind vielleicht nur etwas für Eingeweihte, größeres Interesse dürften da die Trachten und Handarbeiten aus Museen des Kreises Pilsen und des Böhmerwaldes finden, die im Marktpavillon präsentiert werden.

Der Gredinger Trachtenmarkt wird auch in diesem Jahr wieder die Anlaufstelle, Börse und Einkaufsmöglichkeit für alle werden, die sich für Trachten interessieren, sie kennenlernen, erforschen, selber machen oder kaufen möchten. Es ist sehr zu begrüßen, daß Ostpreußen bei einem solchen Ereignis mit einem Stand vertreten ist und dort umfassend über heimatische Volkskunst informiert wird. – Jede Landschaft hat ihre Schätze, man muß sie nur kennen und bewahren für eine gedeihliche Zukunft.

SiS

Kampf dem Krebs

Kampagne »Durch die Brust ins Herz«

Die Diagnose Brustkrebs verändert nicht nur das Leben der betroffenen Frau, auch Angehörige und Freunde nehmen meist lebhaft Anteil. Kraftzehrende Therapien dringen mitten hinein ins Familienleben, und auch die Nachsorge kostet viel Energie und dauert oft über Jahre. Die Angst aber bleibt. Eine Möglichkeit, diese Ereignisse zu bewältigen, bietet die kreative Auseinandersetzung mit dem Erlebten in Text oder Bild. Deutschlandweit sind nun alle Frauen aufgerufen, ihre Gedanken zum Thema Brustkrebs zu Papier zu bringen. Tagebuchauszüge, Brief, Essay oder Gedicht – die Form spielt keine Rolle, auf den Inhalt kommt es an. An dem Projekt „Meine Gedanken zu Brustkrebs“ können sich sowohl Betroffene als auch alle diejenigen beteiligen, die ihre Solidarität mit Brustkrebskranken bekunden möchten. Die von einer

Jury ausgewählten Beiträge werden mit einem persönlichen Foto in der Dokumentation „Deutsche Städte gegen Brustkrebs“ veröffentlicht. Die ARD-Tagesschausprecherin Eva Herman hat die Schirmherrschaft für das Buch übernommen, wie sie sich auch der Aufklärungskampagne „Durch die Brust ins Herz – Herausforderung Brustkrebs“ besonders verbunden fühlt. Die Beiträge können bis zum 31. Dezember eingereicht werden bei „Deutsche Städte gegen Brustkrebs – Durch die Brust ins Herz – Herausforderung Brustkrebs“, Postfach 51 11 70, 50947 Köln oder über info@brustkrebszentrale.de. Im Internet finden sich unter www.brustkrebszentrale.de weitere Informationen zu dem von Ärzten und Patientinnen ins Leben gerufenen und von dem Pharmakonzern Hoffmann-La Roche unterstützten Projekt.

eb



Unterstützt Aufklärungskampagne: Tagesschausprecherin und Moderatorin Eva Herman Foto: „Durch die Brust ins Herz – Herausforderung Brustkrebs“



Abstimmung zu Hartz IV: Daß Zehntausende in Deutschland gegen das Gesetz protestieren und sogar demonstrieren würden, hat sich vermutlich keiner der Politiker träumen lassen.

Foto: BT

Warum beim »Zentrum« auf die Politik hoffen?

Betr.: „Das Ende einer Vision“ (Folge 30)

Was soll nur das Gejammere? Herr Mahlitz beklagt in seinem Leitartikel das absehbare Ende aller Träume vom „Zentrum gegen Vertreibung“. Dabei braucht der Leser nur umzublättern, um auf der nächsten Seite zu erfahren, wie es geht. Die allseits verehrte Frau „Rosh“ hat allen vorgemacht, wie ehrgeizige Ziele verfolgt und schließlich realisiert werden. Was bitte hält den BdV ab, ungefragt und selbstbewußt eine vom Wohlwollen der „Antifaschisten“ in Berlin unabhängige Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ ins Leben zu rufen?

Eine Stiftung, unabhängig von den jeweils Herrschenden und unbeeinflusst durch in meinen Augen dumme und unnötige Rücksichtnahme auf die „Ängste unserer östlichen Nachbarn“, sprich deren schlechtes Gewissen. Der BdV kann sich heute verbiegen wie er will, es ist naiv, auf eine, sollte sie denn zustande kommen, neutral und wahrhaftig betrachtende Dokumentation zu hoffen. Das gegenwärtige politische Klima, insbesondere die Aufregungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jahrestag des Warschauer Aufstandes, spricht für sich. „Die Furcht, daß die Nachbarn die Geschichte umschreiben, Ursache und Folgen des Zweiten Weltkrieges verdrehen wollen, vermag BdV-Che-

fin Erika Steinbach nicht zu zerstreuen“, schreibt die *Hannoversche Allgemeine* in ihrer Ausgabe vom 30. Juli. Noch deutlicher bezieht der Herr Bundeskanzler Position: „So ein Zentrum ist mit mir nicht zu machen. Wer damals Opfer und wer Täter war, darf nicht verwechselt werden.“

Klare Aussage! Da helfen auch keine würdlosen Anbiederungsversuche des BdV wie die Berliner Veranstaltung zum Gedenken an den Warschauer Aufstand.

Also – nehmen wir die Sache selbst in die Hand. Ich bin dabei.
Ulrich Löbert, Barsinghausen

Unzumutbare Bedingungen für Langzeitarbeitslose

Betr.: „Sozialer Frieden in Gefahr“ (Folge 33)

Wenn sich heute der Normalbürger Gedanken zur Zeit und seiner Umgebung macht und dabei noch eigene Überlegungen anstellt, so wird ihm oft von der politisch regierenden Kaste Stammtischreden vorgeworfen. Daß dies so ist, zeugt von schwindendem Demokratieverständnis in dem allgemeinen politischen Klima.

Unser Volk wird heute unter dem Modewort Agenda um den Erfolg jahrzehntelanger Arbeit gebracht, indem es die Mißwirtschaft vergangener und heutiger Regierungen nunmehr sozial ausbaden muß. Man denke nur an die vielen sogenannten Langzeitarbeitslosen, die sicher in der überwältigenden Mehrzahl arbeiten möchten, nicht können oder dürfen und nun in ein unzumutbares Sozialhilfeniveau ge-

drückt werden. Dabei ist das Schlagwort „Helfen und Fordern“ schon fast wie ein Hohn zu verstehen. Die künftigen Rentner, die jahrzehntelang ihre Rentenbeiträge aus dem versteuerten Einkommen gezahlt haben, sollen nun auch noch ihre Renten versteuern, also eine Doppelbesteuerung, abgesehen davon, daß diese Renten nicht einmal mehr um die Inflationsrate angehoben werden. Wenn heute die Politik fordert, junge Menschen sollen für ihr Alter vorsorgen, so weiß ein 35-jähriger nicht, ob seine Vorsorge in 30 Jahren überhaupt noch existiert, da sie durch neue Gesetze wieder zunichte gemacht wurde.

In diesem politisch-sozialen Hick-Hack erscheinen nun Meldungen wie, daß Deutschland beziehungsweise die deutsche Bundesregierung so mir nichts dir nichts an Polen 33 hochwertige MiG-29 und 130 Kampfpanzer Typ Leopard 2 ver-

schenkt hat, daß hier und dort dann 60 Millionen oder auch mal 200 Millionen Euro anlässlich von Staatsbesuchen verschenkt werden, nicht mehr verständlich. Wer hat diese Regierung dazu ermächtigt, wenn andererseits die bisher elementarsten sozialen Fürsorgeleistungen des Staates, vor allem an ältere, kranke und sozial benachteiligte Gruppen rigoros gestrichen oder gekürzt werden?

In diesen Fällen können sicher die Milliardeneschenke an das Ausland, wie es noch zu Zeiten der Hochkonjunktur möglich war, nicht weitergeführt werden. In erster Linie sollte das eigene Volk, das diesen Staat 1945 aus Schutt und Asche neu erschaffen hat, nicht um den Erfolg dieser Leistungen gebracht werden. Der Regierung und auch künftig allen folgenden sollten hier strenge Maßstäbe angelegt werden.

Reiner Schmidt, Güstrow

Betr.: „Reibach an der Schnittstelle“ (Folge 32)

Berlin war einst für seinen roten Filz berüchtigt. Ich befürchte, daß sich so viel nicht geändert hat, wie einmal wieder der Werdegang des ehemaligen Supersensors und Berliner SPD-Parteivorsitzenden Strieder zeigt. Wenn es nicht die Berliner

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwährend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Der rote Filz in Berlin lebt

Eigenbetriebe sind, in deren Führungspositionen so manch Berliner Politiker ein warmes Plätzchen gefunden hat, dann findet sich schon ein anderer warmer Sessel, von dem aus genutzt werden kann, was sich im „Dienst“ zum Wohl der Bürger an Wissen angesammelt hat.

Niklas Walter, Berlin

Befremdlich

Betr.: „Delegation aus Plön besuchte Ragnit!“ (Folge 31)

Partnerschaften sind eine feine Sache, solange sie auf dem Boden historischer Fakten stehen und beide Seiten sich zur Beachtung der Wahrhaftigkeit und Wahrheit verpflichten. Mehr als nur befremdlich fand ich die Tatsache, daß ausgerechnet zur 715-Jahrfeier der Ordensburg Ragnit an dieser ein Bildnis vom Zaren Peter dem Großen angebracht, feierlich enthüllt und sogar „eingeweiht“ wurde.

Ein historisch unbedarfter Besucher der Ordensburg wird zukünftig mit dem Eindruck nach Hause gehen, daß diese nicht vom Deutschen Orden, sondern von Zar Peter dem Großen errichtet wurde. Der Ausverkauf der Geschichte fängt zu Hause an!
Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim

»Unseliger Mann«

Betr.: „Weimars letzter Präsident“ (Folge 31)

Zwei Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler schrieb Ludendorff, der noch am 9. November 1923 an der Seite Hitlers zur Feldherrnhalle in München marschiert war, an Hindenburg: „Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stoßen, unsere Nation in unfabbares Elend bringen wird, und kommende Geschlechter werden Sie verfluchen in Ihrem Grabe, daß Sie das getan haben.“ (Nach Wolfgang Elz, FAZ vom 3. Oktober 1997)
Dr. Ludwig J. Weigert, Braunschweig

Anzeigen

Studieren in Hamburg !

AT! Slesvigia-Niedersachsen Hamburg-Königsberg im CC zu Hamburg

- patriae et litteris -

Seit nunmehr über 128 Jahren besteht unser Freundschaftsbund - ehemals in Königsberg und Kiel, seit 1919 an den Hamburger Hochschulen ansässig. Lernen Sie uns kennen - für ein Studium weg von der Masse, hin zur Klasse. Wir bieten günstige Zimmer, Hilfe im Studium und als pflichtschlagende Korporation eine qualifizierte Ausbildung im studentischen Fechten.

AT! SN, Johnsallee 64, 20146 Hamburg, Tel.: 040/45 41 45
www.slesvigia-niedersachsen.de

Millionen im Land und an der Front hätten überlebt

Betr.: Leserbrief „Das feige Vorgehen der Attentäter schockierte uns“ und „Scheitern des Attentats zerstörte unsere Hoffnungen“ (Folge 30)

Wenn es um die Dinge des Zweiten Weltkrieges geht, halte ich (Jahrgang 1938) mich in der Regel gegenüber Soldaten, die hier als Erlebnissgeneration auftreten, zurück. Beide Leserbriefe zum 20. Juli 1944 zeugen nach wie vor von dem breiten Riß, der hier durch unser Land geht. Über den Leserbrief „Das feige Vorgehen der Attentäter schockierte uns“ bin ich doch schockiert. Auch wenn er 1944 Soldat gewesen ist, konnte er die Hintergründe der Geschehnisse zum 20. Juli damals nicht sicher beurteilen.

Die heutzutage zur Verfügung stehenden Quellen lassen die Verschwörer in einem anderen Licht erscheinen, als sie uns jetzt von dem Leserbriefschreiber präsentiert werden. Das ausgezeichnete Buch von Joachim Fest: „Staatsstreich – Der lange Weg zum 20. Juli“ ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich.

Immerhin verfügt die PAZ in der Meinungsveröffentlichung von Leserbriefen über eine große Bandbreite, was für das hohe Niveau dieser Zeitung spricht. Mit angeblicher Lastigkeit nach links und rechts hat das nichts zu tun.

Und nun zum „feigen Vorgehen der Attentäter“. Was die Person Stauffenbergs betrifft, war er nicht

nur Attentäter, sondern zugleich Motor und Seele des Putsches in der Bendlerstraße in Berlin. Ohne ihn lief nichts, das zeigte sich später bald. Mit der Bezeichnung „aus dem Staub machen“ wird man Stauffenberg nicht gerecht. Feige war er nicht, davon zeugt das am 8. Mai 1943 in Afrika verliehene Deutsche Kreuz in Gold. Mit nur noch drei Fingern an der linken Hand kann man zudem kein Pistolenattentat ausführen. Wenn Stauffenberg als feige beurteilt wird, was waren dann die Feldmarschälle von Bock, von Kluge, von Manstein und Generaloberst Fromm, die von den Putschversuchen wußten? Sie lehnten sich zunächst zurück nach dem Motto: Macht mal, mal sehen wie die Sache ausgeht. Sie hätten in ihren hohen

militärischen Stellungen entscheidende Weichen stellen können.

Die im Fernsehen in überzeugender Weise aufgetretenen Mitverschwörer von Boeselager und von Kleist, die Freislers Rachejustiz entkommen konnten, brachten es auf den Punkt. Der Krieg war verloren, aber Millionen im Land (Stop der Bombenangriffe) und an der Front hätten überlebt. Auch die Ostpreußen wären nicht zu einer solchen todbringenden Flucht gezwungen worden. Ich hätte nach dem Krieg noch einen Vater gehabt (gefallen am 16. Januar 1945 in Ostpreußen) und hätte auch mein linkes Bein nicht verloren (Granatenexplosion am 30. April 1945). Ich meine, das zählt auch.
Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Macht der Medien

Betr.: „Junge Briten bleiben anti-deutsch“ (Folge 32)

Man muß wohl keine Zweifel haben, daß diese Einstellung der jungen Briten gegenüber uns Deutschen das Werk der britischen Zeitungen ist. Die Macht der Medien ist eben groß, wie wir ja auch bei uns feststellen. Auch das Geschichtsbild der jungen Deutschen ist weitgehend von den Medien geprägt, nur würde es den deutschen niemals einfallen, die damaligen Sieger schiefl anzusehen und beispielsweise gezielt die Kriegsverbrechen der Sieger aufzudecken, nicht als Aufrechnung, sondern allein darum, daß alle Opfer des Zweiten Weltkrieges das Wissen um sie und Trauer und Gedenken erfahren. Aber da haben wir leider nur die *Junge Freiheit* und die *Preußische Allgemeine Zeitung*, von der großen Masse können wir nur feststellen, daß sie sich von den britischen kaum unterscheidet.

Hans-Heinrich Stobbe, Dessau

Dr. Fisch hat Nemmersdorf selbst erlebt

Betr.: „Nemmersdorf – noch heute wird Massaker geleugnet“ (Folge 24)

In diesem Bericht wird Dr. Bernhard Fisch genannt, der ein Buch „Nemmersdorf Oktober 1944“ geschrieben hat. Zufällig sind Bruno Naujoks und ich mit ihm als Kriegsfreiwilliger am 1. Juni 1944 zur deutschen Wehrmacht nach Insterburg als ROA zur Panzerart. 228 Ersatzb. eingezogen worden. Am 20. Oktober 1944 wurden unser Lehrgang und weitere Soldaten plötzlich mit sechs Geschützen LFH 18 feldmarschmäßig ausgerüstet und sofort

als Großkampfbatt. über Sodehnen in Richtung Nemmersdorf gefahren, wo wir vor dem Gut Kaimelswerder, zwei Kilometer vor Nemmersdorf, in Stellung gingen. Es fand ein erbitterter Kampf statt, der auf beiden Seiten hohe Verluste forderte. Nach der Kampfruhe haben wir uns das Geschehen in Nemmersdorf angesehen. Ich kann den angeführten Videofilm „Nemmersdorf 1944“ von Polar Film, zu beziehen über den Preußischen Mediendienst, voll bestätigen. Unsere elterlichen Höfe von Naujoks und mir im Kreis Darkehmen-Angerapp lagen nur fünf beziehungsweise zehn

Kilometer von Nemmersdorf entfernt. Der Russe war da Gott sei Dank nicht gewesen, und unsere Angehörigen konnten noch schnell am 21. Oktober mit allen Mitarbeitern die Flucht antreten. Herr Fisch war genau wie wir Soldat und nicht als „Hilfsdienst“ eingesetzt. Seines Buches „Nemmersdorf Oktober 1944“ wegen brauchte er nicht nach Moskau und St. Petersburg zu fahren, er hatte es ja alles selbst erleben können und brauchte nur, seine eigenen Erinnerungen wahrheitsgemäß zu Papier zu bringen.
Horst Borowsky, Salzgitter

Über Merkel kann man nur den Kopf schütteln

Betr.: „Hohmann raus“ (Folge 30)

Endlich einmal ein deutscher Politiker und gewählten Abgeordnete, der sich aufraffte, gegen die Pauschaldiffamierungen seines Volkes anzugehen. Wie oft mußten wir doch in den letzten Jahren hören

und lesen: „Die Deutschen sind ein Tätervolk.“

Es fällt allerdings auf, daß sich solche Diffamierungen in letzter Zeit in Grenzen halten. Immer mehr setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß es weltweit kein Tätervolk gibt. Und ausgerechnet der, der

mit seiner Rede am 3. Oktober 2003 zu dieser Entwicklung beitrug, dem deutsche Gerichte kein strafbares Handeln vorwerfen, der wurde jetzt aus der CDU in Hessen geworfen.

Arme CDU! Über ihre Vorsitzende kann man nur noch den Kopf schütteln.
Horst Ehrig, Fulda



750-Jahr-Feier

Analog zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* nimmt sich nun auch die russische Presse des 2005 stattfindenden Jubiläums 750 Jahre Königsberg sowie der Vorbereitungen für die Feierlichkeiten an.

So schrieb die Internetzeitung *Regnum* am 2. Juni dieses Jahres: „Die erste Sitzung des Bundesvorbereitungskomitees für das Doppeljubiläum (750. Jubiläum der Stadt ... und 60. Jahrestag der Gründung des Gebietes) fand unter der Leitung von Wirtschaftsminister German Gref am 2. Juni 2004 statt. Von Königsberger Seite hätten an der Sitzung Gouverneur Jegorow, der Vorsitzende der Gebietsduma, Wladimir Nikitin, und Bürgermeister Sawenko teilgenommen. „German Gref“, heißt es dann weiter, „forderte bei dieser Sitzung, daß der von der Stadt erarbeitete Programmtext für das Doppeljubiläum überarbeitet werde. Das Jubiläum solle zu einem bedeutungsvollen Ereignis des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens Rußlands und Europas gemacht werden.“

Knappe eineinhalb Monate später, am 14. Juli, thematisierte die Zeitung eine Erklärung des Vorsitzenden des Königsberger Stadtrates Ewgeni Gan, die sich überaus kritisch mit dieser anspruchsvollen Forderung German Grefs auseinandersetzt: „Der Vorschlag von Wirtschaftsminister German Gref führt in ein Fiasko ... Ewgeni Gan, sagte, daß die Idee einer Feier auf europäischer Ebene sehr gut sei. Doch das hätte man vor fünf Jahren besprechen müssen. Für ein europäisches Ereignis reiche weder das Geld noch die Zeit. Die russischen und europäischen Stars, die Gref ... einladen möchte, seien schon seit Jahren verplant. Weiterhin sagte Herr Gan, daß man so viel Mittel von der Bundesebene für das Jubiläum haben wollte, wie nur möglich. Dies sei aber nicht gelungen, und nun werden die Feierlichkeiten ... entsprechend stattfinden.“

Am 12. dieses Monats hieß es dann in *Regnum*, Jegorow habe nach einer von Gref geleiteten Sitzung des Vorbereitungskomitees in Moskau gesagt, daß aus dem Bundesbudget 20 Millionen Rubel für die Restaurierung des Königstors zugeteilt seien, was gut 550.000 Euro entspricht. Weiter heißt es dann: „Wie der Gouverneur Jegorow berichtete, haben die Mitglieder des Vorbereitungskomitees ernsthaften Widerspruch gegen den von der Stadt ... vorgelegten Programmtext eingelegt und ihre Unzufriedenheit ausgedrückt. Es wurde entschieden, daß eine vollständig neue Variante erarbeitet werden solle. Gouverneur Jegorow sagte dazu, daß wiederum Zeit verloren ginge, die bereits sehr knapp sei.“

Schulung

An einer speziellen Schulung für Blinde in Niedersee, Kreis Sensburg nahmen knapp 70 Personen aus ganz Europa teil. 40 Blinde kamen aus der Republik Polen, die übrigen aus Norwegen, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Spanien. Laut der Leiterin der Schulungsstätte, Kamila Karczewska, zielte die Veranstaltung nicht nur auf den Austausch von Informationen und Erfahrungen bezüglich der Rehabilitation von Blinden, sondern auch auf das Erlernen von Fremdsprachen. Im Rahmen der Schulungsveranstaltung besuchten die Teilnehmer unter anderem Sensburg, die Wolfsschanze, Rastenburg und Nikolaiken und trieben diverse Sportarten wie Reiten und Kajakfahren.

»Arka« in Ukta eröffnet

Diakoniezentrum mit Kirche und Altenheim feierlich eingeweiht

In Ukta, Kreis Sensburg ist das neue Evangelische Diakoniezentrum „Arka“ mit einer Kirche für 90 Personen und einem angrenzenden Seniorenheim in feierlicher Weise durch Pfarrer Franciszek Czudek eingeweiht und der Gemeinde übergeben worden. Dem Festgottesdienst und den Feierlichkeiten wohnten Bischof Jagucki aus Warschau und Bischof Bazanowski aus Allenstein sowie die Landräte und Bürgermeister der benachbarten Gemeinden bei. Aus der Bundesrepublik Deutschland waren Vertreter des Diakonischen Werkes Oldenburg angereist. Das Diakoniezentrum liegt 200 Meter westlich der früheren evangelischen Kirche. Ihm gegenüber befinden sich die Einkaufsmöglichkeiten von Ukta, und zum Fluß Krutinna ist es auch nicht weit. Nach Krutinnen und nach Niedersee beträgt die Entfernung je sieben Kilometer, nach Nikolaiken 15 Kilometer, nach Sensburg und nach Johannesburg 25 Kilometer. Überall hin fahren regelmäßig Busse.

Das Diakoniezentrum in Ukta, in dem 45 Personen Platz finden können, kann als Seniorenpflegeheim oder auch kurzfristig als Rehaabilitationzentrum genutzt werden. Konfession und Nationalität spielen kei-

ne Rolle. Zugesagt ist es hauptsächlich dem Personenkreis der ausgewanderten Ostpreußen, der Stammbevölkerung des Landes, den heute im Westen lebenden Ostpreußen, die hier in der Heimat ihren Lebensabend verbringen möchten.

Die derzeitige Preissituation ermöglicht auch Personen ohne hohe Rente die Unterbringung im Seniorenheim für einen würdigen Lebensabend. Es stehen Ein- und Zwei-Bett-Zimmer zur Verfügung. Die Einrichtung in allen Zimmern entspricht den Richtlinien der Europäischen Union. Jedes Zimmer hat ein Duschbad mit WC, eine Notsignalstation, ein Telefon und einen Fernseher mit Kabelanschluß. Das Haus gewährleistet ohne Zusatzkosten eine medizinische Krankenpflege und Grundbetreuung. Es können vor Ort auch Ultraschall- und EKG-Untersuchungen durchgeführt werden. Hinzu kommen eine Zahn-

arztpraxis, ein Behandlungszimmer, ein Turnsaal und eine Bibliothek. Im Rahmen der Beschäftigungstherapie werden Rehabilitationsübungen angeboten. Hier kann man auch die heilende Wirkung eines Lasers, einer Solluxlampe oder eines Stimulators für diadynamische Ströme, Iontophorese und Galvanisation nutzen.

Die neue evangelische Kirche mit dem Pflegeheim in Ukta ist derzeit noch eine Filiale des Diakoniezentrum „Arka“ in Nikolaiken. Sie soll aber als selbständige Gemeinde geführt werden. Die evangelische Gemeinde in Ukta zählt heute 20 Mitglieder. Interessenten an einem Aufenthalt in Ukta erhalten nähere Informationen von Pfarrer Franciszek Czudek, Evangelicki Osrodek Diakonii „Arka“, Plac Koscielny 5, PL 11-730 Mikolajki, Telefon (00 48 / 87) 4 21 62 93, Fax (00 48 / 87) 421 66 64. Irene Piepenbrink



Evangelisches Diakoniezentrum „Arka“: Seniorenheim vorne, Kirche hinten

Foto: Piepenbrink

Autoimporte

Die Zugehörigkeit der Republik Polen zum Gemeinsamen Binnenmarkt der Europäischen Union macht sich auch im Straßenbild bemerkbar. Seit dem polnischen EU-Beitritt haben die Einwohner des südlichen Ostpreußen fast 11.000 gebrauchte Autos aus anderen EU-Staaten eingeführt. Im ersten Monat Mai waren es knapp 2.000 und im Folgemonat Juni mit beinahe 4.000 bereits doppelt so viele. Die importierten Gebrauchten werden im Westen in der Regel für einen Preis zwischen 300 und 1.000 Euro erstanden. Laut Ryszard Chudy, Jurist am Zollamt in Allenstein, führen seine Landsleute am liebsten zehn- bis elfjährige deutsche Fahrzeuge ein. So klagen private Importeure, daß der bundesdeutsche Markt durch die polnische Nachfrage inzwischen wie leergefegt sei. Der Kauf eines Autos im guten Zustand für unter 1.000 Euro sei schon schwierig. Die Polen würden nun auch in Italien und Frankreich produzierte Fahrzeuge nicht mehr verschmähen.

Zu den reinen Anschaffungskosten für den Erwerb eines Autos im Westen kommen dann Steuern sowie die Kosten für den Fahrzeugbrief und die Zulassung. Für die Anmeldung muß man sich in eine Warteliste eintragen. In Allenstein muß man sich dann bis mindestens zum 7. September gedulden. Der Direktor des Straßenverkehrsamtes, Wocchiech Smolinski, kündigte an, daß das Amt einen zusätzlichen Schalter einrichten werde, wenn sich dieser Kundenandrang bis Ende September nicht verringere. Dieser Schalter würde aber erst kommenden Jahr neue Kunden annehmen können.

Trotz des Verwaltungsaufwandes lohnt sich ein Import, denn er kommt viel günstiger als der Kauf eines vergleichbaren Kraftfahrzeuges in der Republik Polen. Auch ist die Importware in einem technisch besseren Zustand als das, was der polnische Markt bietet. Das polnische Verkehrsministerium arbeitet jedoch bereits trotz EU-Binnenmarkt an Vorschriften, welche die Einführung von Gebrauchtwagen erschweren werden.

Gegen Mini

Oleg Schlyk, Vizegouverneur des Königsberger Gebietes, hat sich gegenüber der *Komsomolskaja Prawda* gegen das Tragen von Minirocken im Staatsdienst ausgesprochen: „Ich habe vor einigen Tagen während einer Sitzung das Thema ‚Frauenkleidung‘ angeschnitten. Unsere Kolleginnen tragen Kleider und Röcke, die einem den Kopf umreißen. Man ist nicht in der Lage, richtig zu arbeiten. Wenn ich eine Treppe hochgehe und vor mir tipelt so eine Dame hinauf, dann muß ich einfach stehenbleiben und abwarten, bis sie aus meinem Blickfeld verschwunden ist. Das Verhältnis von männlichen und weiblichen Mitarbeitern liegt bei uns etwa bei 50 zu 50 Prozent. Es reicht, wenn ein Viertel der weiblichen Angestellten im Minirock zur Arbeit erscheint, um den männlichen Teil der Gebietsverwaltung lahmzulegen.“

Schwierigkeiten

Touristen, die die Stadt Heilsberg besuchen, werden bald massive Schwierigkeiten haben, das bischöfliche Schloß zu finden. Die Umgebung des Bischofssitzes soll nämlich zugebaut werden. Der Blick auf eines der größten Gebäude des Mittelalters wird verbaut durch die Bebauung einer Parzelle, die in den 60er und 70er Jahren von Trümmern freigeräumt worden war.

Ehrung für Sozialstation

JUH-Projektbevollmächtigter Kuschel zum Ehrenbürger Hohensteins ernannt

Uwe Kuschel, seit 1968 bei der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und derzeit Projektbevollmächtigter Polen des Landesverbandes Nord, ist zum Ehrenbürger der Stadt Hohenstein, Kreis Osterode ernannt worden. Bürgermeister Mirosław Stegiński und die Vorsitzende des Stadtrates, Hanna Domalska-Kogut, überreichten dem 58jährigen die Urkunde anlässlich der Johannisfeier, an der mehr als 180 Gäste aus der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen. Mit der Ehrenbürgerschaft sollen Menschen geehrt werden, die nicht in Hohenstein wohnen und sich dennoch um die Stadt verdient gemacht haben. Tief gerührt bedankte sich Kuschel und brachte zum Ausdruck, daß er zwar Empfänger dieser Auszeichnung sei, „diese aber stellvertretend für das ganze Team in Empfang nehme“.

Geehrt wurde der engagierte Johanniter für den Aufbau einer Sozialstation sowie einer Jugendgruppe in Hohenstein. Bereits vor knapp zehn Jahren, am 22. Oktober 1994, war die Sozialstation eingeweiht worden. Neben ihrer täglichen Sprechstunde besuchen und versorgen die Krankenschwestern bettlägerige Patienten zu Hause. Die Jugendgruppe zählt inzwischen 35

Mitglieder, die zu Sanitätshelfern ausgebildet wurden. Sie leisten Sanitäts- und soziale Dienste und führen Erste-Hilfe-Ausbildungen durch. In seiner Laudatio hob der Bürgermeister vor allem das persönliche Engagement Uwe Kuschels hervor. Er habe auch jenseits seiner offiziellen Aufgaben für einzelne Menschen der Stadt viel getan.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe unterstützt und betreibt in Zusammenarbeit mit dem Johanniterorden im südlichen Ostpreußen elf Sozialstationen nach bundesdeutschem Muster. Die ersten Stationen wurden 1993 in Betrieb genommen. S. J.



Der Akt der Überreichung der Ehrenbürgerurkunde: Die Vorsitzende des Stadtrates, Hanna Domalska-Kogut, gratuliert im Beisein von Bürgermeister Mirosław Stegiński (Mitte) Uwe Kuschel, dem Projektbevollmächtigten Polen des Landesverbandes Nord der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), zu dessen frisch erworbener Ehrenbürgerschaft.

Foto: JUH



Der Sämänn
Bronziert, auf
Marmorplatte,
Höhe 22 cm

92,50 €



Deutscher Schäferhund
Bronziert, auf Marmorplatte,
Höhe 15 cm

72,20 €



Trakehner
Bronziert, auf Metallplinthe
und Marmorplatte,
Höhe 24 cm

122,40 €



Elch, klein
Bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 19 cm

125,00 €



Elch, groß
Bronziert, auf Metallplinthe
und Marmorplatte,
Höhe 27 cm

174,30 €

Bitte liefern Sie mir gegen Rechnung

___ St. Der Sämänn	92,50 €
___ St. Deutscher Schäferhund	72,20 €
___ St. Trakehner	122,40 €
___ St. Elch, klein	125,00 €
___ St. Elch, groß	174,30 €
+ Versandkosten	4,00 €

Name _____
Telefon _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Datum/Unterschrift _____

Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg
Telefon: 040 / 41 40 08 27
Telefax: 040 / 41 40 08 58

PMD
Preußischer
Mediendienst

Lewe Landslied und Familienfreunde,

wenn man schon einmal durch unsere Ostpreußische Familie Erfolg zu verzeichnen hatte, erhofft man sich diesen auch für die nächsten Fälle. So jedenfalls **Heike Höfer-Kielbassa**, die mit unserer Hilfe noch fehlende Bausteine zu ihrer Familienchronik „Fabritz“, an der sie schon seit Jahren schreibt, zusammentragen möchte. Es handelt sich um drei Fälle mit den dazugehörenden Fragen, die so verständlich formuliert sind, daß ich sie fast wortgetreu übernehmen kann.

1. Fall: **Emil Ambros Fabritz**, * 1911 in Stettenbruch bei Rastenburg, war Fleischer und wohnte mit seiner Ehefrau **Erna** in Königsberg, Klosterstraße 4. Nach Auskunft der WAST ist Emil Fabritz letztmalig erfaßt mit einer Meldung vom 1. Oktober 1944 als Angehöriger der Einheit Stammkompanie Panzer Aufklärungs-Lehrabteilung 138. Frage: Kann sich jemand an das Ehepaar Emil und Erna Fabritz erinnern und Auskunft über ihr Schicksal geben?
2. Fall: **Carl Ferdinand Fabritz**, * 1895 in Woplauken bei Rastenburg, betrieb in Königsberg die Firma Fabritz Betonbau KG. Er war in zweiter Ehe verheiratet mit Lotte Neumann, * 1921 in Adlig Linkunnen, Kreis Elchniederung. Das Ehepaar wohnte in der Rennparkallee 68, wurde dort ausgebombt und verbrachte die Monate bis zur Flucht Ende Januar 1945 in der Batotzkistraße 35 bei **Schrade**. Von 1947 an lebte das kinderlose Ehepaar in Loccum. Carl Fabritz hatte zwei Schwestern, von denen eine wahrscheinlich **Helene** hieß. Der Bruder hatte 1965 an das Lastenausgleichsamt Bayreuth folgendes geschrieben: „Im Dezember 1944 haben meine Stiefmutter und meine beiden Geschwister Königsberg verlassen, weil sie als Frauen nach Sachsen evakuiert wurden. Nach Auskunft von Königsberger Bekannten sollen sie nach Riesa eingewiesen worden sein. Die dortigen Behörden geben mir aber keine Antwort.“ Bis zu seinem Tod 1975 hat Carl Fabritz leider nichts über seine Schwestern erfahren können. Eine von Frau Höfer-Kielbassa gestellte Anfrage beim Stadtarchiv Riesa nach der Wende wurde zwar umgehend beantwortet, brachte jedoch kein Ergebnis. Hierzu zwei Fragen: Kannte jemand die Schwestern Fabritz und kann etwas über ihren Verbleib sagen? Kann sich jemand an Carl Fabritz und sein Unternehmen erinnern? Er soll unter anderem in Ponarth vier Modellbauten von Einfamilienhäusern

errichtet haben, die in der Fachpresse großes Aufsehen erregten. 3. Fall: **Lotte Fabritz**, geborene **Neumann**, ist 1991 in Loccum verstorben. Die Todesanzeige ist im Namen der Angehörigen unterzeichnet von ihrer Schwester **Friedel Füssner**, geborene Neumann. Frage: Weiß jemand, ob noch Angehörige der Familie Füssner leben? – So, das wäre der gesamte Fragenkatalog von Frau Hö-

er einige der Genannten oder deren Angehörige leben und bittet diese, sich bei ihm zu melden. Sicher handelt es sich bei den Genannten auch um Verwandte. Herrn Schwills Großeltern wohnten auf dem Sackheim in Königsberg. Seine Anschrift: Lothar Schwill, 724 Lake Drive South, Keswick – Ontario, Canada, L 4 P 1 V 1. Zuschriften können aber auch an die Ostpreußische Familie, *PAZ/Ostpreußenblatt*, Parkallee 84/86 in 20144 Hamburg (Kennwort „Schwill“) erfolgen.

Da möchte ich noch einen Wunsch aus dem fernen Kanada anschließen: **Brigitte von Kalben** äußerte in ihrem Schreiben – das wir in Folge 34 brachten –, daß sie so gerne das Buch von Pfarrer Hugo Linck „Königsberg 1945 – 1948“ lesen möchte. Damit es nicht gleich

Die ostpreußische Familie



fer-Kielbassa, der aufgrund der präzisen Angaben Erfolg haben könnte. (Heike Höfer-Kielbassa, Wilhelm-

an ihre Adresse gesandt wird – es könnten dann mehrere werden – bitte ich die Leserin oder den Leser, die beziehungsweise der das Buch Frau von Kalben überlassen möchte, mir eine Nachricht zukommen zu lassen. Bitte nur eine kurze Meldung an die Redaktion, ich veranlasse dann das Weitere.

Einer unserer intensivsten Leser ist Dr. **Wolfgang Klein** aus Schwoerstadt, der mir eine große Freude mit der Übersendung einer CD-ROM machte, die eine wertvolle Unterstützung meiner Arbeit ist: Sie enthält drei Bände seiner Arbeit „Ost- und Westpreußen. Ein Überblick über die Verwaltungseinheiten, die Kreise mit den evangelischen Kirchspielen seit Beginn der Besiedlung“ mit über 50.000 historischen Ortsnamen. Dafür möchte ich Ihnen, lieber Herr Dr. Klein, meinen herzlichsten Dank sagen! Aber Sie haben nun auch einen Wunsch, und ich hoffe, daß unsere Familie ihn erfüllen kann. Herr Dr.

Klein benötigt für seine Arbeit über die „Alten Speicher in Königsberg“ Literatur, die aber sehr selten zu finden ist. So das Buch von Ludwig Goldstein „Königsberger Speicher“ aus dem Jahr 1911. Er hat schon über mehrere Bibliotheken versucht, das Buch auszuleihen, leider immer ohne Erfolg. Falls es sich jetzt in unserem Leserkreis finden läßt, wäre das natürlich wunderbar. (Dr. Wolfgang Klein, Bergstraße 7 in 79739 Schwoerstadt, Telefon 0 77 62 / 85 04.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Trakehnerpark: Viele Leserinnen und Leser haben sommerliche Grüße an unsere Ostpreußische Familie gesandt, und ganz besonders herzliche kommen von Heimatreisen, die in unser geliebtes, altes Ostpreußen führen. Für alle mag diese Aufnahme von **Gisela Harder**, Harderhof, stehen, die mit anderen im Kreis um die große Eiche im Schloßpark von Trakehnen tanzte, denn das soll Glück bringen. Vielleicht spricht da noch uralter prussischer Glaube mit, denn in dieser Gegend soll einer Version nach die Heilige Eiche von Romowe gestanden haben, der immergrüne Baum, in dem die alten Preußengötter wohnten! Und wer durch dieses Tor zum ehemaligen Gestüt geht, hat einen Wunsch frei! Ich wüßte schon, was ich mir wünschen würde: Daß unsere Ostpreußische Familie weiter so gedeiht und ihrerseits viele, viele Wünsche erfüllen kann!

Foto: Harder

Bode-Straße 3 in 38104 Braunschweig, Telefon 05 31 / 33 90 11, Fax 05 31 / 33 90 13.)

Wieder einmal ein Leserwunsch aus Kanada, diesmal von dem Königsberger **Lothar Schwill**. Zwar war er erst sechs Jahre alt, als die auf dem Haberberg wohnende Familie 1944 kurz vor dem Bombenangriff nach Ackerau zog, hat aber doch noch einige Erinnerungen an seine Vaterstadt. Vor allem aber besitzt er noch das Hochzeitsfoto seiner Eltern, auf dem das Brautpaar im Kreis der Hochzeitgäste zu sehen ist. Einige Namen sind auf der Rückseite verzeichnet: **Kurt und Irmgard Brunn – Friedrich Milkereit – Minna Dublaski – Franz Timm – Arthur Adomeit – Günter und Wolfgang Dous**. Herr Schwill fragt nun,

Autodiebstähle

Während der Urlaubszeit finden im südlichen Ostpreußen bis zu acht Kraftfahrzeugdiebstähle pro Nacht statt. Auch in Polen werden Autos gestohlen, aber auf jene, die ins Land der dunklen Wälder und der kristallinen Seen kommen, haben es die Diebe besonders abgesehen. Die Sonne, das Wasser und die Wälder schlafeln häufig die Wachsamkeit der Eigentümer ein, die dann vom Urlaub statt mit ihrer Limousine für einige Hundert Zloty mit dem Zug zurückkehren. Die Urlaubssaison ist die „goldene Zeit“, die Hauptsaison für Verbrechergruppen aus der ganzen Republik Polen. Wegen der teuren Urlaubersautos kommen Kriminelle aus Warschau, Danzig, Kattowitz und Bialystok angereist, weiß der Fachmann für Kraftfahrzeugdelikte an der Höheren Polizeischule in Ortelburg Dariusz Potkowski zu berichten.

Die Polizei im südlichen Ostpreußen ist sich des Problems der Autodiebstähle sehr wohl bewußt, aber sie wird seiner nun schon seit einigen Jahren nicht mehr Herr. Wenn die Polizei auch einen Teil der Wagen wiederfindet, so wird doch in der Mehrzahl der Fälle das Diebesgut nicht wieder aufgefunden. Folglich versucht es die Polizei mit guten Ratschlägen für die Prävention. So sollte man beim Aussteigen aus dem Auto nie die Wagenschlüssel drinnen liegen lassen, nie weit weg von Straße und Häusern auf Waldparkplätzen parken, regelmäßig per Rückspiegel kontrollieren, daß man auch nicht verfolgt wird und bei Verdachtsmomenten immer die Polizei benachrichtigen. Wenn man denn aber dem Dieb Auge in Auge gegenübersteht, sollte man nie das Leben riskieren, denn das ist kein Auto wert.

Ideen abgelehnt

Laut Oberstleutnant Franciszek Jaronski, dem Sprecher der auf polnischer Seite für die Grenze zwischen dem südlichen und mittleren Ostpreußen zuständigen Behörden, ist der Vorschlag seines Staates, an den Grenzübergängen zur Russischen Föderation einen besonderen Fahrstreifen einzurichten für Reisende, die nichts zu verzollen haben, wie andere auf eine Erleichterung des Grenzübertritts zielende Ideen von russischer Seite abgelehnt worden. Bei einer Begegnung in Preußisch Eylau hätten sich die Russen nur zu einigen Änderungen bei der Grenzabfertigung am Übergang Heiligenbeil bereit erklärt. Hier entstünden zwei Abfertigungsstreifen, einer für die Russen und der andere für EU-Bürger. Der Grenzoffizier unterstrich, daß diese Erleichterung nur Heiligenbeil beträfe. Bei den anderen Grenzübergängen werde die Organisation des Verkehrs nicht verändert. Währenddessen hieß es seitens der russischen Behörden, daß an allen Übergängen die offiziellen Delegationen außerhalb der Reihe abgefertigt würden.

Öliger Film

Rußlands Medien zufolge hat ein unbekanntes Schiff beim Vorbeifahren an Pillau auf der Ostsee einen 500 Meter langen und 100 Meter breiten öligen Film hinterlassen. Sonderdienste des Königsberger Gebietes hätten sich bereits des Problems angenommen.

Wechselkurse

Ein Euro hatte vorletzten Mittwoch den Wert von 4,82664 Zloty, 36,11027 Rubeln sowie 3,4528 Litas. Umgekehrt war ein Zloty 20,718 Cent, ein Rubel 2,769 Cent und ein Litas 28,962 Cent wert. Die Angaben erfolgen ohne Gewähr.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

EBENRODE (STALLUPÖNEN)



Kreisvertreter: Paul Heinacher, Telefon (0 41 83) 22 74, Fax (0 41 83) 23 68, Lindenstraße 14, 21266 Jesteburg.
Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (0 51 91) 97 89 32, Bildungstraße 29, 29614 Soltau

Familienforschung anlässlich des Hauptkreistreffens am 11. und 12. September 2004 in der Stadthalle in Winsen (Luhe) – Wie in den Vorjahren wird bei der vorstehend genannten Veranstaltung der Bereich Familienforschung wieder mit vielfältigen Angeboten vertreten sein. Der Ahnen-Pool, der durch intensive und zeitaufwendige Auswertung aller zugänglichen Informationen – insbesondere durch die Veröffentlichungen der Mormonen im Internet – inzwischen auf beachtliche 169.773 Personen – und 48.478 Familiensätze aus 17.667 Orten und Ortsteilen gewachsen ist, wird von Franz-Jörg Becker aus Leipzig vorgestellt. Anlässlich des Hauptkreistreffens wird Herr Becker wieder allen Interessenten mit seinem PC am Sonnabend und Sonntag für Auskünfte zur Verfügung stehen. Da sich durch die jetzt vorhandene Informationsfülle nicht in jedem Falle die notwendige und richtige Auswahl vor Ort ermöglichen lässt, werden für interessierte Besucher Computerausdrucke sicher die Ausnahme bleiben. Daher sollten interessierte Besucher wegen des sicher wieder zu erwartenden Andrangs am besten ihre Anfragen schriftlich vorbereiten, damit diese dann ohne unnötigen Zeitdruck und mit der notwendigen Sorgfalt bearbeitet werden können. Eine Antwort erfolgt in jedem Falle, wenngleich dafür doch eine gewisse Zeitspanne einzukalkulieren ist. Besonders darf auf die aktuelle Adresse und Telefonnummer hingewiesen werden. Franz-Jörg Becker, Löhstraße 15, 04105 Leipzig, Telefon (03 41) 1 49 47 21. Weiterhin sollte man bei allen Anfragen an den Ahnen-Pool nicht vergessen, ausreichendes Rückporto in Briefmarken beizulegen.

GUMBINNEN



Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73

Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen – Zu dem am 27. November, von 10 bis 15 Uhr im „Landhotel“ in 19372 Spornitz stattfindenden Treffen wird herzlich eingeladen. Es wird wie bei allen bisherigen Treffen wieder ein umfangreiches, informatives und unterhaltendes Programm geboten. Organisation und Auskunft bei Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brickman-Straße 146, 19370 Parchim, Telefon und Fax (0 38 71) 22 62 38.

HEILIGENBEIL



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Bald ist es so weit: Kreisjahreshaupttreffen in Burgdorf – Ja nun wird es spannend – das nächste Kreisjahreshaupttreffen steht vor der Tür. Am 11. und 12. September treffen sich wieder alle in Burgdorf: Alt und Jung – und natürlich freuen wir uns auch über Gäste, die vielleicht noch nie dabei waren. Jeder ist eine Bereicherung. Dabei sei noch mal an die „Diamantene Konfirmation“ erinnert, die im Rahmen des diesjährigen Kreistreffens am 12. September 2004 in der Burgdorfer St. Pankratius-Kirche, am Spittaplatz um 14 Uhr für alle, die 1943/44 im Kreis Heiligenbeil konfirmiert wurden stattfindet. Das sind die Geburtsjahrgänge 1929/30 – für alle Kirchspiele im Kreis Heiligenbeil! Dann sind da noch die Sondertreffen, die Sonderausstellung im Museum,

der Diavortrag über die Reise in den Kreis Heiligenbeil, Mai 2004 von Georg Jenkner und unser Bunter Abend. Wichtig: Diesmal findet das Treffen wieder unter „festem Dach“ mit anständigen sanitären Anlagen im Veranstaltungszentrum Burgdorf, Sorgenstraße 31 statt. Gerade Sie werden erwartet! Lesen auch Sie die „Preußische Allgemeine Zeitung“.

KÖNIGSBERG-STADT



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Königsbergertreffen in Königsberg in Bayern – Liebe Königsberger, damit Sie zum Wochenende, den 28./29. August 2004, nochmals das Programm in Ihrer Zeitung zum Heimattreffen im bayrischen 97486 Königsberg Allee-straße nachlesen können, hier nochmals die Einzelheiten: nach der Öffnung der Veranstaltungsräume am 28. August, 9 Uhr, können Sie die Ausstellung „Die Zerstörung Königsbergs“ besichtigen. 11 Uhr, Begrüßung durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt, sowie Grußwort von Bürgermeister Stubenrauch. Anschließend: Augenzeugenberichte. 13 Uhr, Mittagessen. 14 bis 18 Uhr Videovorführung von Herrn Mattern (1. Stock). 19 Uhr Zeit zum Plachandern. 29. August, 10 Uhr, Geläut der Silberglocke. Lorenz Grimon: christliches Wort und Gedenken an den Luftangriff in der Nacht vom 29. auf den 30. August 1944, anschließend Totengedenken. Grußwort durch Dr. Mett, Bürgermeister a. D. von Königsberg/Bay. 11.30 Uhr, auf Wunsch Stadtführung mit Dr. Mett oder Zeit zum Suchen und Plachandern. Wenn Sie spontan noch anreisen wollen, hier die nötigen Telefonnummern: Stadthalle, Telefon (0 95 25) 17 65 und gegebenenfalls Fremdenverkehrsamt Hassfurt, Telefon (0 95 21) 68 82 27. Gute Anfahrt und ein frohes Wiedersehen wünschen Ihre Geschäftsstelle@stadtgemeinschaft.koenigsberg.de

Gruppe Süd – Du und ich und Ihr in jenem kleinen Garten des Friedens. Hinter ihm ragte wie ein mächtiger Schutzwall das Schloß zu Königsberg, um ihn stand das ganze feste Haus unserer Heimat Ostpreußen. Seit dem es zerbrach, gehen wir, Kinder unserer Stadt, nur noch im Traum, zuweilen durch die alten Straßen der Erinnerung. Und das Bild der Terrasse am Schloßteich von Schwermer, die auch im Feuersturm unterging, ist heute in Fremde und Not unwirklich und trügerisch wie eine Illusion, die das Herz dennoch niemals hergibt. Wir erinnern uns darum auch nach 60 Jahren an die grausamen Bombennächte vom 26./27. August und 29./30. August 1944, wo unsere Kulturreiche ostpreußische Heimatstadt Königsberg mit den Stadtteilen Altstadt, Löbenicht, Kneiphof grausam zerstört wurde. Wir denken an unsere vielen Toten der Heimatstadt, die in den Kellern, in den Trümmern und auf der Straße den Tod fanden. Wir gedenken Ihrer Treue und Verantwortung. Dennoch Du unser gemeinsames Königsberg am Pregel unsterblich bleibt. Dies soll ein Gruß sein und ein Ruf: Nie mehr Krieg, nie mehr gegeneinander, sondern miteinander. Ostpreußen braucht Liebe zu seinem Land und Boden.

Sackheimer Mittelschüler – Die Sackheimer Mittelschüler aus Königsberg feiern ihr Jahrestreffen 2004 vom 2. bis 5. September in der Holsteinischen Schweiz und zwar genau im Intermaar Hotel Malente, Dickseepromenade 2, 23714 Malente. Unser Vorsitzende, Gerhard Minuth, hat für unser Jahrestreffen eine schöne und sehenswerte Landschaft sowie Ort ausgesucht (Trainingscamp der Nationalmannschaft). Auch ein interessantes Tagesprogramm mit dem Ziel Lübeck/Travemünde erwartet alle Teilnehmer. Eingeladen sind alle ehemaligen Sackheimer Mittelschüler und deren Freunde. Wir möchten gern

gemeinsam viele fröhliche Stunden und Tage miteinander erleben. Insbesondere sind die Schulkameradinnen angesprochen, die in der Klasse von Frau Rettig waren und vor 60 Jahren mit dem Reifezeugnis die Schule verließen. Hierzu gehören auch die Schulkameraden der Klasse von unserem Herrn Konopatzki, die ebenfalls im Februar 1944 noch ein Reifezeugnis erhielten. Freuen wir uns auf unser Wiedersehen in Malente-Gremsmühlen mit vielen langjährigen und treuen Mitgliedern.

LABIAU



Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Str. 16, 25693 St. Michaelisdamm/Holstein, Tel. (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, Telefon (04 81) 6 24 85, Lessingstraße 51, 25746 Heide

Einladung zum Hauptkreistreffen – Einladung zu Veranstaltungen anlässlich unseres Hauptkreistreffens 2004 in der Stadthalle Otterndorf/Niederelbe, im Patenkreis Landkreis Cuxhaven am 11. und 12. September 2004. Freitag, 10. September 2004, 19 Uhr, in der Stadtscheune in Otterndorf: Vortrag anlässlich des Kant-Jahrs: „Immanuel Kant – im Spannungsfeld zwischen Deutschen und Russen“ von Dr. Wladimir Gilmanov, Universität Kaliningrad/Königsberg, (Albertina). Sonnabend 11. September 2004, 13 Uhr, Eröffnung der Bilderausstellung in der Turnhalle der Grundschule: „Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war.“ Sonnabend, 11. September 2004, 14 Uhr, im Torhaus Otterndorf, Am Großen Specken: Eröffnung der neuen Ausstellung „Forst und Jagd im Kreis Labiau“ durch den Besonderen Vertreter des Kreisjägersmeisters des Landkreises Cuxhaven, Ahrend Müller und Siegfried Wichmann. Sonntag 12. September 2004, 9.30 Uhr, Kranzniederlegung am Labiau-Gedenkstein, Am Großen Specken, Otterndorf (gegenüber dem Torhaus). Sonntag 12. September 2004, 10.30 Uhr, Feierstunde in der Stadthalle Otterndorf: Begrüßung, Grußworte der Gäste aus unserem Patenkreis. Die Festrede hält Dr. Henning von Löwis of Menar, Redakteur beim Deutschlandfunk, Köln, Ostpreußenkenner und -freund. Anschließend Ostpreußische „Vertellkes“. Wir singen gemeinsam: Land der dunklen Wälder, Ende der Festveranstaltung (gegen 11.30 Uhr). Das Kreistreffen findet am 11. und 12. September jeweils ab 9 Uhr in der Stadthalle Otterndorf statt. Am Sonnabend lassen wir den Abend bei Musik und Tanz ausklingen. Für Speis und Trank ist gesorgt, Marzipan und Meschkinnos sind selbstverständlich. Am Sonntag zeigt Manfred Zink seine Ausstellung: „Labiauer Firmengeschichten“ und „Schulen“. Über Ihr Kommen würden wir uns sehr freuen und wünschen Ihnen eine gute Anreise. Brigitte Stramm, Kreisvertreterin, Hildegard Knutti, Geschäftsstelle.

LYCK



Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Ertstadt-Friesheim. Stellvertreter: n.N. Karteiwart: Siegmund Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Mekenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Hauptkreistreffen in der Patenstadt Hagen – Alle Lycker Landsleute und Freunde unserer Heimat möchten wir auf unser Hauptkreistreffen am 28. und 29. August in der Patenstadt Hagen aufmerksam machen und hierzu recht herzlich einladen. Das Programm für diese beiden Tage sieht folgendes vor: Sonnabend, 28. August, 11 Uhr, Arbeitstagung der Orts- und Bezirksvertreter in den Ostdeutschen Heimatstuben, Hochstraße 74; 13.30 Uhr, öffentliche Kreistagsitzung im Ratssaal der Stadt Hagen, Rathausstraße 13; 14 Uhr, Öffnung der Stadthalle; 16.30 Uhr, Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten von Hagen; 19 Uhr, Heimatabend in der Stadthalle Hagen. Auf die Sitzordnung wird am Sonnabend verzichtet. Sonntag, 29. August, Stadthallenöffnung um 8.30 Uhr; 10 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst in der Johanniskirche am

Markt; 11.30 Uhr, Feierstunde in der Stadthalle Hagen; 13 Uhr, Arbeitstagung des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Clubraum der Stadthalle Hagen; 14 Uhr, Begrüßung, musikalische Unterhaltung, Tanz, in der Stadthalle Hagen. Bitte die Sitzordnung beachten. Ausklang des Treffens gegen 19 Uhr. Für Ihre Zimmerreservierung finden Sie im Hagen-Lycker Brief Nr. 62 eine vorbereitete Postkarte. Einsicht in die Kreiskartei können Sie am Sonntag von 9 bis 17 Uhr in der Stadthalle nehmen. Bitte folgen Sie unserer Einladung und bekunden Sie durch Ihre Teilnahme an diesem Hauptkreistreffen, daß wir Lycker in Treue und Verbundenheit zur Heimat stehen.

OSTERODE



Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Str. 8, 24306 Plön, Telefon (0 45 22) 59 35 80. Geschäftsstelle: Kreisgemeinschaft Osterode Ostpr. e. V., Martin-Luther-Platz 2, Postfach 15 49, 37505 Osterode am Harz, Telefon und Fax: (0 55 22) 91 98 70, E-Mail: KGoeV@online.de. Sprechstunden: Dienstag 9 bis 12 Uhr, Donnerstag 14 bis 17 Uhr

Hauptkreistreffen vom 10. bis 12. September – Mitteilungen zum Hauptkreistreffen vom 10. bis 12. September 2004 in Osterode am Harz: Das Treffen der ehemaligen Osteroder Oberschüler kann im Alten Rathaus/Ratskeller nicht stattfinden. Statt dessen treffen wir uns am Sonnabend, 11. September, 18 Uhr, im „Harzer Hof“. **Für die Thierberger Landsleute** nochmals der Hinweis, daß wir uns im Rahmen des Hauptkreistreffens in Osterode/Harz zum 12. Thierberger Dorftreffen einfinden. Dieses Treffen findet – wie in den Vorjahren – im Restaurant Appel, Zur Alten Harzstraße, 37520 Osterode-Freiheit, Telefon (0 55 22) 29 15, statt. Dort erwarten wir Euch am Freitag, 10. September sowie am Sonnabend, 11. September 2004. Alle Thierberger sind herzlich eingeladen unter dem Motto „Einer sagt's dem anderen – und alle kommen!“ Auf ein gesundes Wiedersehen – Günther Piotrowski, Telefon (04 81) 6 21 07

PREUSSISCH EYLAU



Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, Tel.: (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, E-Mail: lehmann.vinxel@online.de. Anfragen betreffend Versand und Kreiskartei: Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 38, E-Mail: manfred.klein.rositen@malle-tech.de. Termine zum Besuch des Museums im Kreishaus Verden/Aller (Partnerkreis), Lindhooper Str. 67, bitte mit Herrn Klein telefonisch absprechen.

Kreistreffen 2004 – Unser Kreistreffen 2004 findet vom 17. bis 19. September wie gewohnt in Verden statt. Der Vorstand hat sich Mühe gegeben, ein reichhaltiges Programm aufzustellen: Freitag, 17. September: 14 Uhr Sitzung des Gesamtvorstands im Kreishaus, Lindhooper Straße 67; 18 Uhr Empfang für die Teilnehmer des Kreistreffens im Kreishaus, Haupteingang; 20 Uhr Vortrag: Lorenz Grimon, Leiter des Museums Stadt Königsberg in Duisburg, spricht über „Kant und Königsberg“ im großen Saal des Tagungslokals Parkhotel „Grüner Jäger“, Bremer Straße 48; Sonnabend 18. September: 9 Uhr öffentliche Sitzung der Delegiertenversammlung im Kreishaus, Haupteingang; 20 Uhr Heimatabend im großen Saal des Parkhotels „Grüner Jäger“, mit Ruth Geede, den „Schapstalldänzern“ und der bewährten Kapelle; Besichtigungsmöglichkeiten am Tage: Deutsches Pferdemuseum, Verden, Holzmarkt 9, das sich seit dem Jahr 2000 am neuen Standort befindet, von Grund auf neu gestaltet und einen Besuch wert ist; vor dem Haus grüßt der „Tempelhüter“! Historisches Museum im „Domherrenhaus“, Nähe Dom, mit der Ausstellung „Die Verdener Artillerie“ (nicht im Deutschen Pferdemuseum, wie in der Beilage zum Kreisblatt angekündigt); Sonntag, 19. September: 11.15 Uhr Feierstunde am Mahmal im Bürgerpark Verden (nahe Parkho-

tel „Grüner Jäger“, zu Fuß zu erreichen); danach Fortsetzung des Kreistreffens an den Tischen der Ortsgemeinschaften im großen Saal des „Grünen Jägers“ oder weiteren Treffpunkten.

Das Museum/die Heimatstube Pr. Eylau im Kreishaus Verden, ist zur Besichtigung geöffnet: am Freitag, den 17. September, durch den Haupteingang, von 9 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, sowie am Sonnabend, den 18. September, durch den Eingang Ost, von 12.30 bis 15 Uhr; siehe die Wegweiser im Gebäude.

Der Bücherstand im Parkhotel „Grüner Jäger“ bietet Ostpreußen-Literatur, darunter Neues und CD's, auch zum Anhören, sowie die Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: am Freitag von 19 bis 20.30 Uhr, am Sonnabend von 15 bis 19.30 Uhr und am Sonntag von 12.15 bis 16 Uhr. Weitere Hinweise finden Sie in der Mai-Ausgabe des „Preußisch Eylauer Kreisblatt“. Wer das Kreisblatt noch nicht regelmäßig erhält, melde sich bitte bei Manfred Klein (Adresse siehe oben). Verabreden Sie sich rechtzeitig mit Ihren Verwandten und Freunden und buchen Sie früh Ihre Unterkunft: Tourist-Info, Telefon (0 42 31) 80 71 71, www.verden.de, E-Mail: touristik@verden.de. Bis zum Wiedersehen in Verden grüßt Sie herzlich Ihr Martin Lehmann.

PREUSSISCH HOLLAND



Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Telefon (0 48 21) 6 03-3 64, Reichenstraße 23, 25524 Itzehoe

Programm des Hauptkreistreffens 2004 – Das Hauptkreistreffen findet am 11. und 12. September im Hotel/Restaurant Klosterbrunnen, Klosterbrunnen 2, Itzehoe statt. Sonnabend, 11. September: 11 Uhr, Berndt Doege – einstündige Stadtführung, Treffpunkt ist der Rathausinnenhof, Reichenstraße 23; 14 Uhr, Öffnung des Saales Klosterbrunnen; 16 Uhr, historisches Rathaus, Ständesaal, Markt 1–3, öffentliche Sitzung des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft (Tagungsordnung: Bernd Hinz, Kreisvertreter, Begrüßung und Eröffnung, Totenehrung, Grußworte der Patenschaftsträger, Tätigkeitsbericht des Kreisvertreters, Birgit Herdejürgen, MdL, „Die Vertriebenenpolitik im Lande Schleswig-Holstein und die Möglichkeiten einer ideellen und finanziellen Unterstützung durch die Landesregierung“, Schlußwort); gegen 17.45 Uhr, Haus der Heimat, Htm. Klosterhof 19, Besichtigung der Kulturstätte der Kreisgemeinschaft Pr. Holland; 20 Uhr, Saal Klosterbrunnen, musikalischer Heimatabend (Mitwirkende: Volkstanzgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen aus Kellinghusen, Unterhaltungs- und Tanzmusik mit Sigi Tornado); Plachandern und gemütliches Beisammensein; Ende gegen 23 Uhr. Sonntag, 12. September: 10 Uhr, Kranzniederlegung am Ehrenmal Langer Peter, Brunnenstraße; 10 Uhr, Saalöffnung Klosterbrunnen; 11 Uhr, Saal Klosterbrunnen, Veranstaltung des Kreistreffens der Kreisgemeinschaft Pr. Holland (musikalische Einleitung durch den Gesangsverein Sude unter der Leitung von Adalbert Becker), Begrüßung durch den Kreisvertreter Bernd Hinz, Grußworte der Patenschaftsträger, Gesang, Hans-Jörn Arp, MdL, „Die Vertriebenenpolitik im Lande Schleswig-Holstein und die Möglichkeiten einer ideellen und finanziellen Unterstützung durch die Landesregierung“, Ostpreußenlied und Deutschlandlied (3. Strophe), Plachandern und gemütliches Beisammensein, 18 Uhr, Ende der Veranstaltung. Die Bewirtung erfolgt durch das Hotel/Restaurant Klosterbrunnen (Familie Knipping).

WEHLAU



Kreisvertreter: Joachim Rudat, Telefon (0 41 22) 87 65, Klinkerstraße 14, 25436 Moorrege

Hauptkreistreffen 2004 – Unser Hauptkreistreffen findet von Freitag, dem 10. bis Sonntag, dem 12. September 2004 wieder in der schönen Wandelhalle am Kurpark in Bad Nenndorf statt. Am Freitag, ab 15 Uhr, ist die

Landmannschaftliche Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

den Mitgliedern und Gästen.

BADEN-WÜRTTEMBERG



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Lahr – Donnerstag, 2. September, 19 Uhr, Stammtisch in der „Krone“, Dinglinger Hauptstraße 4.

Pforzheim – Sonntag, 12. September, Feiern zum „Tag der Heimat“ in der Sängerkirche.

Stuttgart – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Wartburg, Lange Straße 49. Herbert Muschlien erzählt von seinen Seminaren der 70er Jahre in Bad Pyrmont – Rückblick und Fazit.

BAYERN



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Amberg – Dienstag, 7. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Altstadttheater, Batteriegasse 2.

Bad Reichenhall – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Landgasthaus Hofwirt. Dr. Erwin Keyser hält einen interessanten Arztvortrag.

Erlangen – Donnerstag, 9. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20. Motto der Zusammenkunft „Was wissen wir noch über unser altes Königsberg?“ Zusammen mit Sigrid Heimbürger wird ein „Sparzierring“ durch das alte Königsberg unternommen.

Gunzenhausen – Sonnabend, 11. September, 11 Uhr, Besuch des Kulturzentrums Ostpreußen mit Besuch der Ausstellung „Mit Windkraft und Propeller – Bilder aus Ostpreußens Luftfahrtgeschichte“. Gemeinsame Anfahrt mit dem Pkw, ab 13 Uhr gemeinsames Mittagessen in Ellingen. Anmeldung bei Lm. Thiede, Telefon (0 98 31) 30 49, Mitfahrgelegenheiten mit dem Pkw).

Hof – Dienstag, 7. September, Vorstandssitzung. – Sonnabend, 11. September, Monatsversammlung der Gruppe.

München Nord/Süd – Sonnabend, 4. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5. Gemeinsame Kaffeetafel und Vortrag von Hans-Otto Köbler über Immanuel Kant.

BREMEN



Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 06 68, Fax (04 21) 25 09 29, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Lesum/Vegesack – Sonnabend, 11. September, Tages-Busfahrt nach Haltern im Münsterland mit Besuch des größten Bauernhofs, dem EWG Prickings-Hof, sowie des Museums und anschließender Bootsfahrt auf dem Stausee. Information und Anmeldung unter Telefon (04 21) 63 12 78 oder (04 21) 62 74 55. Gäste sind herzlich willkommen.

HESSEN



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Gießen – Freitag, 10. September, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Mohrungen Stube“. Hildegard Kuranski hält einen Diavortrag über die Geschichte des Bernsteinzimmers. Gäste sind willkommen, der Eintritt ist frei. – 43 Mitglieder und Freunde waren zur Busfahrt in den Westerwald angetreten. Über Herborn fuhr man zur „Fuchskaute“ mit seiner höchsten Er-

hebung von 600 Metern. Nach einer Rast am Wiesensee ging es weiter über Berge und Täler nach Westerbau und Montabaur. Weit blickte man über die abgeernteten Felder. Am Herthasee legte die Gruppe eine kurze Rast im Seerestaurant ein. Wieder fuhren man weiter auf herrlichen Waldstraßen und kurvenreichen Strecken. Nächstes Ziel war Balduinstein an der Lahn. Hier erwartete die Teilnehmer das Fahrgastschiff „Wappen vom Limburg“. Die zweistündige Schiffsreise auf der Lahn bis Limburg beeindruckte sehr. Die idyllischen Ufer riefen Erinnerungen an Bootsfahrten am Spreewald oder auch auf der Kruttna in Ostpreußen wach. Mit diesem Tagesausflug durch das Hessenland hat die Vorsitzende Erika Schmidt den Landsleuten eine schöne Kulturfahrt geboten.

Wiesbaden – Viele Landsleute und Freunde nahmen von ihrem langjährigen Vorstandsmitglied Hans-Peter Kukwa Abschied, der nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren starb. Der gebürtige Königsberger, der als 14-jähriger seine Heimat verlassen mußte, war 21 Jahre Vorstandsmitglied des Vereins und stand von 1989 bis 1992 an dessen Spitze. Ihm lag besonders die Pflege und Bewahrung des heimatischen Lied- und Sprachgutes, der Volkskunst und der ost- und westpreußischen Geschichte und Traditionen am Herzen. So war er von 1984 bis 1991 Kreis-Kulturreferent und von 1979 bis 1986 Bundes-Kulturreferent der LO. Daneben übte er dieses Amt auch in der hessischen Landesgruppe und beim BdV-Wiesbaden aus. Unvergeßlich blieben bei vielen Landsleuten die beliebten sechs Tagefahrten unter dem Motto „Deutschland kennenlernen“, die er mit seiner Frau organisierte, und die als „Kukwa-Reisen“ quasi zu einem Markenzeichen wurden. Für sein Engagement um die Heimat hat sich Hans-Peter Kukwa Respekt und Anerkennung erworben. Verdienstermaßen erhielt er zahlreiche hohe Auszeichnungen der Landsmannschaften und des BdV. Eine krönende Anerkennung seiner Verdienste fand in der Verleihung der Bürgermedaille in Silber der Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Ausdruck. Der Vorsitzende Dieter Schetat hob besonders die Treue des Verstorbenen zu seiner Heimat und sein Wirken in der Landsmannschaft hervor und schloß mit den Worten „Hans-Peter Kukwa wird einen bleibenden Platz in den Herzen der Landsleute und Freunde behalten. Er wird in unserem Gedächtnis weiterleben.“ Wie heißt es so treffend bei Immanuel Kant: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird.“

Keine Berichte
zum
Tag der Heimat

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.

den aus. Unvergeßlich blieben bei vielen Landsleuten die beliebten sechs Tagefahrten unter dem Motto „Deutschland kennenlernen“, die er mit seiner Frau organisierte, und die als „Kukwa-Reisen“ quasi zu einem Markenzeichen wurden. Für sein Engagement um die Heimat hat sich Hans-Peter Kukwa Respekt und Anerkennung erworben. Verdienstermaßen erhielt er zahlreiche hohe Auszeichnungen der Landsmannschaften und des BdV. Eine krönende Anerkennung seiner Verdienste fand in der Verleihung der Bürgermedaille in Silber der Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Ausdruck. Der Vorsitzende Dieter Schetat hob besonders die Treue des Verstorbenen zu seiner Heimat und sein Wirken in der Landsmannschaft hervor und schloß mit den Worten „Hans-Peter Kukwa wird einen bleibenden Platz in den Herzen der Landsleute und Freunde behalten. Er wird in unserem Gedächtnis weiterleben.“ Wie heißt es so treffend bei Immanuel Kant: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird.“

NIEDERSACHSEN



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Bad Bevensen – Der diesjährige Sommerausflug führte die Gruppe nach Hermannsburg. Nach einer kleinen Stadtrundfahrt wurde das Ludwig-Harms-Haus angesteuert, von wo aus die weltweite Missionsarbeit geleistet und gesteuert wird. Nach Begrüßung und anschließendem Diavortrag

trag „Hermannsburg – ein weltbekannter Heideort“ wurde der Gruppe durch Pfarrer Timo Garthe die Möglichkeiten des dortigen theologischen Studiums und die eigentliche Missionsarbeit näher gebracht, woran sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Das leibliche Wohl kam natürlich auch nicht zu kurz. Eine gemütliche Heimfahrt durch die schöne Heide Landschaft beendete einen interessanten, sehr informativen und auch schönen Tag. Abgesehen von den kulinarischen Genüssen – das Ludwig-Harms-Haus muß man erlebt haben.

Delmenhorst – Dienstag, 7. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Delmeburg“. – Dienstag, 7. September, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der Heimatsstube, Louisenstraße 34.

Osnabrück – Sonnabend, 23. Oktober, 9 Uhr, besucht die Gruppe die Theateraufführung „Die Reise nach Tilsit“ der Dittchenbühne Elmshorn. Die Abfahrt erfolgt ab Osnabrück, Busbahnhof für Überlandbusse (nahe Hauptbahnhof). Auf der Rückfahrt (24. Oktober) wird das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg besucht. Anmeldungen nehmen Xenia Senfuß, Telefon 43 07 51 und Gertrud Franke, Telefon 6 74 79, bis zum 18. September entgegen.

NORDRHEIN-WESTFALEN



Vors.: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Montag, 6. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 9. September, 15 Uhr, Ostpreußischer Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei im Zwischengeschloß, GH. – Donnerstag, 9. September, 14 Uhr, Wandertreff im Hauptbahnhof, Infostand. Fahrt nach Ratingen-Hösel zum Oberschlesischen Landesmuseum. – Donnerstag, 9. September, 18 Uhr, Eröffnung der Rußlanddeutschen Kulturtage, Eichendorff-Saal, GH. – Freitag, 10. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Pils, Schlesische Straße 920, erreichbar mit den Bussen 721, 722 oder 724 bis Haltestelle „Richardstraße“.

Hemer – Mittwoch, 8. September, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Gilmanow „Kant im Spannungsfeld zwischen Deutschen und Russen“ im Martin-Luther-Haus. – Donnerstag, 9. September, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Gilmanow „Chancen und Risiken der EU-Erweiterung für Königsberg“ im Martin-Luther-Haus. Auskünfte zu beiden Veranstaltungen erteilt Klaus Lemke, Telefon (0 23 72) 1 29 93. – Die Gruppe erinnert an Ihre vor 55 Jahren erfolgte Gründung. Am 8. Oktober 1949 erfolgte die Gründungsversammlung unter Leitung von Fritz Augustin. Im Zeichen des Kantjahrs wurde zu Beginn dieses Jahres eine Anfrage durch den Vorstand an die Stadtverwaltung Hemer gerichtet, mit der Bitte um Prüfung einer Anbringung eines Legendenhinweises auf Immanuel Kant. Trotz angespannter finanzieller Situation der Stadt, stimmte der Rat der Stadt dem Antrag auf Anbringung eines Legendenhinweises zur Kantstraße zu. Seit Anfang August ist die Kantstraße mit folgendem Hinweis versehen: „Immanuel Kant, Philosoph, studierte u. a. Naturwissenschaften, Theologie, Professor der Logik u. Metaphysik, geboren 22. April 1724 Königsberg – gestorben 12. Februar 1804 Königsberg“.

Köln – Dienstag, 7. September, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Kolpinghaus, St. Aporn/Helenen Straße. Frau Bartel hält einen Bericht „Ostpreußen 2004 – eine Zugreise“.

Neuss – Donnerstag, 2. September, 15 Uhr, „Tag der offenen Tür“ in der Ostdeutschen Heimatsstube, Oberstraße 17. Es gibt Kaffee und Kuchen sowie einen Diavortrag über Masuren.

Schwelm – Sonntag, 12. September, „Tag der Heimat“ (bei Weidner am Brunnen, Leckermeulchen, Hauptstraße 184).

Witten – Sonntag, 12. September, 16 Uhr, „Tag der Heimat“.

RHEINLAND-PFALZ



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz – Sonntag, 12. September, der „Tag der Heimat“ in Rheinland-Pfalz fällt aus.

SACHSEN-ANHALT



Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löschner-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Giersleben – Donnerstag, 9. September, 14 Uhr, Frauennachmittag in der Seniorenbegegnungsstätte Giersleben.

Magdeburg – Sonnabend, 4. September, 13.30 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Stadthalle Magdeburg, Rotehorn. – Dienstag, 7. September, 16.30 Uhr, Vorstandsberatung in der Gaststätte SV Post. – Freitag, 10. September, 16 Uhr, Singkreis im TUS Neustadt. – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.

Salzwedel – Sonnabend, 11. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“.

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Neumünster – Die Augustveranstaltung der Gruppe stand ganz im Zeichen des Vortrages „Einfluß der Hugen-

notten auf Ostpreußen“ des Landeskulturreferenten Edmund Ferner. Nach der Kaffeetafel hielt Lm. Ferner sein sehr interessantes Referat, das auch schon bei der Gruppe Bad Schwartau (PAZ/OB Folge 31) auf großes Interesse stieß. Lieselotte Juckel dankte dem Referenten für den ausführlichen Bericht mit einer Flasche Bärenfang. ■

HÖRFUNK UND FERNSEHEN

Sonnabend, 28. August, 22.05 Uhr, Vox: Spiegel TV Spezial – „Das Dritte Reich in Farbe“.

Montag, 30. August, 21.45 Uhr, ARD: Die gekaufte Freiheit – Freikauf von DDR-Bürgern (1/2).

Montag, 30. August, 22.45 Uhr, Arte: Hitlers Hitparade – Musik als Nazipropaganda.

Montag, 30. August, 22.45 Uhr, Bayern: Deutsche Spurensuche in Kroatien.

Dienstag, 31. August, 20.15 Uhr, ZDF: Masuren – Im russischen Grenzland.

Mittwoch, 1. September, 20.40 Uhr, Arte: Beutekameraden – Polnische Soldaten in der Wehrmacht.

Donnerstag, 2. September, 23 Uhr, ZDF: Bin Laden – Dynastie des Terrors.

Freitag, 3. September, 20.15 Uhr, WDR: Paris – Sommer 1944.

Freitag, 3. September, 20.15 Uhr, 3 sat: Hitlers Krieg im Osten – „Der Wendepunkt“.

Sonnabend, 4. September, 10 Uhr, NB-Radio: „Deutsche Heimatvertriebene und ihre Nachkommen sprechen über ihr persönliches Schicksal“.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Hans-Jürgen Mahlitz

(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Chef vom Dienst, Leserbrief, Büro: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** S. Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartals-

ende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (040) 41 40 08-0

Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32

Fax Redaktion (040) 41 40 08-50

Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41

Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51

<http://www.preussische-allgemeine.de>

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

<http://www.LM-Ostpreussen.de>

Bundesgeschäftsstelle:

info@LM-Ostpreussen.de

Pressestelle:

presse@LM-Ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Wandelhalle mit allen Räumlichkeiten für die Landsleute geöffnet. Der komplette Service des Personals vom Parkhotel steht uns dort zu Verfügung. Nutzen Sie diese Zeit zur Information über die Heimattorte und den Heimatkreis. Schauen Sie die Bilder an, die im letzten Jahr dazugekommen sind. Überprüfen Sie Ihre persönlichen Daten in der Heimatkreisakte und geben Sie uns fehlende Daten und auch die Daten Ihrer Familienangehörigen auf. Wenn Sie die Kreisgemeinschaft durch Ihre Mitarbeit unterstützen möchten, sprechen Sie bitte die anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Kreisgemeinschaft an. Nun das offizielle Programm: Freitag, 10. September, 15 Uhr, Saalöffnung, Zeit für die Sonderausstellung, für den Bücherstand, für den Kauf von Königsberger Marzipan und Bernstein. Nach dem Abendessen kommt der Zauberkünstler Jürgen Kalwa und der Alleinunterhalter Wilfried Stemmer sorgt für fröhliche Musik zu der auch getanzt werden kann. Sonnabend, 11. September, 9 Uhr, Saalöffnung, Zeit für den

Austausch untereinander, für Gespräche mit Freunden, Nachbarn und Verwandten, für die Besichtigung der Sonderausstellung und zum Stöbern an unseren Verkaufsständen. 20 Uhr, großer bunter Abend mit dem Humoristen „Benny“, mit dem Tanzkreis Hast in ihren historischen Kostümen und unserem Alleinunterhalter, der auch zum Tanz aufspielt. Sonntag, 12. September, 8.30 Uhr, Saalöffnung; 9.30 Uhr, Niederlegung von Blumen am Agnes Miegel Denkmal; 10.30 Uhr, Feierstunde im großen Saal, Begrüßung durch den Kreisvertreter Joachim Rudat, Totenehrung, Ehrungen, Grußworte, Festansprache durch Hans Heckel, Schlußwort, Ostpreußenlied; 17 Uhr, Ausklang. Für den Zeitraum der Feierstunde erwarten wir von allen Teilnehmer, daß sie ihre Interessen im Sinne des Ganzen zurückstellen. Die übrigen Termine sind Angebote, die jeder nach Belieben wahrnehmen kann. Wir würden und freuen, wenn wir wieder viele Landsleute begrüßen dürften. Unterkünfte durch Kur- und Verkehrsverein, bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 34 49, (0 57 23) 1 94 33 oder direkt beim Parkhotel „Deutsches Haus“, Bahnhofstraße 22, Telefon (0 57 23) 9 43 70. ■

Urlaub / Reisen

REISE-SERVICE **BUSCHE**
Über 30 Jahre Busreisen *Ihr Spezialist für Ostpreußen*

Reisen in den Osten 2004

Unseren Sonderkatalog, der auch Reisen nach Pommern, West- und Ostpreußen, Danzig, Königsberg, Nidden, Memelland, Baltikum, St. Petersburg, Masuren und Schlesien enthält, können Sie kostenlos bei uns anfordern.

Vergleichen Sie unser Preis-Leistungs-Verhältnis. Es lohnt sich!

Reisen ab 30 Personen

für geschlossene Gruppen, Vereine, Landsmannschaften, Orts-, Kirchen- und Kreiskgemeinschaften etc. werden nach Ihren Wünschen organisiert.

Rufen Sie uns an. Wir beraten Sie gerne.

Alte Celler Heerstraße 2, 31637 Rodewald
Telefon 0 50 74/92 49 10, Fax 0 50 74/92 49 12
www.busche-reisen.de • E-Mail: info@busche-reisen.de



Busreisen

Schiffsreisen

Flugreisen

Nach Litauen und Memelland

Buchen Sie Ihre komplette Reise mit Aufenthalt in unserem Seehotel schon ab 420,- Euro (p. P. im DZ mit HP).

- Herrliche Waldlage
- Leihwagenvermietung an Hotelgäste
- Individual- und Gruppenausflüge
- Königsberger Gebiet (inkl. Visum)
- Kurische Nehrung (auch Badeurlaub)
- Schiffstouren ins Memeldelta
- Programme für Naturfreunde und Vereine

Neu ab 2004: Ausflüge nach Lettland

Kataloganforderungen und Infos in Deutschland unter:

Tel.: 0 53 41/5 15 55 Tel.: 0 57 25/54 40 Tel.: 0 48 72/94 20 50
Fax: 0 53 41/55 01 13 Fax: 0 57 25/70 83 30 Fax: 0 48 72/78 91
E-Mail: ClaudiaDroese@t-online.de E-Mail: s.gruene@freenet.de schmidt@laimute.de

Individualreisen nach Ostpreußen

Mit Kleinbussen oder PKW.

Memel-Königsberg-Allenstein.

Visabeschaffung für Rußland,

Dolmetscher, Stadtführer,

preisgünstige Unterkünfte

in Polen, Rußland & Litauen.

REISEDIENST „EINARS“

10409 Berlin, Pieskower Weg 31

Tel&Fax 030/4232199+www.einars.de

9 T. Herbst in Masuren, 385 € p. P. HP-DZ inkl. Programm
15. 09. bis 23. 09. 04
Masuren, Danzig, Allenstein, Osterode und viel Extras
SCHEER-REISEN, Leonhardstraße 26
42281 Wuppertal, Tel. 02 02/50 00 77, Fax 50 61 46
E-Mail g.scheer@scheer-reisen.de

Königsberg · Masuren
Danzig · Kurische Nehrung
DNV-Tours · Tel. 07 154/131830

Immobilien

Tilsit (Sowjezk) Massivhaus (1993), 6 Zi., 132/1500 qm, Vollkeller, ZH, Ww, Tel., Garage, Nebengeb., Obstgarten, Metallzaun, zu verkaufen, VB 45 000 €, Tel. 0 43 36 / 2 03

Grömitz/Ostsee, Haus Danzig, Claus + Ilse Plog, Zi. m. Super-Frühst., Telefon 0 45 62 / 66 07 oder 01 73 / 9 33 90 75

Verschiedenes

Super Acht – N 8 und 16 mm Film auf Video übersp. Studio Steinberg, 0 40 / 6 41 37 75

Suchanzeigen

Wer kann Auskunft geben über meinen Vater **August Pettkus**? Er wurde im Okt. 1880 in Manuslauken, Kr. Heydekrug, geboren. Laut Erzählungen erhielt er bei seiner Tante auf Gut ...? eine Ausbildung zum Reit- u. Fahrlehrer. Diesen Beruf übte er nach seiner Übersiedlung 1900 nach Duisburg bei einer Familie Böllert auch aus. Nachr. erb. Ewald Pettkus, Konstanzer Straße 23, 47249 Duisburg.

Hallo Landsleute, suche Heimatliebende Landsleute beim Aufbau meiner Farm bei Königsberg. 1500 ha Grund, hiervon 500 ha Eigentum sowie Gebäude und Basis vorhanden. Ich bin auf der Suche nach stillen oder aktiven Teilhabern zum Aufbau des Maschinenparks, Aussaat, ... Ich bin Agronom mit eigenem Hof in NRW, stamme selbst aus Preußisch Eylau. Kontakte über 0 28 23/9 81 03 oder 01 70/2 81 00 09, Fax 0 28 23/9 81 80

Suche alte ostpreußische Kleiderbügel aus Holz vor 1945, außerdem Andenkenporzellane, Gläser und Wappentassen. Angeb. erb. Jean Maronn, Wakenitzmauer 42, 23552 Lübeck, Tel. 04 51/7 87 34

Gesucht: Adressbuch von Liegnitz 1938 oder vorher. Angebot unter: 0 60 33/7 27 83

Bekanntschaften

Ostpr. Witwe, 73/1,65, ist des Alleinseins sehr müde und sucht einen neuen Anfang. Sie weiß, was sie will – Geborgenheit, keine Oberflächlichkeit. Ehrlichkeit und Treue sind sehr wichtig! Gibt es Männer, 70–75 J., die auch alleine sind, sich angesprochen fühlen und ein Auto haben? Chiffre 41411

Familienanzeigen

Marie Elisa freut sich über Verstärkung, ein Cousinchen!

Pia Felicia Rudzio

* 11. 8. 2004

Mit ihr freuen sich die Eltern, David Frederic als Bruder und die ganze Verwandtschaft.

Bekannt geben dies die glücklichen Großeltern Ilse und Horst Schlomm aus Hoverbeck, Kr. Sensburg

In memoriam

Anlässlich des 100. Geburtstages gedenken wir unserer geliebten Mutter

Elfriede Pelzer

geb. Gillmann

* 28. 8. 1904 in Zoppot/Westpr.

† 5. 10. 1983 in Wolfenbüttel

Ihre unerschütterliche Treue und Tapferkeit in schwerer Zeit waren für uns stets ein Vorbild.

Gleichzeitig gedenken wir unseres ebenso geliebten Vaters

Erich Pelzer

Bezirkszollkommissar in Prostken/Krs. Lyck

* 14. 9. 1896 in Trimmiau/Krs. Wehlau

1945 vermisst bei Tannenberg/Ostpr.

ihre vier Kinder

Nachruf

Siegfried Kalkschmidt

* 9. 9. 1917 in Klemenswalde/Neusorge in Ostpreußen
† 27. 7. 2004 in Gifhorn/Rethen

Maria Kalkschmidt, geb. Schichta und Kinder

Südstraße 12, 38533 Vordorf/Rethen, im August 2004

Leistung, die überzeugt!

Ihre Anzeige und

Preußische Allgemeine Zeitung

Geschäftsanzeigen

Krampfadern ?

Behandlung ohne Operation !

Durch die moderne **ultraschallkontrollierte Verödungstherapie** können Sie sich in nur 4 Tagen im **Sanatorium Uibeleisen** in Bad Kissingen behandeln lassen. **Ohne Operation, ohne Narben!**

Fordern Sie unser kostenloses Informationsmaterial

„**Krampfaderbehandlung ohne Operation**“ an.

bei Herz-, Kreislauf-, u. Stoffwechselerkrankungen:

Bewegungstherapie nach neusten Erkenntnissen !

Bewegung ist Leben ! ist das Motto unseres exklusiven Hauses.

Herz-Kreislauf, Stoffwechsel-, Magen-Darm-, innere und orthopädische Erkrankungen werden von **Fachärzten** behandelt. Fachabteilung für **Kardiologie**.

Besonders: komplexe Therapieverfahren: **Biomechanische Muskelstimulation** (z.B. nach **Schlaganfall**), Schmerzlasersbehandlung, Bewegungstherapie, Kältekammer bis -110°C, zwei Schwimmbäder (30°C), Wirbelsäulen-Schwingtisch bei **Rückenbeschwerden**, **Osteoporose?** Auch hier haben wir ein vielfältiges **Therapieprogramm**. Biologische Entgiftungskur, Aufbaukuren nach verschiedenen Verfahren, **Kolon-Hydrotherapie** bei chronischen **Darmerkrankungen** und zur **Entgiftung**.

Bei **KUREN** Abrechnung über **KRANKENKASSEN** und **BEIHILFESTELLEN** möglich!

Vollpension im Einzel- oder Doppelzimmer

NUR 59,- € p.P./Tag

Pauschalkur einschl. allen ärztlich verordneten Therapieanwendungen,

Anfangs- Zwischen- und Schlussuntersuchung

NUR 98,- € p.P./Tag

immer enthalten: alle Mahlzeiten mit **Getränken**, Nachmittagskaffee, Obst und Mineralwasser fürs Zimmer.

günstiger Fahrdienst: Hin- u. Rückfahrt 80,- bis 180,- € je Person
Fordern Sie unverbindlich und kostenlos unseren ausführlichen Hausprospekt an!

Sanatorium Uibeleisen

Prinzregentenstr. 15 • 97688 Bad Kissingen

Telefon: 0971/9180 • www.uibeleisen.de

Zum
100. Geburtstag
meiner Mutter



gedenke ich meiner lieben Eltern

Charlotte Borchert

geb. Buchwald

* 31. 8. 1904

Treptow/Toll.

† 12. 10. 1991

Hannover

Karl Borchert

* 11. 1. 1899

Wartenburg

† 11. 11. 1988

Hannover

aus Königsberg Pr., Hammerweg 15a

Karin Borchert

Meisenwinkel 7, 30459 Hannover



Multiple Sklerose?

Wir lassen Sie nicht

alleine! Aufklären,

beraten, helfen.

0 18 05/77 70 07

DMSG

DEUTSCHE MULTIPLE SKLEROSE GESELLSCHAFT

Bundesverband e.V., Kösterstraße 8, 30519 Hannover
Tel.: 05 11/9 68 34-0, Fax: 05 11/9 68 34-50
E-Mail: dmsg@dmsg.de, Internet: www.dmsg.de

Ich schreibe Ihr Buch
040-27 88 28 50

anzeigen@preussische-allgemeine.de

R. G. Fischer

Autoren gesucht!

R. G. Fischer

Seit 25 Jahren publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekannten Autor/innen: Biographien, Romane, Erzählungen, Gedichte, Sachbücher. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich. Schicken Sie es uns vertraulich zu – es kommt in gute Hände!

R.G. FISCHER VERLAG

Orber Str. 30 • 60386 Frankfurt

Tel. 069/941 942-0

Kompetenz & Qualität

Frieling & Partner, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlichen zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handwerkliche Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.

Maßgeschneiderte Konzepte für jeden, der schreibt!
Fordern Sie **Gratis-Informationen** an.

Verlag sucht Autoren



Verlag Frieling & Partner GmbH • Hünefeldzeile 18 O • 12247 Berlin
Tel. (0 30) 766 99 90 • Fax (0 30) 774 41 03 • www.frieling.de



Heute verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Onkel und Schwager

Manfred Schulz

* 3. 9. 1928

Schönlinde

Kr. Gerdauen

† 12. 8. 2004

In stiller Trauer

Werner Schulz

im Namen aller Angehörigen

Traueranschrift: Gertrud Schulz, Brinkstraße 140, 46539 Dinslaken
Die Beerdigung fand am 18. August 2004 statt.



Plötzlich und unerwartet entschlief am 16. August 2004 mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa und Schwager

Bruno Böhm

* 16. 2. 1928

aus Tannsee

† 16. 8. 2004

aus Tannsee

Traute Böhm, geb. Kalies und Angehörige

Massower Straße 48, 23879 Mölln

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

»Volksparteien« repräsentieren das Volk nicht mehr

Betr.: „Das Ende der Volksparteien“ (Folge 28)

Schon wieder muß ich an die Schreibmaschine – diesmal geht es um meinen ganz persönlichen Dank für Ihren Leitartikel in der jüngsten PAZ-Ausgabe. Hinter Ihre Überschrift „Das Ende der Volksparteien?“ gehört kein Frage-, sondern ein Ausrufungszeichen! Setzen Sie bei ihren entscheidenden Fragen bitte kein Fragezeichen. Ich erlaube mir (als ehemaliges uraltes CDU-Mitglied und sicher im Verein mit Millionen Deutschen), ohne Wenn und Aber zu formulieren: Die sogenannten Volksparteien repräsentieren das Volk nicht mehr – sie haben sich längst dieses Staates bemächtigt (von Weizsäcker: „Sie haben sich den Staat zur Beute gemacht“) – bedienen sich seiner, als sei er ihr Eigentum.

Der Strafrechtler Professor Wetzel, einer meiner Lehrer an der Alma Mater Göttingen nach meiner Rückkehr aus Krieg und Gefangenschaft,

stellte oft schmunzelnd fest: Der Blick in das Gesetz klärt manchen Zweifel.

Allen europäischen Staaten liegt ein Verfassungsentwurf vor, der in Länge, Umständlichkeit und Grundtendenz nichts Gutes für Europas Zukunft verheißt, der der Genehmigung durch alle Nationen bedarf.

Viele EU-Mitgliedsstaaten rufen ihre Bürger an die Urnen. Nicht so die Bundesregierung und die überwiegende Mehrheit des Deutschen Bundestages! Sie halten sich selbst für kompetent und natürlich auch sachkundiger als die „blöden Bürger“.

Noch nirgends wurde in jüngster Zeit mit Blick auf die nicht selten als „Monstrum“ bezeichnete EU und ihre vorgesehene Verfassung auf das Widerstandsrecht aller Deutschen hingewiesen, wenn es denn – wie mangels Volksabstimmung gegeben – um die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung geht.

Wer wird aktiv, wer nimmt die Initiative in die Hand und wie ist in der angedeuteten Richtung vorzugehen? Mit Aufrufen „Auf die Barrikaden“ oder wortgewandten Populisten oder tatsächlichen Diktatoren wird man dem Ernst der heutigen Gefährdung unserer demokratisch konzipierten Rechtsordnung nicht gerecht.

Patentrezepte kann und darf es nicht geben. Wir brauchen partei- und auch weiterhin unabhängige, integrationsbereite, lebens- und berufserfahrene sowie vor allem mutige Männer und Frauen, die sich für öffentliche Belange, sprich das öffentliche Wohl, verantwortlich fühlen und selbstlos einsetzen wollen – denen Europa und seine machbare Zukunft am Herzen liegen, ohne Deutschland mit seiner überwiegend beachtens- und liebenswerten Geschichte zu vernachlässigen oder gar auszuklammern.

Dr. Hans Georg Hess, Wunstorf-Idensen

Wolfgang Thünes Gedankengänge sind richtig

Betr.: „Das Geschäft mit der Angst“ (Folge 26)

Wolfgang Thüne versucht in diesem Beitrag nachzuweisen „... daß die Lüge nicht nur die häufigste menschliche Sünde ist, sondern von den eigentlich überflüssigen ‚Klimaexperten‘ als wichtigster Treibstoff zur Finanzierung ihres aufwendigen, aber nutzlosen Forschungsbetriebes entdeckt worden ist. Sie kommen von der Lüge nicht mehr los.“ Gemeint ist hier die Erderwärmung, vermeintlich verursacht durch eine Erhöhung des Dioxidanteils in der Atmosphäre, verursacht durch Verbrennen fossiler Stoffe. Doch sollte man wissen, daß solche Ergebnisse ausschließlich auf Computermodellen basieren. Wolfgang Thüne meint, und dies ist wohl auch richtig, daß trotz einkassierter „Klima-

schutzgelder“ der Staat das Wetter nicht beeinflussen kann. Obwohl der Staat genau wissen muß, „daß Klima nichts anderes als ‚Wetterstatistik‘ ist? Wer das Wetter nicht ändern kann, keine Macht über Blitz und Donner hat, der hat auch keinen Einfluß auf das ‚mittlere Wettergeschehen‘, genannt Klima.“ Hier spätestens sei die Frage erlaubt: Kann der Mensch das Wetter – wohl gemerkt das Wetter – wirklich nicht beeinflussen, nicht manipulieren?

Wolgangs Thünes Gedankengänge sind, was die Klimadiskussion, insbesondere in Deutschland angeht, richtig und ihm ist zuzustimmen. In der Tat werden wir, die Bürger dieses Staates, mit bewußten Lügen abgezockt; siehe Ökosteuer auf Benzin. Jetzt, da der Benzinverbrauch rückläufig ist, beginnt das große Jam-

mern. Und schon wieder wird erhoben, die Ökosteuer zu erhöhen. Zum Schluß: Wir dürfen nicht vergessen, daß auch der Mensch ein Teil des Ökosystem auf diesem Planeten ist. Er nimmt in diesem System absolut keine Sonderstellung ein. Es mag noch so kluge Menschen geben, die den Menschen den vermeintlichen Sinn ihres Lebens und ihres Seelenlebens erklären können, die Natur aber läßt sich nicht betrügen, nicht austricksen. Sie ist immer die Stärke, so lange die Sonne scheint. Und wer gegen diese Natur, gegen die fundamentalen Naturgesetze verstößt, wenigstens auch über Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinweg, der wird bestraft, letztlich mit dem Tode. Bleib die Erkenntnis: Der Mensch ist sich selbst sein größter Feind.

Klaus Glagau, Münster

CDU: Lack ist ab

Betr.: „Große Koalition der Hehler“ (Folge 27)

Natürlich weiß ich, daß demokratische Ordnungen nicht fehlerfrei sind. Die Mängel gehören einfach dazu, sie sind menschlich, und so ist ja auch Demokratie.

Daß Kohl in so einer grundsätzlichen Frage von Anstand und Moral gelogen hat, konnte ich nie begreifen. Ich hatte ihn einmal sehr verehrt, aber der Lack ist schon lange ab. Und wenn ich an sein Bemühen denke, sein „staatsmännisches“ Tun, das die Stasi abgehört hat, seinen Mitbürgern vorzuenthalten, dann ist mir alles andere als wohl.

Von Rot-Grün war nichts anderes zu erwarten. Diese Damen und Herren hatten für die Enteigneten und auch für die Vertriebenen und Spätheimkehrer nie viel übrig. Aber von der CDU hätte ich doch anderes erwartet.

Günther Rosen, Bremen

Das schönste Wort

Betr.: Das schönste Ostpreußische Wort

Meine ostpreußische Oma nennt mich und meine Geschwister bei Liebkosungen einfach: „Du-chen“. Ich finde das Wort sehr schön, besonders wenn Oma so weich und zärtlich „Du-chen“ sagt. Daher ist dieses Wort das schönste ostpreußische Wort.

Und noch eins: Meine Oma ärgert sich immer, wenn es heißt „Die Masuren“. Können Sie das nicht verbieten?

Jonas Stiegler, Oettingen im Ries

Keinesweg »mitten« im Krieg

Betr.: „Kampf gegen Frau ‚Gicht‘“ (Folge 31)

Zu dem obigen Artikel der Autorin Silke Osman, der die Ausstellung über den wohl berühmtesten Pyrmonter Kurgast beschreibt, möchte ich folgendes mitteilen: So wird berichtet, daß Friedrich der Große während seiner Kur in Pyrmon von der hannoverschen Regierung im Auftrag jener in London bespitzelt worden sei, denn schließlich habe man sich mitten im Zweiten Schlesischen Krieg befunden.

Die Bespitzelungen haben tatsächlich stattgefunden. Nur man befand

sich nicht „mitten“ im Krieg, denn der begann erst am 15. August 1744 (Hinweis auf „Die Kriege Friedrichs des Großen“, Band I, „Der Zweite Schlesische Krieg“, herausgegeben vom Großen Generalstabe, Verlag Mittler und Sohn, Berlin 1895). Friedrich der Große weilte vom 2. Mai bis 9. Juni 1744 in Pyrmon. Sein zweiter Kuraufenthalt fand nach diesem Krieg vom 17. Mai bis 8. Juni 1746 statt.

Man kann sich meines Erachtens auch nicht vorstellen, daß dieser König seine Soldaten in den Krieg schickte, während er sich bei einer Kur erholte.

Manfred Kehlert, Laatzen

Zwei Seelen in der Brust des Herrn von Dohnanyi

Betr.: „Die Einheit Deutschlands verbieten“ (Folge 24)

Herr von Dohnanyi macht einen gewaltigen Fehler in seiner Logik dieses Artikels. Zuerst beschreibt er sehr richtig, wie ein von Haß diktiert Friedensvertrag von Versailles dafür verantwortlich wurde, extrem nationalistische Bewegungen in Deutschland zu erwecken. Allerdings beurteilt er dann eine von sogar noch größerem Haß diktierte Annexion ostdeutscher Provinzen durch Polen und Rußland nach dem Zweiten Weltkrieg folgendermaßen als einen geradezu „positiven Faktor“: „Sogar die für Deutschland so schmerzliche endgültige Klärung der Grenzen, der Besiedlungen und Sprachen gehört im Osten letztlich als positiver Faktor hierher.“

Offensichtlich trägt Herr von Dohnanyi in der Frage völkischer Gerechtigkeit und der Folgen eines

Fehlens derselben zwei Seelen in seiner Brust. Wenn man betrachtet, daß die allgemeine Bevölkerung eines jeglichen Landes nach den Satzungen des Völkerrechts und der Uno niemals kollektiv schuldig gesprochen werden darf, so waren die Bestrafungen der Deutschen nach den Ersten und Zweiten Weltkrieg total völkerrechtswidrig! Wenn sich das heutige Deutschland als „Rechtsstaat“ bezeichnen will, so war die Abtretung der deutschen Ostprovinzen ohne ein Plebiszit innerhalb der angestammten Bevölkerung ebenfalls völkerrechtswidrig!

Wenn man sich mit der Geschichte der Menschheit länger befaßt, so entdeckt man, daß jede Nation eine „automatische Geschichtserinnerung“ in sich trägt, die oft weit über Jahrhunderte zurückreicht. So darf man auch getrost annehmen, das die 700 bis 1.000 Jahre lange Geschich-

Deutschlands Ruin ist eingeläutet

Betr.: „Nation, Gott, Kultur, Tugenden?“ (Folge 29)

Für Deutschlands „Politkaste“ gibt es auch 59 Jahre nach Kriegsende nur noch das eine Thema – Vergangenheitsbewältigung der NS-Zeit. Dafür ist der Geldfluß schier unerschöpflich, obwohl das Armenheer auf den Straßen fast beängstigende Formen erreicht hat. Mit der sogenannten „Schuldkeule“ wird in diesem Lande jeder Kritiker sofort erschlagen, der es wagt, auch Tabus anzusprechen.

Möge dies dem neuen Hoffnungsträger, dem Bundespräsidenten, nicht auch noch zum Verhängnis werden!

Das neue Zuwanderungsgesetz ist zwar nach langem Tauziehen durch-

gepeitscht, doch in ihm ist bereits das Einfallstor für Mißbrauch und Mißverständnis weit geöffnet. So hat der Zentralrat der Juden in Deutschland schon jetzt höheren Finanzbedarf angefordert, zumal er mit einem 80prozentigen Zuwanderungsanstieg in den Gemeinden rechnet. Dazu soll im Spätsommer 2005 in Berlin auch noch ein Sinti- und Roma-Mahnmal errichtet werden. Neben den hohen Baukosten werden dem Steuerzahler dann auch noch die alljährlichen Bewachungskosten aufgebürdet. In Reichstagsnähe ist damit für die vielen Mauertoten und vertriebenen Landsleute kein Plätzchen mehr für ein einfaches Holzkreuz.

Die sogenannten 68er haben endgültig Deutschlands Ruin eingeläutet.

Dr. W. Hanau, Berlin

Mit Witz und Ironie

Betr. Pannonicus (Folge 33)

Euer Pannonicus ist wieder zur Hochform aufgelaufen, Seite 2 und 24. Mit Witz und Ironie hat er, was in Deutschland die Politikerkaste verzapft, glossiert. Nur weiter so, denn Humor dieser Art ist auch gut. Gibt es diese Sprüche auch in Buchform?

Horst Polakowski, Gernsheim

Worin sieht man das Problem?

Betr.: „Fällt Spanien auseinander“ (Folge 31)

Worin sehen Ihre Autoren das Problem, wenn autochthonen ethnischen Gruppen ihre natürlichen Rechte – freilich möglichst auch unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen ihrer Nachbarvölker – gegeben werden? Hätte man dies

den Deutschen gegenüber getan, wären uns mehrere Vertreibungswellen durch die „Sieger“ zweier Weltkriege und der Welt ein leider immer noch weitverbreitetes Denken in solchen perversen Schablonen erspart geblieben.

Anna Korzeniewicz und Thomas Wyrwoll, Frankfurt a. M.



Wer ist für diese Gedenktafel verantwortlich? Diese Gedenktafel auf dem Gelände des Krematoriums an der Cranzer Allee hat mich total geschockt. Es sind Opfer aus Königsberg i.Pr.!

Christel Nöring, Willich

te des „wirklichen“ Vorkriegs-Ostdeutschlands für mehrere Jahrhunderte unvergessen bleibt.

Wenn auch ein allgemeiner Wohlstand unter den Vertriebenen und ihre Anpassung an Westdeutschland momentan zu dem Gedanken verleiten, daß alles „vergeben und vergessen sei“, es bedarf nur erneuter politischer Ereignisse und Umstände, um die Erinnerung an das Geräubte sowie die Umstände des Raubzuges selbst zu erwecken. Außerdem erinnert jeder Weg und fast jeder Stein im ehemaligen Ostdeutschland an seine große deutsche Geschichte.

So etwas in die Vergessenheit zu drängen, dürfte alle menschlichen Maße einer Möglichkeit übersteigen. Ein wirklicher Friede und eine wirkliche Versöhnung kann daher nicht aus den Wurzeln der heute gegebenen Machtumstände er-

wachsen. Es bedarf der Täter und der Opfer, gemeinsam eine ganz neue Zukunft zu erbauen, die den Menschenrechten der heutigen und der früheren angestammten Familien vollkommen mit der Zustimmung der Mehrheiten beider Gruppen im Sinne der Weltjustiz Rechnung trägt.

Es wäre anzunehmen, daß mit dem „Erwachsenwerden“ der heutigen deutschen Demokratie und einer damit verbundenen Aufhebung des jetzigen, praktizierten „Ächtung“ deutscher Patrioten, auch das Thema der ostdeutschen Provinzen und ihrer angestammten Menschen innerhalb der EU völlig neu bearbeitet werden muß und wird. Ein Verfehlen in dieser Frage hinterläßt eine geschichtliche Zeitbombe für zukünftige Generationen von Russen, Deutschen und Polen.

Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA

Die »Jagd auf Deutsche« im Osten

Die Verfolgung begann nicht erst mit dem »Bromberger Blutsonntag« vor 50 Jahren / Von Pater Lothar GROPPE

Deutsche Politiker und Medienleute lassen keine Gelegenheit vorübergehen, an vergangene deutsche Schuld zu erinnern. Hierbei spielt die historische Wahrheit häufig keine Rolle, wenn nur der Political Correctness Genüge getan wird. So, wie der Nürnberger Oberbürgermeister am 9. November des vergangenen Jahres anlässlich des 65. Jahrestags der »Reichskristallnacht« erklärte: »Es gab nur ein einziges Tätervolk, uns.«

Wir werden am 1. September des Überfalls auf Polen gedenken, der den Zweiten Weltkrieg mit all seinen Schrecken auslöste und 55 Millionen Menschenleben forderte. Der »Überfall« ist inzwischen derart zum Gemeingut geworden, daß ihn niemand zu bezweifeln wagt. Allerdings bereitet uns das »Deutsche Wörterbuch« von Gerhard Wahrig einiges Kopfzerbrechen. Nach ihm ist ein Angriff ein Überfall, wenn er den Angegriffenen unvorbereitet und überraschend trifft. Jedoch Polen war keineswegs unvorbereitet, wie der französische Historiker Raymond Cartier in seinem Werk »Der Zweite Weltkrieg« schreibt. Nach ihm hatten die Polen den Angriff erwartet: »Hatten sie den Krieg wirklich nur erwartet? Hatten sie ihn vielleicht sogar gewollt? Eine Woge patriotischer Begeisterung ging bereits seit Wochen durch das ganze Land. Es gab Leute, die ganz offen erklärten, sie hätten Angst gehabt, ihre Politiker könnten die Gelegenheit, den Deutschen eine tüchtige Lehre zu erteilen, ungenutzt vorübergehen lassen. Wenn Hitler etwas gegen den Korridor habe, so werde Polen diesen eben auf seine Weise beseitigen, indem es sich Ostpreußen einverleibe, dessen Besiedlung durch die Deutschritter ja ohnehin nichts als nackte Usurpation gewesen sei.« Cartier spricht auch unverblümt davon, daß es in Polen seitens der Polen Fälle offener und heimtückischer Unterdrückung der deutschen Minderheit gab. In Polen war die Mobilmachung seit Frühjahr 1939 etappenweise im Gang.

Lange vor Hitler, am 9. Oktober 1925, schrieb die polnische Zeitung *Gazeta Gdansk*: »Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren könne. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberherrschaft erhalten. Dann wird es keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tanenberg, und alle Länder kehren dann in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück.«

»Von 1.058.000 Deutschen, die noch 1921 in Posen und Westpreußen lebten«, ist bei Cartier zu lesen, »waren bis 1926 unter polnischem Druck 758.867 abgewandert. Nach weiterer Drangsal wurde das volksdeutsche Bevölkerungselement vom Warschauer Innenministerium am 15. Juli 1939 auf weniger als 300.000 Menschen geschätzt.«

All dies muß man wissen, wenn man wissen will, wie es zum bisher

größten und verlustreichsten Krieg der Geschichte kam. Wenn man auch nicht vom »Überfall« auf Polen sprechen kann, so begann doch am 1. September 1939 der deutsche Angriff auf Polen. Man darf den historischen Hintergrund nicht außer acht lassen, wenn man verstehen will, wie es infolge langwieriger Spannungen schließlich zum Krieg kam. Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland erklärte auf die Frage, wer denn den Sechs-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: »Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.« Sollte dies etwa auch für Deutschland gelten?

Neben der Tschechoslowakei gab es in Polen das Problem der »deutschen Minderheiten«. Es geht auf die Grenzziehung von Versailles zurück. So wurden die Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens ohne Volksabstimmung Polen zugewiesen. Nach der Abstimmung in Oberschlesien 1921 wurden Teile davon Polen überlassen, obwohl 59,6 Prozent der Bewohner für Deutschland gestimmt hatten. So kamen mehr als zwei Millionen Deutsche in den Vielvölkerstaat Polen. Minderheitenabkommen sollten das Nationalitätenprinzip retten. Aber die Tschechoslowakei und Polen erklärten immer wieder, das Minderheitensystem des Völkerbundes beeinträchtige ihre Souveränität. So wurden in der Regel die Verträge nicht eingehalten, was zur Verärgerung und Enttäuschung der Bevölkerung führte. Sie griff aber zur Veränderung des Status quo nicht zur Gewalt. Waren die Deutschen eine »fünfte Kolonne«? Ganz besonders in Polen wurde dieser Vorwurf erhoben. Aber eine ethnische Minderheit ist nicht schon deswegen illoyal, weil sie die Beachtung der Minderheitenrechte verlangt. Zwischen 1919 und 1939 kam es zu mehreren tausend Protesten wegen Verletzung des Minderheitenabkommens vom 28. Juli 1919. Es gab eine Menge Zündstoff. Deutschen wurden in Polen ihre Geschäfts- und Betriebslizenzen entzogen, Bauernhöfe angesteckt, Geschäfte boykottiert und Deutsche auf offener Straße verprügelt. Volksdeutsche, die versuchten, ins Reich zu flüchten, wurden ebenso beschossen wie später Deutsche, die aus der Ostzone nach Westdeutschland zu flüchten suchten. Allein im August 1939 gelang etwa 80.000 Deutschen die Flucht nach Deutschland. Der damalige Staatssekretär Ernst Freiherr v. Weizsäcker schrieb hierzu: »Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1933 die Welle immer höher aufstieg und das

ursprüngliche Problem Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte.«

Die 20 Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme hatten versucht, durch Verhandlungen das Verhältnis zu Polen zu verbessern. Selbst Hitler versuchte dies anfangs, allerdings ohne Erfolg. Erst als er ab 1937 mit Gewalt drohte, konnte er nach und nach die Versailler Probleme lösen. Da er jedoch den Bogen überspannte, kam es zum Zweiten Weltkrieg.

Als sich ab April/Mai 1939 die deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr verschlechterten, wurden einzelne Volksdeutsche, also solche deutscher Abstammung, aber ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ermordet. Allerdings waren es nicht so viele, wie die deutsche Propaganda behauptete. Bereits mehrere Monate vor dem Krieg führten Rund-

1. September 1939 die angekündigte »Jagd auf Deutsche«. Der »Bromberger Blutsonntag« wurde aber im Ausland als Propaganda der Nationalsozialisten angezweifelt. Da nach dem 1. September 1939 vereinzelt Sabotageakte verübt wurden, deren Urheber nicht mehr zu ermitteln sind, kam es seitens der polnischen Bevölkerung zu drastischen Maßnahmen. Anhand der vor dem Krieg angelegten Listen wurden in den Woiwodschaften Posen und Pommern 10.000 bis 15.000 Deutsche ohne Haftbefehl festgenommen und zum Fußmarsch ins Landesinnere Richtung Kutno gezwungen. Die Polen beschuldigten die Deutschen, Angehörige der »fünften Kolonne« zu sein. Während des Marsches griffen sich Polizisten und Zivilisten an den wehrlosen Deutschen. Etwa 2.200 Verschleppte kamen um. Vielfach wurden Marschunfähige einfach erschossen. Man erinnere sich an die Todesmärsche von Auschwitz am Ende des Krieges. In vielen Ortschaften begingen Polen Brandstiftungen, holten Deutsche, die sie der Konspiration mit dem Feind verdächtigten, aus ihren Häusern, mißhandelten, vergewaltigten und ermordeten sie.

Am schlimmsten ging es am Sonntag, dem 3. September in Bromberg zu, weswegen es zur Bezeichnung »Bromberger Blutsonntag« kam. Anlaß war das Gerücht, im Nordteil der Stadt sei es zu Schießereien gekommen und deutsche Fallschirmjäger seien abgesprungen. Später wurde bekannt, daß es sich um marodierende Einheiten der 9. und 27. polnischen Infanteriedivision handelte.

Fallschirmjäger sprangen nicht über Bromberg ab. Unter dem Vorwand, nach Waffen, Munition und Geheimsendern zu suchen, drangen Soldaten, Polizisten und Zivilisten in die Häuser der Deutschen ein. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder, Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Viele Opfer wurden vor ihrer Ermordung gefoltert und verstümmelt. Die Zahl der Opfer dieses Tages in Bromberg wurde auf 1.200 bis 1.500 geschätzt. Am 4. September stießen Angehörige der 50. Infanteriedivision auf die ersten deutschen Leichen. Dies führte mit sofortiger Wirkung zur Errichtung der »Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen« (WUST). Deren Untersuchungen ergaben, daß Morde und andere Gewaltverbrechen nicht nur in Bromberg selbst, sondern auch an anderen Orten stattgefunden hatten. Neben Volksdeutschen waren auch gefangengenommene deutsche Soldaten ermordet worden. Ende der 60er Jahre wurde die Zahl der im September 1939 ermordeten Volksdeutschen auf 3.841 festgelegt.

Daß nach Kriegsbeginn schwere Ausschreitungen gegen Volksdeutsche begangen wurden, steht fest. Ebenso trifft es zu, daß die Zahl der Ermordeten nicht so hoch ist, wie Goebbels behauptete. Danach seien 58.000 Volksdeutsche ermordet worden. Die Kartei der »Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher« enthält »nur« 5.495 Karten.

Bei den Verbrechen gegen Volksdeutsche muß zutiefst erschüttern, daß nach gut belegten Berichten am Sonntag, dem 3. September, katholische Gotteshäuser zu Versammlungsstätten wurden, die wenig später zum Massenmord an Deutschen führten. Nicht zufällig wird in allen vorliegenden Berichten übereinstimmend »die Zeit nach dem Gottesdienst« und hier, noch genauer, »nach 10.00 Uhr« oder »ungefähr 10.20 Uhr« als Beginn des Schießens in verschiedenen Stadtteilen und der Massenverhaftungen von Deutschen angegeben. Im Bundesarchiv haben wir Unterlagen, die eindeutig belegen, daß die polnischen Einwohner systematisch aufgehetzt wurden.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß nicht wenige Polen sich für Deutsche einsetzten. So der Malermeister Pulkowski. Er sagte zu den bewaffneten Bänden: »Was macht ihr mit den Deutschen?« Er wurde mitgenommen und erschossen. Aus vielen eidesstattlichen Aussagen geht hervor, daß aus der Menge immer wieder zum Mord an den Deutschen aufgerufen wurde.

Die Bromberger Ereignisse wurden auch von ausländischen Reportern geschildert. So schrieb ein ungarischer Journalist: »Laut allen Aussagen begann die Hölle in Bromberg in jener Stunde, als die polnischen Zivilbehörden die Stadt verlassen hatten. Hunderte von Deutschen, darunter Frauen, Kinder und Greise, wurden durch die Stadt gejagt. Sie wurden mit Gewehrkolben und Stöcken geprügelt und massenweise hingemordet. Selbst der katholische Pfarrer Kaluschke wurde mit seinen Ordensschwestern durch die Stadt gejagt und mißhandelt. Ich hatte Gelegenheit, noch Donnerstag (7. September) in Häusern und auf den Straßen die Leichen der Ermordeten zu sehen ...«

Neben dem eigentlichen Zentrum Bromberg wurden auch in den Vororten zahlreiche Deutsche ermordet. Dort begannen die Ermordungen erst am 4. und 5. September. Es heißt, weil sie Deutsche waren. Wahlos wurden Frauen, Kinder und Greise abgeknallt, wo immer man sie als Deutsche identifizierte.

In den Berichten wird aber auch hervorgehoben, daß weite Kreise der Bevölkerung ebenso wie der polnischen Armee mit dieser Welle des Hasses nichts zu tun hatten, daß sie ohnmächtig und hilflos dem Wüten des Mobs gegenüberstanden, wie seinerzeit in der sogenannten »Reichskristallnacht« die meisten Deutschen den nationalsozialistischen Mordbrennern. ■



Nach dem »Bromberger Blutsonntag«: Ausländische Journalisten vor den deutschen Opfern
Foto: pa

funk und Presse Polens einen propagandistischen Feldzug gegen die Minderheiten mit dem Tenor, »daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird«. Es ging das Gerücht von einer bevorstehenden »Bartholomäusnacht« um. Wohlwollende Polen warnten ihre deutschen Nachbarn, sich im Falle eines Krieges auf das Schlimmste gefaßt zu machen.

Am 31. August 1939 inszenierten die Nationalsozialisten einen Überfall auf den Sender Gleiwitz, der den Polen in die Schuhe geschoben wurde. Dieser Vorfall war deshalb von besonderer Bedeutung, weil die internationale Öffentlichkeit auch nach Kriegsende die deutschen Behauptungen über alliierte Kriegsverbrechen verwarf. In den letzten Tagen vor Kriegsbeginn häuften sich Meldungen über angebliche oder tatsächliche Morde an Volksdeutschen. Tatsächlich begann am

die Häuser der Deutschen ein. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder, Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Viele Opfer wurden vor ihrer Ermordung gefoltert und verstümmelt. Die Zahl der Opfer dieses Tages in Bromberg wurde auf 1.200 bis 1.500 geschätzt. Am 4. September stießen Angehörige der 50. Infanteriedivision auf die ersten deutschen Leichen. Dies führte mit sofortiger Wirkung zur Errichtung der »Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen« (WUST). Deren Untersuchungen ergaben, daß Morde und andere Gewaltverbrechen nicht nur in Bromberg selbst, sondern auch an anderen Orten stattgefunden hatten. Neben Volksdeutschen waren auch gefangengenommene deutsche Soldaten ermordet worden. Ende der 60er Jahre wurde die Zahl der im September 1939 ermordeten Volksdeutschen auf 3.841 festgelegt.

ZFI-Leiter Dr. Alfred Schickel mit Kulturpreis der Südmährer geehrt

Dr. Alfred Schickel, dem Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), ist der Kulturpreis der Südmährer verliehen worden. In seiner Dankesrede kritisierte der Historiker die Reaktion des »offiziellen Berlin« auf die Verunglimpfung der vertriebenen Sudetendeutschen durch einen tschechischen Hotelier in Krumau, der nicht nur ostentativ eine

Beneschbüste im Empfangsraum seines Nobelgasthauses aufgestellt, sondern die sudetendeutschen Vertriebenen auch als »die schlimmsten Henkersknechte der Nazis« diffamiert hatte. Schickel führte in seiner Rede aus, daß er in persönlichen Schreiben an Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer um eine Stellungnahme zu diesem Vorfall gebeten und sich eine regie-

rungsamtliche Verwahrung gegen solcherlei Ausfälle gegen die deutschen Landsleute erhofft habe. Stattdessen hätten die Antworten aus dem Kanzleramt und dem Außenministerium aus der »Deutsch-tschechischen Erklärung« von 1997 zitiert, daß man die gegenseitigen »Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen bela-

sten« wolle. Der Zeitgeschichtler bemängelte diese »Flucht aus der Vergangenheit« als Widerspruch zur permanenten Mahnung »Nicht zu vergessen!«, wenn es um deutsche Schuld gehe, und nannte einen solchen Umgang mit der Vergangenheit »eine problematische Geschichtspolitik«. Ihr gelte es entschieden entgegenzutreten und die »klassische Rangfolge« in der

Aufarbeitung der Vergangenheit wiederherzustellen. Danach habe »der Politiker das erste Wort, sein Zeitgenosse das zweite Wort – aber der Historiker das letzte Wort«. Bei der Abfassung der »Deutsch-tschechischen Erklärung« sei diese Reihenfolge »geradezu auf den Kopf gestellt« worden und daher so »geschichtswissenschaftlich mangelhaft« ausgefallen. E. B.

»... daß Du, Königsberg, nicht sterblich bist«

Vor 60 Jahren wurde die Pregelstadt ein Opfer alliierter Terrorangriffe

Von Norbert MATERN

Diesen Abend kann ich nicht vergessen: Es ist der 27. August 1944. Ich bin zehn Jahre alt und stehe mit meiner Mutter und anderen Frauen des Hauses Hindenburgstrasse 12 in Braunschweig auf dem Dachboden. Wir schauen durch das kleine Fenster. Etwa 50 Kilometer Luftlinie entfernt ein glutroter Himmel. Königsberg, Ostpreußens Hauptstadt, brennt. Die Nacht zuvor haben 174 britische Flugzeuge ihre tödliche Phosphorbombenlast auf unschuldige Zivilisten, überwiegend Frauen, Kinder und Alte, geworfen. Zerstört waren keine eigentlichen Kriegsziele, wie Bahnhöfe, Gleisanlagen, Brücken oder Rüstungsbetriebe. Nein, getroffen waren reine Wohngebiete wie das Gebiet von Marunenhof zwischen Cranzer Allee und Herzog-Albrecht-Allee. Im Süden schnitt der Angriff mit dem Wallring ab, traf also die Innenstadt kaum. Das wußte die Royal Air Force, eins ihrer Aufklärungsflugzeuge hat es fotografiert. Etwa 1.000 Tote waren zu beklagen, 10.000 Königsberger wurden obdachlos. Zerstört waren etwa fünf Prozent aller Königsberger Gebäude.

Das Gesicht meiner Mutter ist sehr ernst. Wir Ostpreußen sind ja bisher von Alarmen und Fliegerangriffen verschont geblieben. Wie oft hatte meine Großmutter aus Hildesheim von gestörter Nachtruhe bei Angriffen auf Hannover und dem Dröhnen von Hildesheim überfliegenden Verbänden geschrieben. „Wie gut daß Ihr in Braunschweig sicher seid.“ Und bei meiner Großmutter auf dem Gut Liebhausen bei Heilsberg hatte man keine Angst. Es wurde verdunkelt, das war es. Allerdings fehlten inzwischen nicht nur die wehrfähigen Männer, seit 1943 waren die 16- und 17-jährigen Jungen als Flak- und Luftwaffenhelfer eingezogen.

Schon 1934 war die Entrümpelung der Dachböden angeordnet worden. 1935 wurde das Reichsluftschutzgesetz erlassen und 1937 gab es einige 14tägige Seminare für Journalisten und Lehrer, in denen auf den modernen Luftkrieg hingewiesen wurde. Es wurden Aufgaben für Selbstschutzkräfte präzisiert und Brand- wie Gasschutz geübt. Reichsluftfahrtminister Hermann Göring aber war Realist genug, in einer Rede am 14. November 1935 auszuführen: „Wenn wir eine Luftflotte noch so groß aufbauen würden, wenn wir an allen Ecken und Enden Zehntausende von Kanonen und Maschinengewehren aufstellen würden, so würde das niemals ausreichen, um dem deutschen Volk einen wirklichen Schutz zu gewäh-

ren, um die Volksgenossen vor den Folgen eines Luftkrieges zu bewahren.“

Königsberg hatte mit dem Oberbrandingenieur Hans Rumpf einen erstklassigen Luftschutzfachmann. 1931 erschien sein Buch „Brandbomben“. Im April 1933 entstand der Reichsluftschutzverband. In Königsberg wurde bei der Branddirektion eine Luftschutzabteilung (Luftschut.) gegründet. Die Feuerwache 4 (Süd) Artilleriestrasse 73/77 war im Erdgeschoß einer ehemaligen Kaserne stationiert. Daneben wurde eine Gerätehalle (Lu-Halle-Süd) für den zivilen Luftschutz gebaut. In ihr wurden alle für die Brandbekämpfung erforderlichen Löschfahrzeuge, Schlauchmaterial und anderes bereitgestellt. Alle Fahrzeuge – mit Ausnahme jener der Feuerwehr, die polizeigrün blieben, – wurden luftwaffengrau gespritzt. Für die Ausbildung freiwilliger Feuerwehrmänner wurde am 28. Februar 1937 die Feuerweherschule Metgethen eröffnet.

Im Sommer 1943 wurde im Königsberger Stadtzentrum mit dem Bau von Splittergräben begonnen. Die Notwendigkeit sahen die Bürger ein, denn einige Male hatten sowjetische Langstreckenbomber die Stadt am Pregel erreicht, ohne größeres Unheil anzurichten. Alarme hatte es also gegeben, aber die Gedanken der Königsberger waren bis zum 27. August 1944 bei ihren Soldaten an der Front.

Der britische Bombenangriff dauerte knappe zehn Minuten. Der *Manchester Guardian* schrieb am 28. August 1944: „Die Lancaster-Bomber machten Sonnabendnacht einen Rundflug von 2.000 Meilen, um ihren ersten Angriff auf Königsberg, die Hauptstadt Ostpreußens und zur Zeit wichtigster Versorgungshafen der Deutschen, die 100 Meilen östlich gegen die Rote Armee kämpfen, durchzuführen. Ihre Ladung schloß eine Anzahl der neuen flammenwerfenden Brandbomben ein. Einer der Piloten beschrieb das Feuer als das größte, das er je gesehen habe. Die Feuersbrünste waren 200 Meilen weit zu sehen. Der Hafen wurde von vielen Luftabwehrbatterien verteidigt, aber nachdem der Angriff halb vorüber war, wurden diese Abwehrmaßnahmen unregelmäßig und wirkungslos. Nur fünf der Bomber kehrten nicht zurück.“

„Was wird uns noch bevorstehen?“ schrieb an diesem Tage der Königsberger Schriftsteller Wilhelm Matull in sein Tagebuch. Leider war seine Ahnung berechtigt. Am 30. August, 0.05 Uhr heulten die Sirenen, 189 Flugzeuge näherten sich der Pregelstadt.

Dr. Elimar Moser, heute Bonn, erlebte diesen zweiten verheerenden Luftangriff als 14-jähriger Junge in Cranz: „Der erste Angriff war wohl nur ein Test. Diesmal waren es viel mehr Maschinen, und zwar der Engländer wie der Kanadier. Der Himmel hatte sich blutrot gefärbt, als sie über Cranz hinweg zurück flogen. Am nächsten Tag versuchte ich, bei hellem Sonnenschein zur Schule zu kommen. Die Bahn von Cranz fuhr bis zum Nordbahnhof. Bis zu meinem ebenfalls zerstörten Friedrichskollegium eine einzige Trümmerwüste. Einen Tag vorher war ich noch in einer blühenden Stadt gewesen. Diese Katastrophe ist der nachhaltigste Eindruck in meinem Leben.“

Der Verbindungsoffizier bei der Feuerschutzpolizei, Otto Stolzke, berichtet: „Durch die erhitzten Straßenzüge raste heulend mit Orkanstärke ein Feuersturm mit Funkenregen, dazwischen wirbelten brennende Bauteile und anderes brennbares Material. Es war die Hölle auf Erden.“

Über die Zahl der Flugzeuge gibt es verschiedene Angaben. Genannt werden 800, Fritz Gause in seiner dreibändigen „Geschichte der Stadt Königsberg“ schreibt von 600. Es fällt übrigens auf, daß Gause den Luftangriffen ganze 18 Zeilen widmet. War er am Schluß seiner Geschichtsschreibung erschöpft oder fehlt ihm die Akten? In „Der redliche Ostpreuße“ von 1984 ist von 189 Maschinen die Rede. Diese Zahl stützt sich auf Unterlagen des „Imperial War Museum“. Zusammenfassend heißt es dort weiter: „Am 29./30. August war das Ziel anfangs durch niedrige Wolken verdeckt, und für einen Zeitraum von etwa 20 Minuten war ein Bombardement unmöglich. Dann konnte das Ziel durch Löcher in den Wolken deutlich ausgemacht werden, und Markierungen wurden präzise gesetzt. Der Erfolg der dann folgenden Zerstörung war außerordentlich groß: Die Bomber waren konzentriert auf das Stadtzentrum, und die Hälfte der Gebäude in der Stadt war entweder vollständig vernichtet oder ernsthaft zerstört. Etwa 100.000 Einwohner müssen obdachlos geworden sein, und wichtige Wirtschaftsgebäude, nicht zuletzt 44 Lagerhäuser an den Ufern des Pregel, waren zerstört ... Ruinen und Schutt prägten nunmehr das Leben in Ostpreußens Hauptstadt.“ Etwa 4.200 Personen waren tot oder vermißt, 200.000 obdachlos.

Die Notausgabe der *Königsberger Allgemeinen Zeitung* versprach am 31. August 1944 für den zerstörten Besitz „vollen Ersatz durch das Reich“. Daraus wurde nichts.

Anerkannt aber werden muß die schnelle und unbürokratische Hilfe. Umgehend wurden die Obdach-



Nur noch Ruinen: Hier die Burgstraße in Königsberg

Foto: Archiv

losen in Königsbergs Umgebung untergebracht. Viele nahmen die Bombenopfer in beispielhafter Weise auf, manche mußten dazu gezwungen werden.

Für alle, die das Inferno überlebt hatten, war es ein Schrecken für immer, der sie bis heute begleitet. „Wir hatten nichts mehr“, erinnert sich die damals 16-jährige Margaret Lingnau. Und wie ging es auf den Friedhöfen zu? Felix Blume über die Beerdigung seiner Mutter: „Der Friedhofsinspektor an der Tapiawer Straße hatte keine Totengräber, teils waren diese durch die Bombenangriffe abwesend, die übrigen waren mit vielen Soldaten beschäftigt. Massengräber für tote Soldaten zu schaufeln, die bei dem Angriff, teils durch ein getroffenes Lazarett, ums Leben gekommen waren. Den Sarg, einen Schrank mit Spiegelfenster, erhielt ich von Frauen, für die ich mit meinem Freund aus einem stark qualmenden Keller am Burghof Kirchplatz Wäsche und Bekleidung herausholte, da wir ja unsere Gasmasken bei uns hatten. Dann haben wir einen Handwagen organisiert, den Sarg im Hof Junkerstraße 8 aufgeladen und über all die Trümmer durch die Französische Straße, Königstraße, Sackheimer Tor zum Friedhof. Es war eine fürchterliche Fahrt, die Stadt lag unter einer riesigen Rauch- und Staubwolke, oft mußten wir den Karren über Hindernisse hinwegheben, die Hitze war groß.“

Ostpreußens große Dichterin Agnes Miegel schrieb am 5. Oktober an ihre Freundin Lieselotte Popp: „Zuletzt, ehe sie sanken, haben im Feuersturm noch alle Kirchenglocken geläutet, wirklich das Sterbelied.“ In ihrer Totenklage „Abschied von Königsberg“ heißt es dann aber in dem bewegenden und richtigen Schlußvers: „Daß noch in Dir, o Mutter, Leben ist, und daß Du, Königsberg, nicht sterblich bist“.

Dennoch: Das alte Königsberg, der einstige Hochmeistersitz des Deutschen Ordens, die Residenz der Herzöge von Preußen, die Krönungsstätte des preußischen Königs Friedrich I., die Pflegestätte deutscher Dichtung und Literatur, die 1544 eröffnete Universität, alles war vernichtet. Lediglich das Grab Im-

manuel Kants war erhalten und wurde zum Keim der Wiedergeburt.

„Kaum eine Stadt verdeutlicht den sozialgeschichtlichen Verlauf, den Freiheit und Aufklärung in Europa hatten, so sehr wie Königsberg, Kants Heimat, die er nie verließ“, schreibt Lorenz Jäger zum 200. Todestag des weltberühmten Philosophen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in ihrer ersten Ausgabe dieses Jahres.

Über Sinn und Unsinn des Bombenkrieges gibt es allein in den USA etwa 280 wissenschaftliche Untersuchungen. Das in Churchills Auftrag vom Chef des Bomber Command Arthur Harris, dem in England ein Denkmal gesetzt wurde, durchgeführte „area bombing“ hat das erklärte Maximalziel nicht erreicht: Weder trieben die nächtlichen Angriffe der Royal Air Force die Deutschen dazu, aufzugeben oder sich gegen den Nationalsozialismus zu erheben, noch gelang es den Fliegenden Festungen der Amerikaner bei Tag, die Rüstungsmaschinerie des Reichs auszuschalten.

Königsberg erlebte im Zweiten Weltkrieg insgesamt elf Angriffe und 69 Alarme. Not und Tod faßt Hildegard Sturm zusammen: „Anfang September war ich noch einmal in Königsberg, um nach dem Bruder meiner Mutter und seiner Familie zu suchen. Sie wohnten auf der Dominel. Die Straßenbahn fuhr nicht mehr und so ging's vom Bahnhof zu Fuß. Doch Häuserschutt versperrte mir oft den Weg, und ich brauchte lange, bis ich vor dem Haus meiner Verwandten stand. Auch hier gab es nur noch Ruinen. In den Kellern glühte noch der Koks und die Luft war von einem unangenehmen Geruch erfüllt. Weit und breit kein Mensch, den ich hätte fragen können. Mich packte das Grauen, und ich hastete weiter. Später bekamen wir Nachricht, daß die ganze Familie ein Opfer des Terrorangriffs geworden und unter Nummer sechstausendsoviel begraben worden sei.“

Der Verfasser ist Autor des 1986 im Droste Verlag Düsseldorf erschienenen Buches „Ostpreußen als die Bomben fielen“.

Im Feuersturm der Phosphorbomben starben ganze Familien

Vor 50 Jahren scheiterte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

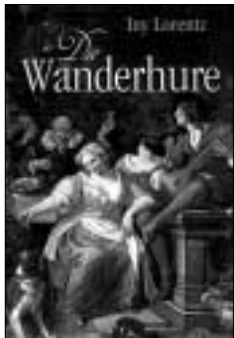
Der Koreakrieg weckte bei den Westmächten die Begehrlichkeit, das in ihrem Herrschaftsbereich befindliche Menschen- und Wirtschaftspotential Westdeutschlands für den eskalierenden Kalten Krieg militärisch zu nutzen. So gewann insbesondere in den USA die Idee Anhänger, die Bundesrepublik Deutschland zum militärischen Verbündeten zu machen und eigene Streitkräfte aufbauen zu lassen. Die Vorstellung westdeutscher Streit-

kräfte rief jedoch vor allem in Frankreich Bedenken und Widerstände hervor, und so wurde als Alternative der nach dem französischen Premier und Verteidigungsminister René Pleven benannte Plevenplan entwickelt. Er sah vor, daß die in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) zusammengeschlossenen sechs europäischen Staaten, Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxem-

burg, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gründeten und eine gemeinsame Armee aufstellten. Um zu verhindern, daß die Westdeutschen über ihre eigenen Soldaten verfügen konnten, sollten die deutschen Streitkräfte ab der Bataillons- beziehungsweise Divisionsebene integriert sein. Trotzdem stieß dieser Plan in Frankreich nicht nur auf den Widerstand der Kommunisten. Das lag auch daran, daß die EVG von ihren Vätern als

Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat betrachtet wurde. Europas wirtschaftlicher Integration in der ECKS sollte nach der militärischen in der EVG die politische in der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) folgen. Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle, dem statt eines Bundesstaates ein Europa der Vaterländer vorschwebte, warnte deshalb vor einer „Auslöschung Frankreichs als Nation“. Gegen diese Allianz aus

Kommunisten und Anhängern des Nationalstaates war die Ratifizierung des EVG-Gründungsvertrages in der französischen Nationalversammlung nicht durchsetzbar, und so wurde sie am 30. August 1954 von deren Tagesordnung genommen. An diesem „schwarzen Tag für Europa“ (Konrad Adenauer) ist die Europäische Verteidigungsgemeinschaft beendet worden, bevor sie überhaupt angefangen hatte zu existieren. **Manuel Ruoff**



Spannend bis zur letzten Seite

Konstanzer Bürgertochter gerät im 15. Jahrhundert in ein böses Intrigenspiel

Es gibt Bücher, da wird jedes natürliche Bedürfnis zur Qual. Da hat man lieber ein knurrenden Magen, als daß man riskiert, das Buch auch nur für einige Minuten aus der Hand zu legen. So ist es auch bei der „Wanderhure“ von Iny Lorentz.

Marie, brave Bürgertochter aus Konstanz, soll von ihrem durch den Handel reich gewordenen Vater 1410 mit einem unehelichen Sohn eines Grafen verheiratet werden, der als Advokat seinem Vater treue Dienste leistet. Doch in der Nacht vor der Hochzeit wird Marie der Unzucht beschuldigt, ins Gefängnis gebracht und am Tag darauf dem Richter vorgeführt. Die Witwe Eu-

phemia prüft ihre Unschuld, doch da der von ihrem Verlobten bezahlte Büttel sie in der Nacht zuvor vergewaltigt hat, stellt Euphemia fest, daß Marie keine Jungfrau mehr ist. Marie wird ausgepeitscht und aus der Stadt gejagt, der Besitz ihres Vaters geht an den „betrogenen“ Verlobten, und der sich wehrende Vater wird kurzerhand auf dem Armenfriedhof entsorgt. Marie stirbt vor den Stadttores beinahe an den Verletzungen, doch die Wanderhure Hiltrud nimmt sich ihrer an. Von Rache getrieben wird Marie wieder gesund, aber um zu überleben, muß die Mittellose mit Hiltrud durch die Dörfer ziehen und ihren Körper verkaufen. Fast fünf Jahre nachdem sie Konstanz in Schimpf und Schande verlassen mußte, wird ihr und ihren Weggefährten das Angebot gemacht, anlässlich eines vom Kaiser einberufenen Konzils als Hübschle-

rinnen den Rittern ihre Dienste anzubieten. Marie ergreift diese Chance, um ihrem ehemaligen, inzwischen reich gewordenen Verlobten nahe zu sein und endlich seine Intrigen zu offenbaren.

Iny Lorentz Mittelalterroman ist so farbenfroh und ihre Schilderungen des harten Schicksals der Wanderhuren sind so anschaulich, ohne jemals ins Geschmacklose abzugleiten, daß sie genauso viel Lob und Fuore verdient wie Noah Gordon in den 90ern für seinen „Medicus“.

Aber nicht nur die Erlebnisse der Wanderhure Marie, sondern auch die Verwicklungen um die Intrigen ihres Verlobten Ruppert Splendius sind spannend und überraschend. Ständig passiert auf den 607 Seiten etwas, das neugierig macht, fasziniert oder schockiert.

Zugegeben, der glückliche Ausgang kommt ein wenig zu phantastisch daher, aber laut Verlag soll es jenen Aufstand der Huren beim Konzil in Konstanz wirklich gegeben haben. Außerdem gönnt der Leser nach all den Gefahren, Erniedrigungen und Schicksalsschlägen Marie ihr Glück, so daß man der Autorin einen weniger glücklichen Ausgang übelgenommen hätte. Fabelhafte Unterhaltung! **R. Bellano**

Iny Lorentz: „Die Wanderhure“, Knaur, München 2004, geb., 607 Seiten, 19,90 Euro

Alle Bücher sind über den
PMD, Parkallee 84/86,
20144 Hamburg, Telefon
0 40/41 40 08 27, zu beziehen.

In der Redaktion eingetroffen

Ihre Bilder kennen die Leser dieser Zeitung schon lange: Thea Weber hält mit Aquarellfarben Motive ihrer Heimat Ostpreußen fest. Mit sicherer Hand versteht es die 1932 als Thea Krakau im Kreis Ortelburg Geborene, die Eigenarten der Landschaft darzustellen. Wie aber sieht das Leben der Frau aus, die erst spät Zeit fand, sich der Kunst zu widmen. Die kleine Broschüre „Von Ostpreußen über viele Wege nach Mannheim“ gibt in Wort und Bild Auskunft über dieses bewegte Leben.

Thea Weber: „Von Ostpreußen über viele Wege nach Mannheim“, Selbstverlag, 20 Seiten, 3,50 Euro

Erbarmung, sie dichten schon wieder“, soll der Schriftsteller Hans Hellmut Kirst einmal gestöhnt haben. Und spitzzüngige Rezensenten empfehlen manchen, die sich zum Dichten berufen fühlen, ihren Lesern gleich ein Regal für ihre Massenproduktion mitzuliefern. So böse wollen wir denn nun nicht sein, doch was Gert O.E. Sattler innerhalb kürzester Zeit auf den Markt bringt, sprengt alle Rekorde, selbst die von Konsalik. Nun ist schon wieder ein Sattler erschienen – seine Freunde wird's freuen. In gewohnter Form präsentiert er Wissenswerte über Annchen von Tharau und Alexandra, Königin Luise und Gräfin Dönhoff, Agnes Miegel und Lovis Corinth, Kant, Kollwitz, Copernicus ... – allein diese bunte Reihe zeigt die Vielfalt der Persönlichkeiten, die Sattler in sein neues Buch aufgenommen hat. **hs Gert O.E. Sattler, „Ostdeutsche Personenkunde – Frauen und Männer, Prosa, Kurzvita, Lyrik“, broschiert, 126 Seiten, 10 Euro zuzüglich Versandkosten**

Wer sich ein realistisches Bild von der Behandlung nach Sibirien verschleppter Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg machen möchte, dem sei „Dienen Dürfen“ empfohlen. Das selbstauferlegte Motto: „Es ist nicht genug, die Wahrheit sagen zu können, sondern sie ohne Hinsicht irgend eines Privatvorurteils sagen zu wollen“, scheint Manfred Töpel in seiner Lebensgeschichte glaubhaft umgesetzt zu haben. Ob es eine junge SS-Angehörige ist, deren Hilfsbereitschaft trotz Verhör durch die Rote Armee gewürdigt wird, oder der russische Kommandoführer im Gulag der „schwer in Ordnung war“ – der Autor fällt das sprachlos Machende ohne Wut in kurze, doch bewegende Worte. Kameradschaft und Anekdoten wie Schicksalsschläge sind die Eckpfeiler der thematisch etwas breit gemischten Autobiographie. Vielleicht sind es jedoch gerade die zahlreichen beruflichen Stationen vom Steinbruch über Einzelhandel bis zum Saunawart, die das Buch zu einer der lezenswerteren, da abwechslungsreichen Autobiographien machen. **SV Manfred Töpel: „Dienen Dürfen“, Selbstverlag, brosch., 257 Seiten, zu beziehen bei: Manfred Töpel, Benekendorffstr. 131, 13469 Berlin**

Wer nach Biographien deutscher Schutztruppler sucht, ist mit dem Verzeichnis „Das Offizierskorps der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika im Weltkrieg 1914–1918“ gut bedient. Neben obligatorischen Persönlichkeiten wie General Lettow-Vorbeck haben Wolfgang-Eisenhardt Maillard und J. Schröder in ihrem auf Vollständigkeit Wert legenden Buch auch interessante „Randakteure“ der Geschichte aufgelistet, so auch Hermann Görings Bruder Karl Göring. **SV Wolfgang-Eisenhardt Maillard, J. Schröder: „Das Offizierskorps der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika im Weltkrieg 1914–1918“, brosch., 116 Seiten, 9 Euro, zu beziehen bei: Hermann Mietz, Wykhoffweg 39, 26725 Emden**



Briefwechsel

Als deutscher Soldat in Norwegen

Rudolf Schmitz wird es mit seiner zweitältesten Tochter Dorothee nicht einfach gehabt haben. Auf Bemerkungen, wie daß seine Jahre in Norwegen als Soldat der Wehrmacht die besten seines Lebens gewesen seien, reagierte sie stets abweisend, denn schließlich war er doch Besitzer gewesen und sollte sich schämen. Doch statt dessen erzählte er fröhlich von seiner „Gastfamilie“, Skiabenteuern und der beeindruckenden Natur.

Dorothee Schmitz-Köster, 1950 geboren, ist anhand ihrer Äußerungen zu den 68ern zu zählen, und so fiel es ihr natürlich besonders schwer, ihren Vater über seine Kriegserlebnisse erzählen zu hören. Stets entfuhr ihr ein Kommentar, der jedesmal zum Streit führte. Doch als ihr gealterter Vater seine Frontbriefe in interessierte Hände übergeben wollte, schenkte er sie ausgerechnet seiner Zweitältesten, wohl in der Hoffnung, die aufmüpfige Dorothee würde ihn eines Tages verstehen wollen. Und so kam es dann auch. Bei ihren Arbeiten zu dem Buch „Deutsche Mutter bis du

bereit – Alltag im Lebensborn“ hörte die Journalistin immer wieder von Zeitzeugen, daß sich Deutsche und Norweger durchaus des öfteren gut verstanden hätten. Von der Neugier getrieben, durchstöberte die Autorin dann die Briefe ihres Vaters an seine Mutter, und begann zu verstehen. Diesen Briefwechsel zwischen Mutter und Sohn hat Dorothee Schmitz-Köster in „Der Krieg meines Vaters – Als deutscher Soldat in Norwegen“ auszugswise veröffentlicht. Hinzu kommen Hinweise zum Lebenslauf, Kommentare und Erklärungen sowie Protokolle von Gesprächen der Tochter mit einigen Zeitzeugen, so auch mit Gudrun, der Tochter der norwegischen „Gastfamilie“, in die Rudolf verliebt war.

„Der Krieg meines Vaters“ ist in erster Linie eine ziemlich persönliche Aufarbeitung einer durch den Zweiten Weltkrieg gestörten Vater-Tochter-Beziehung, die allerdings auch ziemlich interessante Einblicke in die deutsche Besatzungszeit in Norwegen gibt. **R. B.**

Dorothee Schmitz-Köster: „Der Krieg meines Vaters – Als deutscher Soldat in Norwegen“, Aufbau Verlag, Berlin 2004, broschiert, Abb., 350 Seiten, 8,95 Euro



Standardwerk

Die Schiffe der kaiserlichen Marine

Dieter Jung, ehemals Mitarbeiter von Erich Gröner, legt eine Enzyklopädie über die Kriegsmarine des kaiserlichen Deutschlands vor.

Nachdem bereits in Weyers Flottentaschenbuch 1953 und 1954 als Separatum der „Verbleib der Schiffe der Kriegsmarine und Luftwaffe 1939–45“ erschienen ist und zum populäre Standardwerk wurde, lag es nahe, auch über die kaiserliche Marine ein entsprechendes Werk herauszubringen. Der Aufbau beider Werke ist ähnlich gestaltet, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen. Die Stärke des Bandes liegt in seiner Kompaktheit und Handlichkeit, die auch dem interessierten Laien die Möglichkeit bietet, sich ohne Hilfe rasch in die Materie einzuarbeiten und darin zurechtzufinden. Es ist das Beste und Aussagekräftigste, was in dieser Form veröffentlicht wurde. Zwar hat es erstmalig 1922 den Versuch gegeben, in einem Anhang zu Weyers Flottentaschenbuch den Verbleib der kaiserlichen Marine zu dokumentieren, aber zum einen ist diese Ausgabe des Weyers längst vergriffen und andererseits ist die Arbeit

Dieter Jungs wesentlich komplexer ohne sich in verwirrenden Details zu verlieren.

Gerade weil in letzter Zeit in der veröffentlichten Meinung die Zahl der geschichtspolitischen Werke stark zugenommen hat, ist es wichtig, daß eine knappe und sachliche Übersicht über die deutsche Marine des Ersten Weltkrieges erschienen ist, um der Legendenbildung entgegenzuwirken. Wenn sich das Werk auch an den „Einsteiger“ wendet, so ist es auch für den Fachkenner ein Gewinn, denn der Band dokumentiert den neuesten Stand der Forschung. Gerade wenn man bedenkt, daß vor wenigen Wochen erst ein Sprecher der Tagesschau unter Beweis gestellt hat, daß er den Unterschied zwischen einem Linienschiff und einem Panzerkreuzer nicht kennt, wünschte man sich schon, daß die ARD von unseren Zwangsgebühren die erforderlichen 18 Euro für diesen Band aufrbringen sollte, um das fachkundige Wissen zu vermehren. **Klaus Gröbig**

Dieter Jung: „Die Schiffe der Kaiserlichen Marine 1914–1918 und ihr Verbleib“, Bernhard & Graefe Verlag, Bonn 2004, 144 Seiten, 285 Skizzen, 30 Fotos, 18 Euro



»Totalitär und undemokratisch«

Etwas einseitige Betrachtungen zur Militarisierung der Europäischen Union

Javier Solana, der EU-Beauftragter für Sicherheitspolitik, will die Militarisierung der EU „mit Lichtgeschwindigkeit“ vorantreiben. Schlittert Europa in eine neue „Vorkriegszeit“? Eben das glaubt der österreichische Journalist Gerald Oberansmayr.

Die Organisation der EU als Militärmacht sei von „Lügen und Illusionen gepflastert“. Der Weg, den Europa beschreite, harmonisiere „den Kontinent nicht, sondern spaltet ihn und weckt die Furi der Vergangenheit“.

Schon bald nach 1945 wollten Franzosen und Deutsche ein von der Nato unabhängiges Bündnis ins Leben rufen. Obwohl „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ und „Westeuropäische Union“ scheiterten, vergaßen Paris und Bonn ihre Verteidigungspläne keineswegs. Sie erneuerten Ende der 80er Jahre die

WEU und bildeten deutsch-französische Einheiten.

Der Zusammenbruch des Ostblocks markierte den Anfang globaler europäischer Machtpolitik. Manche Länder, vor allem Großbritannien, folgten diesem Kurs allerdings nicht, so daß ein „hierarchisiertes“ Europa der zwei Geschwindigkeiten entstand.

Der Vertrag von Maastricht verpflichtete die EU-Staaten auf eine „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. Kritiker bezeichnen die „GASP“ als eine „Politik, mit der man einen Superstaat macht. Und diese Idee ist totalitär und undemokratisch“.

Kanzler Schröder sah im Jugoslawienkrieg den „unter Schmerzen“ vollzogenen „Gründungsakt“ des neuen Europa, und er forderte die „Enttabuisierung des Militärischen“. Heute verwalten, schreibt Oberansmayr, Statthalter der EU Bosnien und das Kosovo wie „Kolonien“.

Mehrere europäische Regierungen beschlossen, eigene „Krisenreaktionskräfte“ zu formieren, die außerhalb des Nato-Gebietes operieren sollen, speziell in Regionen, die die EU als „Hinterhof“ betrachte. Naher und Mittlerer Osten sowie Zentralafrika. Erst vor wenigen Monaten erklärte General Klaus Naumann: „Die Bundeswehr muß die Soldaten wieder mit dem Tod vertraut machen.“ Deutschland werde „überall auf der Welt verteidigt“, äußerte Verteidigungsminister Struck.

Oberansmayr betrachtet solche Kriegsszenarien nicht isoliert. Richtigerweise verknüpft er Militär- und Wirtschaftspolitik und erkennt in der Währungsunion ein „imperiales und neoliberales Konzept“. Weil sie den Euro stabil halten wollen, reduzieren unsere Politiker viele Sozialleistungen, damit große Konzerne international erfolgreicher agieren könnten. Letztere benötigten militärisch gesicherte „Absatz-, Kapital- und Rohstoffmärkte“.

Alle historischen Erfahrungen belegen jedoch die wirtschaftliche Unproduktivität gewaltsamer Interventionen. Es existieren keine Systemzwänge, die militärisches Engagement notwendig machen. Auch zieht der Autor voreilig Parallelen zur Situation Europas am Vorabend des Ersten Weltkriegs.

Der Kampf gegen den Terrorismus, lautet eine andere bemerkenswerte These, erfasse auch unliebsame innenpolitische Oppositionsgruppen. Die Zukunft malt Oberansmayr düster: „Präventivkriege, konventionelle und nukleare Aufrüstung, Sozialabbau, wachsender Autoritarismus im Innern“.

Trotz mancher Einseitigkeiten verdanken wir diesem Buch wichtige Anregungen. **Rolf Helfert**

Gerald Oberansmayr: „Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union“, Promedia-Verlag, Wien 2004, 143 Seiten, 10,50 Euro

Quer durchs Beet

Esten ehren ihre SS-Soldaten

Im estnischen Ort Lihula ist ein Denkmal für estnische Soldaten eingeweiht worden, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite der SS gekämpft haben. Vor rund 2.000 Menschen wurde am Freitag vergangener Woche die Statue eines estnischen Soldaten in deutscher Uniform enthüllt. In einer Inschrift wird der Kampf gegen den Bolschewismus und für die estnische Unabhängigkeit gewürdigt. Der Bürgermeister des Ortes sagte, das Denkmal sei Personen gewidmet, die zwischen zwei Übeln zu wählen hatten und sich für das geringere entschieden hätten. Estlands Ministerpräsident Parts bezeichnete die Statue als „Provokation“.

Mehr Geburten in »Neuen Ländern«

Der Rückgang der Bevölkerung in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen hat sich im ersten Vierteljahr 2004 gegenüber den ersten drei Monaten 2003 spürbar verlangsamt. War die Bevölkerung 2003 noch um 0,5 Prozent (Brandenburg) und 0,9 Prozent (M-V, Sachsen) gegenüber dem Vorjahresquartal geschrumpft, so betrug der Rückgang Anfang 2004 nur noch zwischen 0,2 und 0,6 Prozent. Verantwortlich dafür sind die deutlich zurückgegangene Abwanderung sowie eine um fünf Prozent angestiegene Zahl der Geburten.

Gleichwohl liegen die Geburtenzahlen noch immer deutlich hinter dem ohnehin schlechten westdeutschen Niveau zurück. Zu DDR-Zeiten war frühes Kinderkriegen populär, da oft der Erwerb einer eigenen Wohnung für junge Paare vom Vorhandensein eigener Kinder abhing. In westeuropäischen Ländern hingegen neigen Paare zu spätem Kinderkriegen, sobald sie sich in gesicherten Verhältnissen wähnen. In der Ex-DDR entstand so ein „Geburtenloch“ im Übergang von der einen zur anderen Lebensplanung nach dem Mauerfall.

Personalien

Gegen Kommunisten und Mitläufer



Über 43 Millionen Bücher hat Ephraim Kishon weltweit verkauft. Am vorigen Montag wurde der israelische Erfolgsautor ungarischer Herkunft 80 Jahre alt. Als Ferenc Hoffmann in Budapest geboren nahm er nach Verfolgung, KZ, Krieg und Flucht aus dem kommunistischen Ungarn erst bei seiner Einwanderung nach Israel seinen heutigen Namen an – besser: Er wurde ihm bei der Einreise „verpaßt“ und er behielt ihn. Seine Abneigung gilt „Dummheit, Machtgier, Feigheit, Mitläufertum“ und – dem Kommunismus, weshalb ihn die Linke stets verachtete. Seine Leser lieben ihn, vor allem die deutschen. Politisch äußert sich Kishon eher selten, dann aber mutig und bestimmt: Als der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eine Kampagne gegen die konservative deutsche Wochenzeitung *Junge Freiheit* wegen angeblicher Rechtslastigkeit entfachte, stellte sich der überzeugte israelische Patriot demonstrativ und öffentlich auf die Seite des verfeimten Blattes. Der NRW-Verfassungsschutz stellt der Zeitung übrigens noch heute nach.



Pimpf der Lafontaine-Jugend bekämpft Sekundär-Tugend

Zeichnung: Götz Wiedenroth

Lauter gute Leute

Krise? Exportweltmeister! / Der Wochenrückblick mit Hans HECKEL

Eigentlich schade, daß Hartz nun doch weiter Hartz heißen soll. Niemand wäre über eine Titeländerung heftiger erleichtert gewesen als VW-Vorstand Peter Hartz selbst und alle armen Teufel, die denselben Nachnamen tragen. Wer heute mit „Guten Tag, mein Name ist Hartz“ das falsche Lokal betritt, wird schnell Verständnis dafür aufbringen, warum Zahnersatz teuer wird. Mit sicherem Sinn dafür, wo das Volk der Schuh drückt in diesen unübersichtlichen Tagen, hatte Regierungssprecher Bela Anda erkannt, daß „Hartz lautmalerisch so hart klingt“. Die Macher der Reform wollten das aber nicht auf sich sitzen lassen, schließlich hatten sie selbst mit dem Etikett „Arbeitslosengeld 2“ (statt Sozialhilfe!) ein lautmalerisches Meisterstück von feinsten Raffinesse hingelegt.

Also wird weiter gehetzt, was den Demonstranten sehr recht sein dürfte, paßt „Reform am Arbeitsmarkt“, wie der Kanzler nun zu flöten pflegt, kaum auf die Transparente, mit denen die schon leicht abgeschmolzenen Montagsmassen vergangenen Wochenbeginn in Berlin vor die Zentrale der Grünen gezogen sind. Das Ziel ist nicht umsonst gewählt, denn dort ist der Überraschungseffekt am größten. Während die Anhänger der anderen Parteien fest damit rechnen, daß die Marschierer bei ihnen vorbeigucken, dürfte das Theater die Freunde von Joschka Fischers Truppe ziemlich unvorbereitet getroffen haben. Vermutlich wissen sie gar nicht, worum es geht. Woher auch? Laut einer Studie des *Focus* gucken nur die Parteigänger von Union, SPD und FDP besonders gern die Tagesschau, während als TV-Spitzenreiter unter den Grün-Wählern Stefan Raabs „TV Total“ absahnt. Da gibt's nicht viel von Hartz. Bei den PDS-Sympathisanten ist Günther Jauchs „Wer wird Millionär“ ganz vorn. Dem Reiz des großen Geldes (anderer Leute) vermochte sich der rote Saum des politischen Spektrums noch nie zu entziehen.

Verborgen bleibt den Genossen dabei natürlich, wie garstig die Wirklichkeit außerhalb von Jauchs Budenzauber ist, die wahre Welt also, wo man nur durch harte Arbeit an jene Posten kommt, in denen man Millionen verdient. Wir wissen das! Wissen wir es wirklich? Die französische Volkswirtin Corinne Maier hat ein Buch darüber geschrieben, wie man heute besonders erfolgreich Karriere macht. Maier ist bei Frankreichs Energie-Gigant

„Electricité de France“ (EdF) tätig und kennt die Szene. Ihr Buch, dem sie den charmanten Titel „Bonjour paresse“ („Sei gegrüßt, Faulheit“) verlieh, befreit uns endgültig von dem Alldruck der schrecklichen Ahnung, daß nur Arbeitseifer wie zu Wirtschaftswunderzeiten in die obersten Etagen der Konzerne führt. Wir stöhnen, so die frohe Botschaft, nicht mehr unter der düsteren Ära dumpfer Fabrikbosse, die mit ihrem ganzen Vermögen für den Erfolg des Betriebs bürgten und morgens mürrisch herumfluchten, weil sie auch die fünf kurzen Nachtstunden nicht schlafen konnten wegen der unausweichlichen Entlassungen nächsten Monat. Heute leben wir im „Kommunikationszeitalter“, mit anderen Worten: Auf die Selbstdarstellung

Beispiel Hoechst: Wie eine neue Manager-Elite den ganzen alten Plunder wegfusioniert

kommt es an. Madame Maier weiß, wie man die anstellt: Benutze eine wichtigtuerische, aufgeblähte Verwaltungssprache, rät sie uns. Immer gut ankommen würde es auch, für viel Geld externe Berater zu engagieren, die dann das „herausfinden“, was die Konzernleitung sowieso gerne hören wollte. Um Fleiß vorzutauschen reiche es, möglichst lange im Büro auszuharren, wobei es natürlich nicht völlig ohne Belang ist, was man dort tut. Maiers Tip: „Wählen Sie in großen Unternehmen die überflüssigsten Posten wie Forschung oder Beratung“, denn: Je überflüssiger der eigene Posten, desto weniger lasse sich feststellen, was man zum Erfolg (oder Mißerfolg) des Unternehmens eigentlich beigetragen habe.

Der Leser mag kaum glauben, daß der Band erst jetzt erschienen ist. Hat sie gar abgeschrieben von den geheimen Aufzeichnungen mancher deutscher Konzernchefs? Maiers Arbeitgeber ärgert der Band, er will klagen. Das könnte nicht die letzte Klage gewesen sein. Zu befürchten steht, daß auch Mannesmann-Entsorger Klaus Esser oder DaimlerChrysler-Chef Herbert Schrempp ihre Anwälte einschalten wegen „Ideenklau“. Schrempp hat etliche Milliarden, die die alte Daimler-Benz AG erwirtschaftet hatte, bei schwungvollen Abenteuern in den USA, wo er eine Bruchbude namens Chrysler erwarb und

in Japan, wo es ihm die abgründig verschuldete Mitsubishi Motors angetan hatte, verfeuert. Als am Ende alles perfekt in der Grütze lag, verlängerte der Aufsichtsrat Schrempps Vertrag bis 2008. Dort heißt der Vorsitzende übrigens Hilmar Kopper. Ja genau, das ist jener Bankmanager, der sich mit der Schneider-Pleite („Peanuts“) auf ewig in die Annalen der Deutschen Bank eingegraben hat. Gute Leute erkennen sich und lassen sich nicht hängen.

Trotz allem ist Deutschland gerade erst wieder Exportweltmeister geworden. Wir exportieren alles mögliche. In zunehmendem Maße auch große Traditionsmarken wie Mannesmann, oder Hoechst. Vor 141 Jahren gegründet war der Betrieb einst der größte Pharma- und Chemiekonzern der Welt. Dann kamen die Berater. 1999 fusionierte Hoechst mit der französischen Rhone-Poulenc zu „Aventis“, weil jetzt „Globalisierung“ war und es auf „maximale Synergieeffekte“ ankam. 2001 wurden Hoechst dann etliche Geschäftszweige durch Aventis weggenommen, der Umsatz sank von 14,3 auf 4,8 Milliarden Euro. 2004 wurde wiederum Aventis zwecks weiterer Synergien von der französischen Sanofi geschluckt, weshalb Hoechst jetzt ganz verschwinden soll. Begonnen hatte die Erfolgsgeschichte wie bei Mannesmann mit einem dynamisch denkenden neuen Manager: Jürgen Dormann. Dormann ist heute übrigens Chef des ABB-Konzerns. Um besorgten Leserfragen vorzugreifen: Den gibt es trotzdem noch.

Nicht loszukriegen ist hingegen die „Deutsche Börse“ in Frankfurt. Die sollte eigentlich nach dem Willen ihres Chefs Werner Seifert, eines Schweizer, mit der Schweizer Börse „fusionieren“. Denn, so Seifert, „deutsch“ sei die Deutsche Börse sowieso nicht mehr, sondern „global“. Pech: Seine Landsleute ließen ihn im Stich. Ausgerechnet die Schweizer wollen die Fusion nicht. Ein Stück Globalisierung ist gescheitert und womöglich bleiben jetzt zahllose Arbeitsplätze am Main auf dem Konzern lasten, die man bei der Fusion ins Ausland hätte verlegen oder gar ganz einsparen können. Und vielleicht muß Seifert jetzt gar noch eine Weile bei der Deutschen Börse bleiben, statt wie Dormann anderwärts weitergrasen zu können. Jetzt will der schwer enttäuschte Börsenchef wenigstens die Bezeichnung „Deutsche“ aus dem Namen seines Konzerns streichen. Na immerhin.

Zitate

Die Frankfurter Allgemeine vom 23. August macht sich Gedanken über die offenbar gewordene Führungsschwäche der CDU-Vorsitzenden:

„Frau Merkel kann, anders als Schröder, den Granden in der Union auch nicht oft mit Rücktritt drohen; es gibt zu viele, die das nicht als Drohung empfinden.“

Thomas Straubhaar, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts HWWA zweifelt in Spiegel-online an Wirtschaftsminister Clements Prognose, durch Hartz IV würden 600.000 „Ein-Euro-Jobs“ geschaffen:

„Ziemlich exakt vor zwei Jahren hat Peter Hartz versprochen, die Arbeitslosigkeit binnen drei Jahren zu halbieren. Bisher stehen wir bestenfalls auf demselben Niveau, trotz ICH-AGs und Personal-Service-Agenturen. Aber das Gedächtnis der Öffentlichkeit und Medien ist schwach – geradezu eine Einladung an Herrn Clement, seinerseits Zahlen in die Luft zu setzen. Wobei er klüger vorgeht als Herr Hartz und offen läßt, bis wann die 600.000 Jobs entstehen sollen.“

Die Aberkennung zweier Goldmedaillen der deutschen Reiter in Athen löst wütendes Unverständnis aus. Die Nordwest-Zeitung vom 23. August meint:

„Daß aber drei hochdekorierte Reitsportnationen wie die USA, Großbritannien und Frankreich nicht die Größe besitzen, die bessere Leistung einer anderen Nation anzuerkennen, hat mit dem Fairneßgedanken nichts zu tun.“

Der SPD-nahe Schriftsteller Günter Grass sieht Finanzminister Hans Eichel offenbar mit seinem Latein am Ende:

„Ein Mann wie Hans Eichel, der sich anfangs als Finanzminister dadurch auszeichnete, daß er komplizierte Sachverhalte klar darstellen konnte, ist offenbar derart in Beweisnot geraten, daß er nicht mehr in der Lage ist, reale Zwänge so auszusprechen, daß sie begriffen werden.“

Von Waisen und Unweisen

Es läßt ein Kind aus Putingrad gar viele Fragen sprießen: Bei Schröders, ist es da zu fad? Das müßte wohl verdrießen.

Man will gewiß zur rechten Zeit für linken Nachwuchs sorgen – doch darf, wer nicht zur Pflicht bereit, sich diesen einfach borgen?

Und welche Klausel garantiert, daß Mädchen oder Knaben, nach Deutschland heute adoptiert, auf Sicht es besser haben?

Und wie denn wurde ausgesucht? Mit Gentest, gut gelungen? Direkt vom Katalog gebucht? Ein Rücktrittsrecht bedungen?

Der Gründe gibt es Legion: Will jemand spionieren und demzufolge Kinder schon als Schläfer installieren?

Sind Moskau und Berlin sogar vereint in ihren Zielen und wollen, wie es einmal war, diskret Rapallo spielen?

Vielleicht ist alles bloß erdacht fürs Sommerloch als Füller? Hoho, wohl selten so gelacht ob flotter Kanzlerknüller ...

Noch eine Frage hätt' ich da – verstohlen, fast verschwiegen: Wer wird denn klein Viktoria nach nächster Scheidung kriegen?

Pannonicus